

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

**Demokratische Integration
Zweite Vorstudie**

Repräsentative Bevölkerungsbefragung 2022/2023

IfD-Umfrage 12066

Untersuchungsbericht

INHALT

	Seite
Vorbemerkung	1
Zunehmende Krisenerfahrungen.....	5
Neue und alte Sorgen	7
Mehr Problemwahrnehmungen für Deutschland wie auch für das eigene Umfeld.....	10
Gewöhnung an die Krise und Besinnung auf die Stärken Deutschlands	16
Entwicklung der demokratischen Integration in der Krise.....	22
Zustimmung zur Demokratie und zur demokratischen Staatsform in Deutschland.....	22
Abgrenzung gegenüber autoritären Staatsformen.....	25
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	27
Vertrauen in Institutionen.....	31
Responsivität des politischen Systems und Selbstwirksamkeit.....	33
(Un)Empfänglichkeit für populistische Argumentationen und Verschwörungstheorien.....	40
Politische und gesellschaftliche Partizipation.....	42
Im Fokus: Gruppen, die sich weniger stark mit der Demokratie identifizieren	50
Angehörige der einfachen Schicht	52
Menschen in Ostdeutschland	54
Anhängerinnen und Anhänger der AfD	58
Engagement und Wahlbeteiligung als Indikatoren der demokratischen Integration.....	64

ANHANG

Anhangschaubilder

Indikatorentabelle: demokratische Integration in unterschiedlichen
Bevölkerungsgruppen

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogen

VORBEMERKUNG

Gesellschaftliche Umbrüche, Veränderungen des politischen Informations- und Kommunikationsverhaltens und nicht zuletzt das Aufkommen populistischer Parteien und die Zunahme politisch motivierter Kriminalität beunruhigen viele. Seit Jahren stellt sich deshalb verstärkt die Frage nach der Zustimmung zu demokratischen Werten und Vorstellungen in der deutschen Bevölkerung. Dabei deuten Wahlergebnisse wie auch Umfragen auf deutliche regionale Unterschiede der Einstellungen und Verhaltensmuster hin. In einer ersten Untersuchung der "Demokratischen Integration in Deutschland" wurden deshalb für die knapp 100 Raumordnungsregionen Indikatoren für die jeweilige Demokratieverankerung in den Blick genommen. Die von Thomas Klie und Baldo Blinkert 2019 veröffentlichten Analysen machten erhebliche regionale Unterschiede erkennbar.¹

Als Indikatoren für die demokratische Integration in den unterschiedlichen Raumordnungsregionen wurden dabei vor allem die Wahlbeteiligung nach der repräsentativen Wahlstatistik der Bundestagswahl 2017 sowie die Engagementquote nach dem Freiwilligensurvey 2014 genutzt. Diese Untersuchung soll auf Basis unterschiedlicher Datensätze fortgesetzt werden, insbesondere der Daten der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2021 sowie des 2021 veröffentlichten Freiwilligensurveys 2019.² In einer ersten Vorstudie dazu untersuchte das Allensbacher Institut bereits 2021, ob die Maße der Wahlbeteiligung und des Engagements grundsätzlich als Indikatoren für die jeweilige demokratische Integration geeignet sind.³ Als demokratische Integration wurde dabei ein ganzer Komplex unterschiedlicher Einstellungen und Verhaltensweisen verstanden.

¹ Thomas Klie: *Demokratische Integration. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, 2019

² Julia Simonson, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS, 2021.

³ Institut für Demoskopie Allensbach: *Demokratische Integration – Vorstudie. Untersuchungsbericht*. Allensbach, 2021. Die vom Allensbacher Institut untersuchten Dimensionen sind zwar nicht völlig deckungsgleich mit den Dimensionen der in Fn1 genannten Studie; sie entsprechen im Wesentlichen den Indikatoren, die v.a. in Studien zur Demokratieverankerung üblich sind. Vgl. etwa Frank Decker u. a.: *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2019. Everhard Holtmann u. a.: *Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 – Polarisierung und Zusammenhalt*. Halle und Wittenberg, 2018

Kernindikatoren der demokratischen Integration in den Vorstudien des Allensbacher Instituts	
Einstellungen	Generelle Haltung zur Demokratie
	Haltung zum demokratischen System in Deutschland
	Ablehnung autoritärer Herrschaft
	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie
	Vertrauen zu Institutionen und Amtsträgern
	Wahrnehmung der Rolle der einzelnen im politischen System (Selbstwirksamkeit der einzelnen, Responsivität des Systems)
Partizipation	Politisches Interesse
	(Politisches) Informationsverhalten
	Freiwilliges Engagement
	Politische Beteiligung im engeren Sinne, besonders durch Beteiligung an Wahlen

Dabei zeigte die Befragung vom August 2021 bereits einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Engagement sowie Wahlbeteiligung und den übrigen aufgeführten Indikatoren. Zudem gab es in den Einstellungen der Bevölkerung im Vergleich zu 2019 (Feldzeit des Freiwilligensurveys 2019) kaum Veränderungen. Erkennbar wurden gewissermaßen zweigeteilte Einstellungen: einerseits weitgehend positive Einstellungen zur Demokratie und zum Funktionieren des politischen Systems in Deutschland, andererseits verbreitete Zweifel an Amtsträgern sowie an der Responsivität des Systems und den wahrgenommenen Möglichkeiten, etwas im System zu bewirken. Eher kritische Haltungen prägten sich insbesondere in der einfachen Schicht, in der Anhängerschaft der AfD sowie in Ostdeutschland⁴ aus. Dabei ließen sich die Haltungen zur

⁴ Als Ostdeutschland werden in dieser Studie die ostdeutschen Länder einschließlich des früheren Ostberlins bezeichnet.

Demokratie ebenso an Engagement und Wahlbeteiligung wie an den spezifischen Ermittlungen der Einstellungen zur Demokratie ablesen.⁵

Seit dieser ersten Voruntersuchung haben sich die Rahmenbedingungen in kurzer Zeit erheblich verändert. Unmittelbar an die Corona-Pandemie schlossen sich für die Bevölkerung 2022 durch die Folgen des Ukraine-Krieges neue Unsicherheiten und Belastungen an. Unter diesen Umständen trübte sich die Stimmung der Bevölkerung stark ein. Zusammen damit wuchsen die Befürchtungen vor einer Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung bzw. von zunehmenden Zweifeln an der Eignung des demokratischen Systems zur Bewältigung der vielfältigen Probleme und Krisen. Vor diesem Hintergrund fiel die Entscheidung, zentrale Fragestellungen von 2021 in einer weiteren Befragung 2022/2023 erneut in den Blick zu nehmen und durch neue Ermittlungen noch schärfer zu fokussieren. Im Auftrag der Deutschen Stiftung Engagement und Ehrenamt (DSEE) sollten vor allem drei Fragen zur demokratischen Integration aus dem Freiwilligensurvey daraufhin geprüft werden, in wie weit ihre Ergebnisse von 2019 noch zur Auskunft über die weitgehend veränderte politische und gesellschaftliche Situation genutzt werden können. Dazu wurden im Rahmen einer bevölkerungsrepräsentativen Allensbacher Mehrthemenumfrage insgesamt 12 Fragen gestellt.

Erfragt wurden –

- die Bewertungen der Staatsform Demokratie (Übernahme einer Frage aus dem Freiwilligensurvey 2019),
- die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (Übernahme einer Frage aus dem Freiwilligensurvey 2019),
- das Vertrauen gegenüber politischen Institutionen und Amtsträgern (Übernahme einer Frage aus dem Freiwilligensurvey 2019),
- Erfahrungen im regionalen Umfeld, die Einfluss auf die Haltungen zur Demokratie nehmen können,
- die erlebte Selbstwirksamkeit und die wahrgenommenen Möglichkeiten zur Partizipation,

⁵ *Institut für Demoskopie Allensbach: Demokratische Integration 2022 – Vorstudie. Allensbach, 2021.*

- die Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland
- sowie die tatsächliche Partizipation, insbesondere im Hinblick auf freiwilliges Engagement, Beteiligung an Wahlen, politisches Interesse und politische Information.

Dabei orientierte sich die Fragenauswahl wiederum an den konkreten Plänen für die Analysen im Hauptprojekt wie auch an früheren Forschungsergebnissen.⁶ Auskunft gaben 1.023 Personen ab 16 Jahren. Einzelheiten zur Methode und zur befragten Stichprobe finden sich im Anhang.

Für den vorliegenden Bericht wurden veröffentlichte Ergebnisse anderer Allensbacher Untersuchungen aus der zweiten Jahreshälfte 2022 mit herangezogen, die mit der gleichen Methode und vergleichbar großen Stichproben ermittelt wurden. Insbesondere wurden die Allensbacher Parallelfragen zu den herangezogenen Fragen des Freiwilligensurveys bei der Analyse mit berücksichtigt.

Allensbach am Bodensee,
am 9. März 2023

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

⁶ Vgl. etwa David Easton: *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Chicago University Press, 1965. Institut für Demoskopie Allensbach: *Demokratie-Verankerung in der Bundesrepublik Deutschland*. Allensbach, 1978. Matthias Brachert: *Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland*. In: Everhard Holtmann (Hrsg.): *Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland*, Frankfurt/ New York: Campus-Verlag, 2019. S. 219 – 342. Institut für Demoskopie Allensbach: *70 Jahre Grundgesetz – Der Rückhalt des Grundgesetzes bei den Bürgern*. Allensbach, 2019.

ZUNEHMENDE KRISENERFAHRUNGEN

Die Entwicklung der demokratischen Integration in den anderthalb Jahren seit der ersten Vorstudie im August 2021 lässt sich nur vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklungen, die diesen Zeitraum prägten, einordnen und verstehen. Schon Ende 2021 erlebte die deutsche Bevölkerung zum Teil spürbare Preissteigerungen, etwa für Benzin und Lebensmittel. Bereits im November 2021 fühlten sich deshalb 65 Prozent finanziell zumindest etwas belastet⁷ und eine relative Mehrheit erwartete im Dezember für die nächsten Monate eine Abwärtsentwicklung der Wirtschaft.⁸ Solche Haltungen dämpften bereits zur Jahreswende 2021/22 die Neuentwicklung des Optimismus nach der langwierigen Corona-Epidemie.

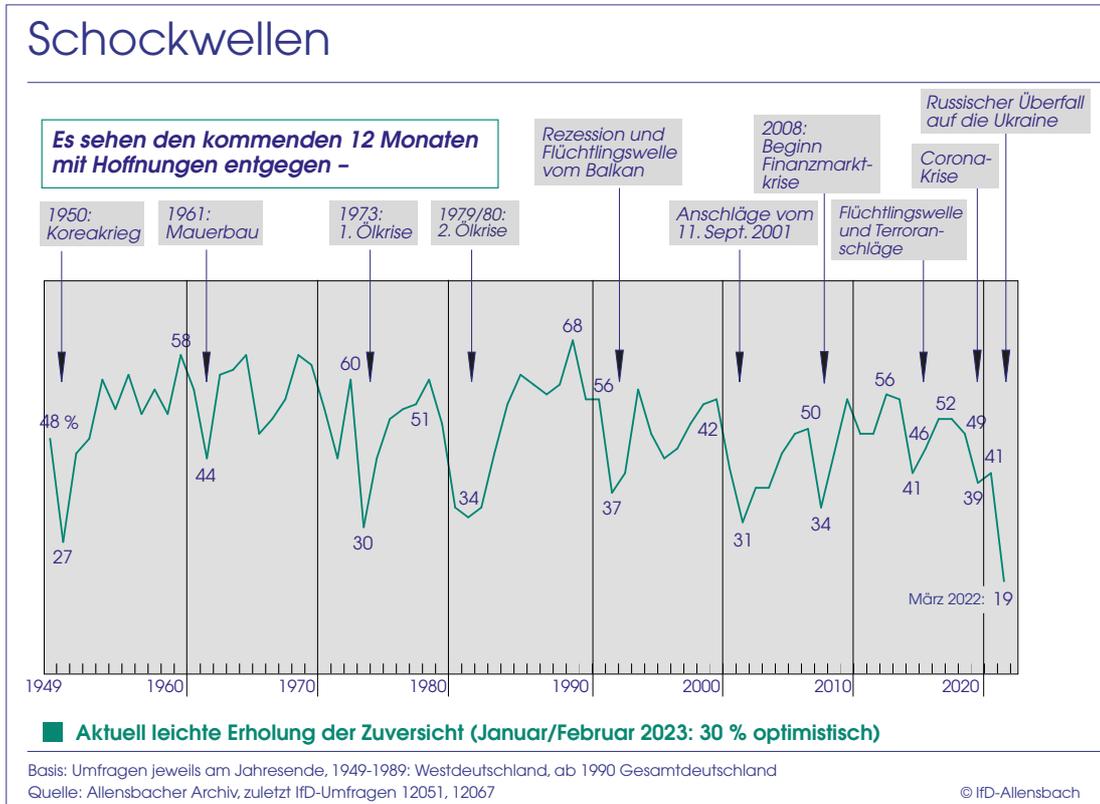
Vollends brach die Stimmung dann nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Ende Februar 2022 ein. Der Beginn des Ukraine-Krieges bedeutete nicht allein für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik eine Zeitenwende. Auch für die Bevölkerung ergaben sich daraus erhebliche Belastungen und Befürchtungen, die sich am Einbruch der Hoffnungen für die nähere Zukunft ablesen lassen. Unmittelbar nach dem russischen Angriff, im März 2022 gaben in den monatlichen Umfragen des Allensbacher Instituts nur noch 19 Prozent der Bevölkerung an, sie blickten mit Hoffnungen auf die nächsten 12 Monate. Ende 2021 hatte der – auch damals schon vergleichsweise niedrige Wert – noch bei 40 Prozent gelegen.

Damit unterschritt der Messwert unmittelbar nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges noch deutlich die Werte aus früheren Krisen, etwa nach dem 11. September 2001, während der Ölkrise der 70er Jahre oder während des Koreakriegs 1950. Bis Anfang 2023 erholte sich dieser Stimmungsindikator nur leicht. Lediglich 30 Prozent blicken Anfang Februar mit Hoffnungen in die Zukunft, 34 Prozent mit Befürchtungen und 27 Prozent mit Skepsis; 9 Prozent sind unentschieden.⁹

⁷ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12046.*

⁸ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12047.*

⁹ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12067.*



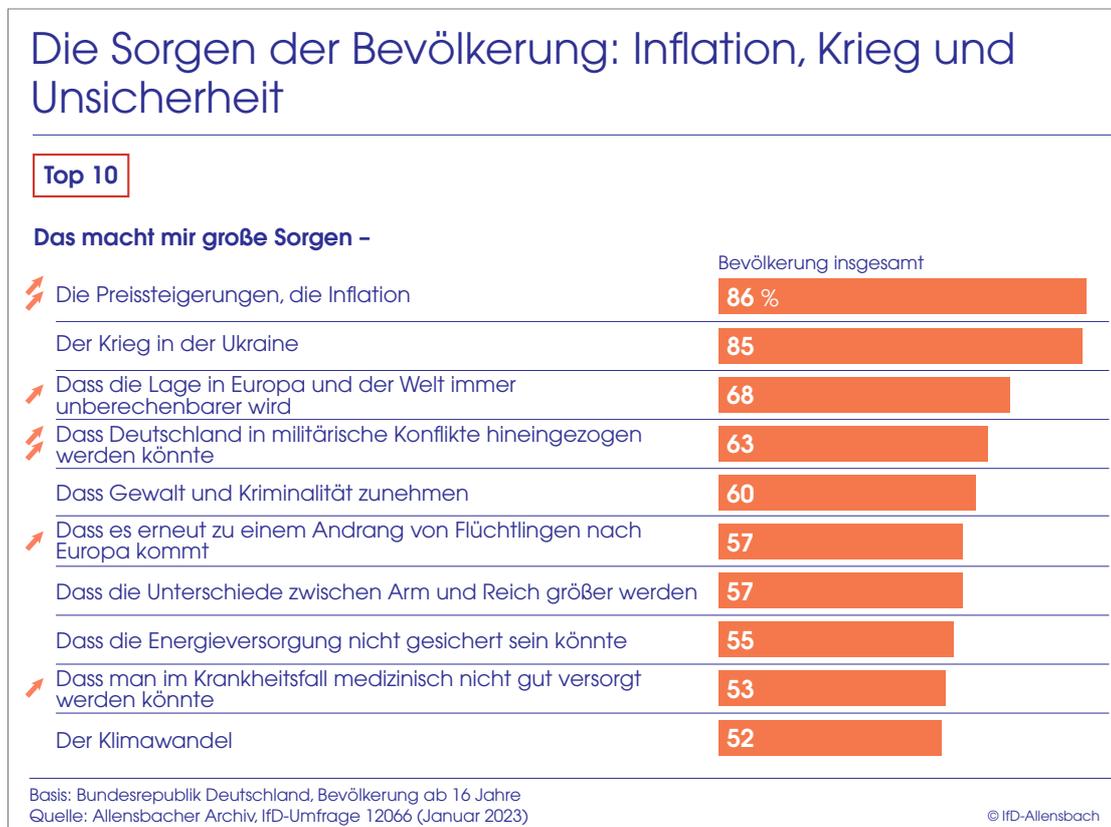
Anders als viele früheren Krisen waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Ukraine-Krise in der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger stark spürbar. Die Kombination von kaum überwundenen Einschränkungen während der Pandemie, wirtschaftlichen Belastungen, Unsicherheit und Besorgnis in der Gegenwart und eher trübem Ausblick auf die nähere und fernere Zukunft führte im Dezember 2022 bei 61 Prozent zu dem rückblickenden Urteil, 2022 sei für sie das schlimmste Jahr seit Langem gewesen. Lediglich 28 Prozent hielten eine solche Einschätzung für übertrieben (Anhangschaubild 1).

Neue und alte Sorgen

Im Sorgenkatalog der Bevölkerung aus dem Januar 2023 stehen die Befürchtungen im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise obenan. Ebenso häufig wie der Krieg selbst erregt die vor allem in Preissteigerungen erfahrene Inflation Besorgnis, die sich zumindest zum Teil aus dem Krieg, den Sanktionsmaßnahmen, den Gegenmaßnahmen und deren Folgen ergibt: 86 Prozent sind deshalb sehr besorgt. Aber auch die Unberechenbarkeit der Lage in Europa und in der Welt, die Furcht vor einer deutschen Kriegs-beteiligung und vor einer nicht ausreichenden Energieversorgung beschäftigen viele.

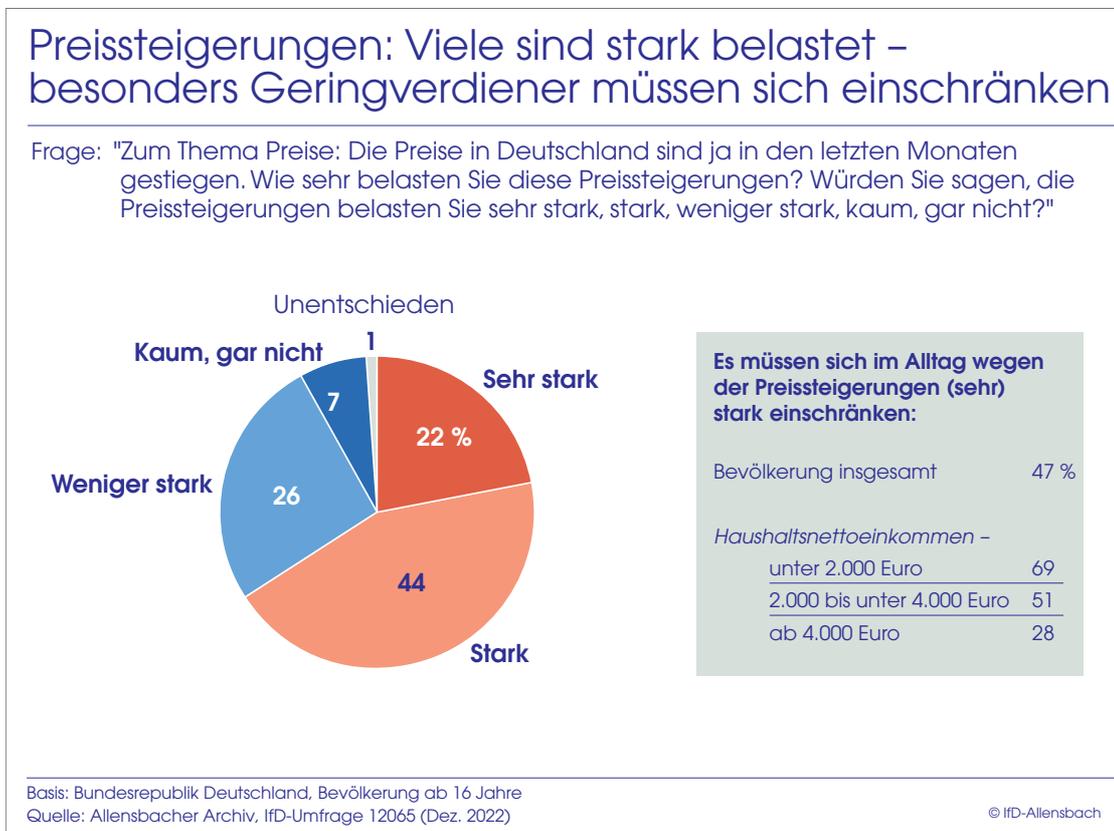
Zusammen damit sorgen sich Mehrheiten der Bevölkerung jedoch auch um andere gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen, die schon lange im Blickfeld sind, in der letzten Zeit aber zunehmend drängender wurden. So hatten viele auch Gewalt und Kriminalität, die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, den Klimawandel sowie den erneuten Andrang von Flüchtlingen mit im Blick.

Schaubild 2



Zwar enthalten solche Sorgenbekundungen neben der aktuellen Betroffenheit zum Teil auch Befürchtungen für die Zukunft. Allerdings ist dieser Unterschied zumindest bei den Preissteigerungen nicht übermäßig groß. Viele Bürgerinnen und Bürger waren von den Preissteigerungen im Jahr 2022 erheblich betroffen. Fast die Hälfte der Bevölkerung erklärte, sie müsse sich wegen der Preissteigerungen stark oder sogar sehr stark einschränken (47 Prozent). Das betraf besonders Menschen mit kleineren Einkommen, deren finanzieller Spielraum häufig durch die Kostensteigerungen bei Heizung und Strom, Lebensmitteln und Treibstoff aufgebraucht wurde.

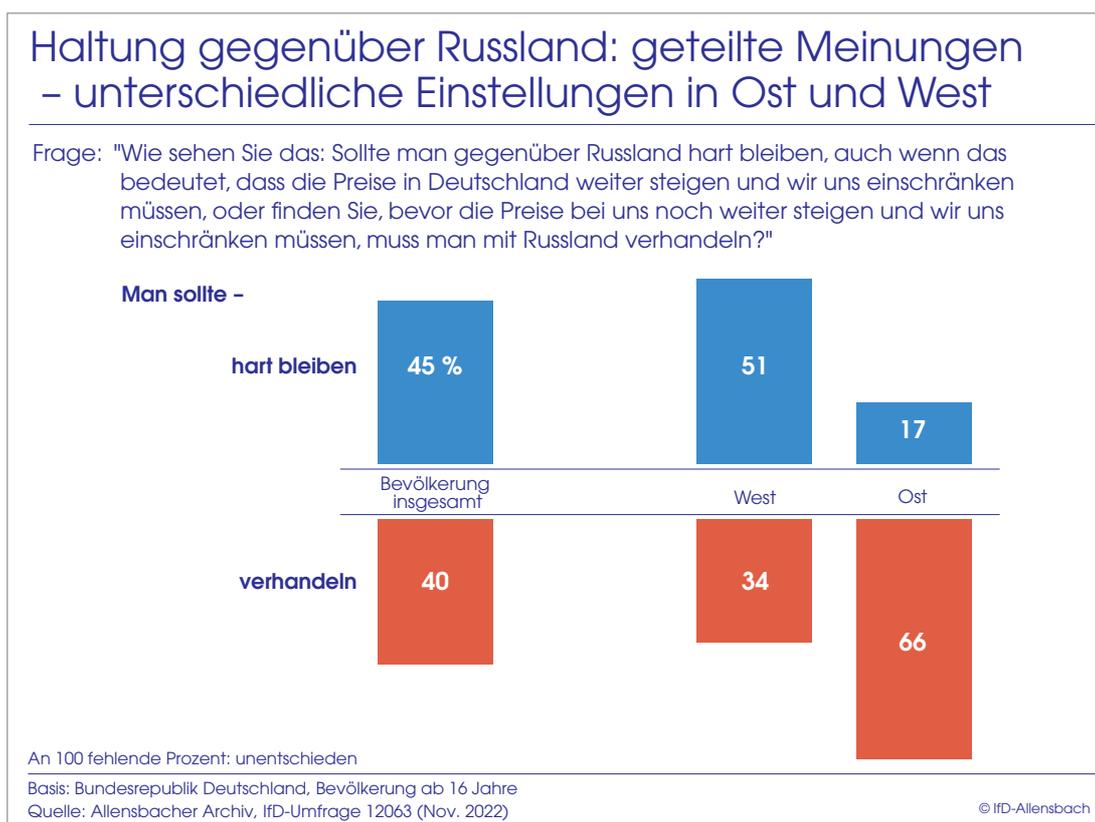
Schaubild 3



Frühere Untersuchungen zeigten einen Zusammenhang zwischen der eigenen wirtschaftlichen Lage bzw. zwischen deren Bewertung und der Befürwortung der Demokratie. Daraus ergibt sich die Leitfrage, in wieweit die wirtschaftliche Betroffenheit durch die Krise auch die Befürwortung der Demokratie in Mitleidenschaft zieht.

Neben den offensichtlichen materiellen Einschränkungen dürfen die emotionalen Belastungen nicht unterschätzt werden. Das betrifft nicht allein die Unsicherheit im Hinblick auf den Krieg und die damit verbundenen Bedrohungen, die im Sorgenkatalog erkennbar werden (vgl. Schaubild 2), auch die Unentschlossenheit über den angemessenen politischen Kurs wirkte hier belastend. Es gab über längere Zeit in der Bevölkerung ganz unterschiedliche Vorstellungen, wie Deutschland sich in der neuen Situation verhalten sollte, ob Deutschland etwa unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Nachteile eine unnachgiebige Haltung gegenüber Russland einnehmen sollte. Im November 2022 sprachen sich 40 Prozent der Bevölkerung dafür aus, in Anbetracht der wirtschaftlichen Folgen eher auf eine Verhandlungslösung zu drängen, während 45 Prozent für ein entschlossenes Auftreten plädierten. Hierbei unterschieden sich die Auffassungen in West- und Ostdeutschland fundamental.

Schaubild 4



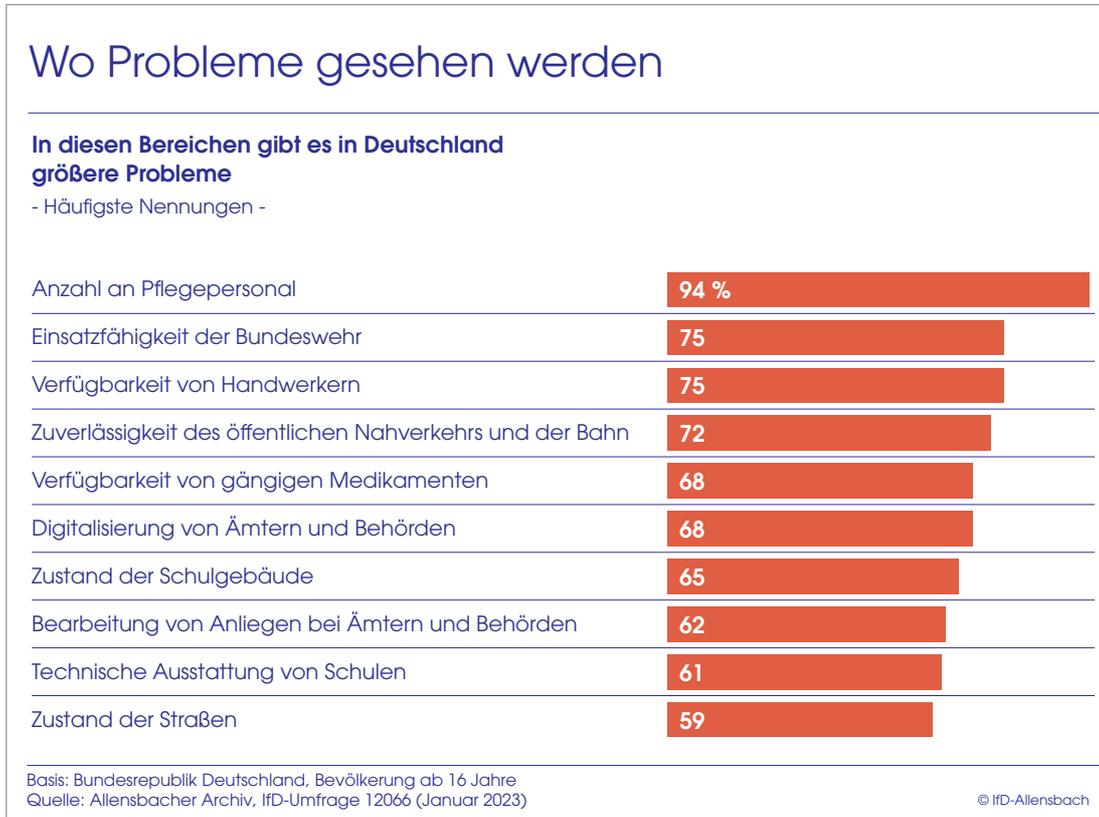
Derartige Kontroversen und die mit ihnen verbundenen Zweifel und Vorbehalte tragen zur emotionalen Belastung bei. Mit Blick auf die demokratische Integration stellt sich deshalb eine weitere Frage, ob nicht der Eindruck entsteht, dass autoritäre Staatsformen, in denen die Meinungsbildung der Bevölkerung kaum eine Rolle spielt, als zupackender und zielstrebig erscheinen. Gewinnen in der Krise also vielleicht die sonst mit deutlicher Mehrheit abgelehnten autoritären Staatsformen gegenüber der Demokratie an Attraktivität?

Mehr Problemwahrnehmungen für Deutschland wie auch für das eigene Umfeld

Wie der Sorgenkatalog zeigt, verschwanden seit Langem präzente Befürchtungen während der Krise nicht einfach von der Agenda der Bevölkerung. Vieles blieb virulent. Manches wurde den Bürgerinnen und Bürgern durch den russischen Überfall auf die Ukraine auch erst ins Bewusstsein gebracht wie beispielsweise die Frage nach der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. Verstärkt registriert die Bevölkerung heute auch Probleme, die sich durch die demografische Alterung und die gesellschaftlichen Veränderungen ergeben wie etwa den zunehmenden Personalmangel in der Pflege und im gesamten medizinischen Bereich. Alles das trägt zu einer stark problemzentrierten Wahrnehmung bei, die vorerst eher Risiken als Chancen der notwendigen Transformationsprozesse wahrnimmt. Für das kommende Jahrzehnt sind dementsprechend aktuell nur 31 Prozent optimistisch, dass Deutschland eine gute Zukunft haben wird. 43 Prozent äußern sich pessimistisch, 26 Prozent unentschieden.¹⁰

Dabei nehmen die Bürgerinnen und Bürger häufig ein breiteres Spektrum an drängenden Aufgaben in Deutschland wahr als die stärker ereigniszentrierten Mediendebatten der zurückliegenden Monate. Weitaus am häufigsten stehen den Menschen die Personalprobleme in der Pflege vor Augen. Große Teile der Bevölkerung nennen aber auch die Verfügbarkeit von Handwerkern und Probleme der Infrastruktur und der Verkehrsmittel. Auch die Ausstattung und Arbeitsweise von Ämtern und Behörden wird von vielen als problematisch empfunden.

¹⁰ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066, Januar 2023. Vgl. Renate Köcher: Keine gute Prognose. Die Deutschen sind mit dem Land zufrieden, sehen es aber im Niedergang. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Januar 2023, S.8.*

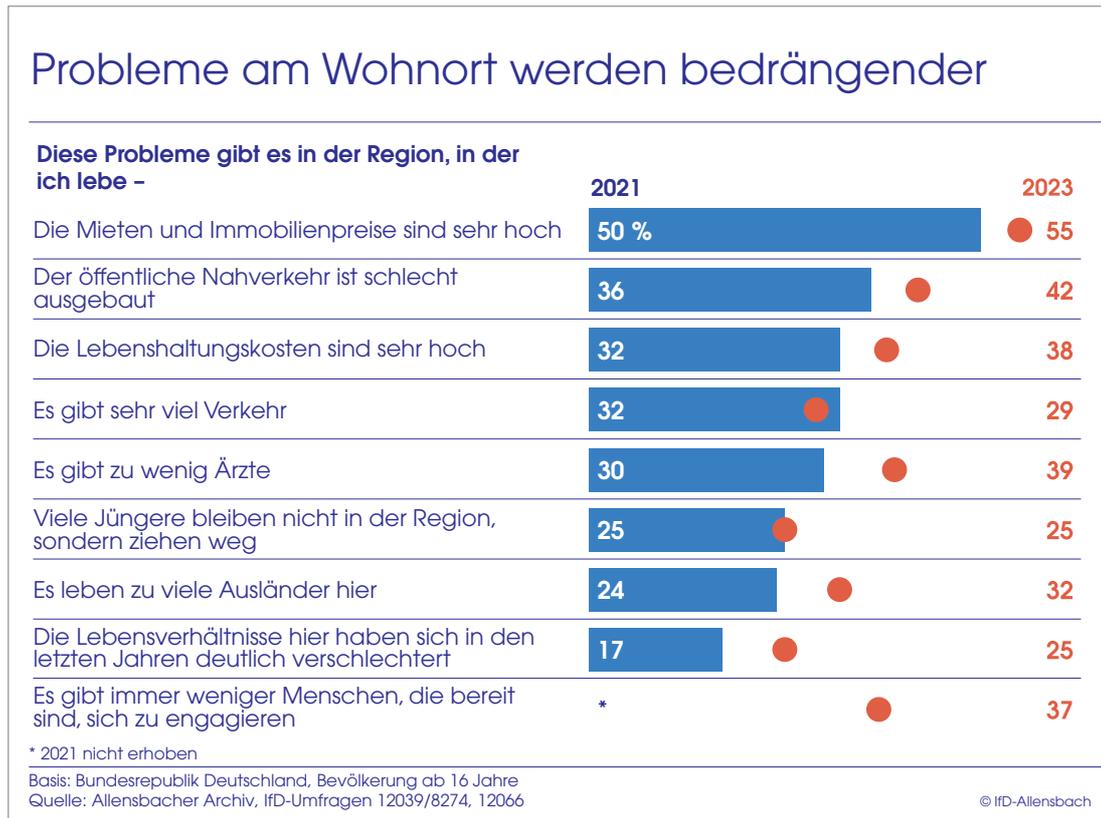


Oft stehen hinter diesen Wahrnehmungen auch eigene Erlebnisse und Erfahrungen. So haben jeweils rund 50 Prozent der Bevölkerung eigene Erfahrungen mit dem Pflegepersonalmangel in Heimen oder Krankenhäusern, langen Wartezeiten bei Ärzten oder vergeblichen Versuchen, einen Handwerker zu bekommen.

Dementsprechend werden heute im eigenen Lebensumfeld häufiger Probleme registriert als bei der ersten Vorstudie zur demokratischen Integration im Jahr 2021. So berichten jetzt signifikant mehr Bürgerinnen und Bürger über hohe Mieten und Immobilienpreise, über einen schlechten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und über das Fehlen von Ärzten am Wohnort. Die Wahrnehmung des Ärztemangels hat vor allem in Ostdeutschland an Gewicht gewonnen; dort berichten derzeit 63 Prozent über das Fehlen von Ärzten, in Westdeutschland 34 Prozent. Eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse in den letzten Jahren nehmen jetzt in ganz Deutschland 25 Prozent wahr, 2021 taten das erst 17 Prozent. Verbessert hat sich aber die Wahrnehmung des

lokalen Arbeitsmarkts. Hier verringerte sich der Anteil derer, denen am Wohnort Arbeitsplätze fehlen, in ganz Deutschland seit 2021 von 23 auf 17 Prozent, in Ostdeutschland von 36 auf 30 Prozent.

Schaubild 6



Allerdings sind die Menschen in Deutschland je nach ihrem Wohnort in Ost- oder Westdeutschland bzw. in Stadt oder Land ganz unterschiedlich von derartigen Problemen betroffen. So wird der zunehmend empfundene Ärztemangel nicht nur in Ostdeutschland besonders häufig wahrgenommen, sondern auch in ländlichen Regionen in West wie Ost. Dagegen sind die hohen Mieten und Immobilienpreise weitaus häufiger ein Problem in Westdeutschland und in großen Städten.

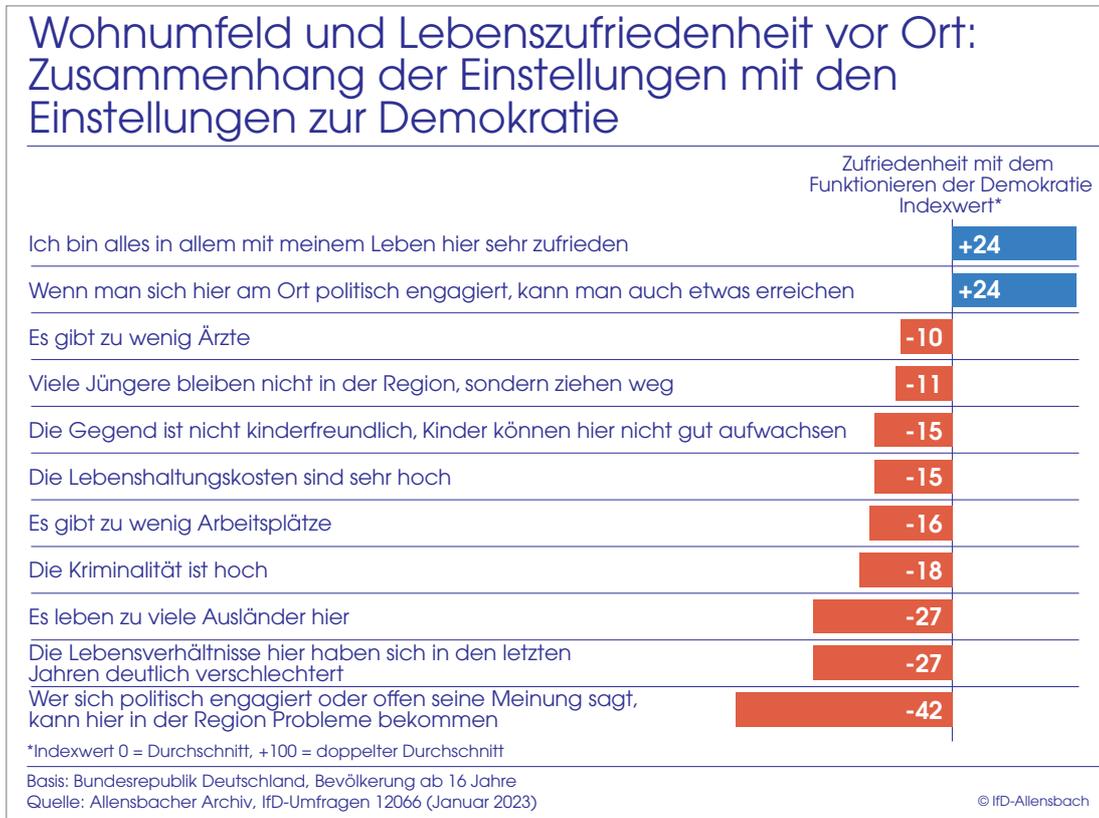
Der Fortzug junger Menschen, den heute fast die Hälfte der Ostdeutschen als aktuelles oder langfristiges Problem ihrer Region vor Augen hat, betrifft danach nicht allein die eher dünn besiedelten ländlichen Gebiete, sondern auch kleine und mittlere Städte.

Schaubild 7

Diese Probleme gibt es in der Region, in der ich lebe – - Häufigste Nennungen in West- und Ostdeutschland -	Bevölkerung			Einwohner des Wohnorts		
	ins-gesamt	West	Ost	unter 10.000	10.000 bis unter 100.000	ab 100.000
	%	%	%	%	%	%
Die Mieten und Immobilienpreise sind sehr hoch	55	59	36	41	54	69
Der öffentliche Nahverkehr ist schlecht ausgebaut	42	43	35	59	44	23
Es gibt zu wenig Ärzte	39	34	63	56	41	21
Viele Jüngere bleiben nicht in der Region, sondern ziehen weg	25	20	48	33	30	10

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023) © IfD-Allensbach

Wie schon in der ersten Vorstudie lässt sich wiederum ein klarer Zusammenhang zwischen den Wahrnehmungen von Problemen im örtlichen Lebensumfeld und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie erkennen. Dabei hängen aber nicht alle Problemwahrnehmungen gleichermaßen mit Unzufriedenheit zusammen. Besonders groß ist die Unzufriedenheit bei jenen, denen die Zahl der Ausländer am Wohnort zu hoch ist oder die eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse am Wohnort konstatieren. Am wenigsten sind jene mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, die annehmen, durch ein politisches Engagement oder eine offene Meinungsäußerung Probleme an ihrem Wohnort bekommen zu können.



Besondere Aufmerksamkeit erfordert derzeit die Zunahme der Besorgnis über Flucht und Zuwanderung. Im Jahr 2022 suchten allein mehr als 1,2 Millionen Menschen Zuflucht in Deutschland, vor allem solche, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen waren. Hinzu kamen zahlreiche Zuwanderer. Obwohl 2022 auch viele Menschen das Land wieder verließen, nahm die Bevölkerungszahl im Saldo um 1,1 Millionen Menschen zu.¹¹ Wie schon berichtet (vgl. Schaubild 6), wuchs seit August der Anteil derer, die finden, an ihrem Wohnort lebten zu viele Ausländer von 24 auf 32 Prozent der Bevölkerung (31 Prozent in West- und 33 Prozent in Ostdeutschland). Dass in Deutschland insgesamt zu viele Ausländer lebten, erklären aktuell sogar 45 Prozent (42 Prozent in Westdeutschland, 57 Prozent in Ostdeutschland).

¹¹ Statistisches Bundesamt: *Bevölkerung im Jahr 2022 auf 84,3 Millionen gewachsen. Nettozuwanderung auf Rekordniveau sorgt für Höchststand der Bevölkerungszahl. Pressemitteilung Nr. 026 vom 19. Januar 2023.*

Allerdings nahm zugleich auch der Anteil derer zu, die eine gute Aufnahme von Zuwanderern in Deutschland vor Augen haben (von 32 Prozent 2021 auf jetzt 42 Prozent). Dahinter stehen meist positive Grundhaltungen zur Zuwanderung. Vor allem bewerten heute 47 Prozent der Bevölkerung die Integration von Zuwanderern als eine besondere Stärke Deutschlands; 2018 hatten das erst 17 Prozent so gesehen, 2019 dann bereits 32 Prozent.

Schaubild 9

Migration und Flucht: Mit der neuen Flüchtlingswelle verändern sich die Einstellungen		
	August 2021 %	Januar 2023 %
Mir leben zu viele Ausländer in Deutschland	*	45
Es leben zu viele Ausländer hier (in der Region)	24	32
Die Integration von Zuwanderern ist eine Stärke Deutschlands	32**	47
Zuwanderer werden in Deutschland gut aufgenommen	32	42
Zuwanderer werden hier (in der Region) oft schlecht behandelt	8	5

* nicht ermittelt
 ** Ergebnis von 2019

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12011, 12039/8274, 12066

© IfD-Allensbach

Von daher vollziehen sich hier offensichtlich gegenläufige Entwicklungen. Auf Grundlage der verfügbaren Daten wird aber vorerst nicht erkennbar, ob es dabei im Hinblick auf Migranten und Zuwanderer eher zu einer stärkeren Polarisierung der Einstellungen kommt oder ob sich die wachsende Ablehnung wie auch der wachsende Stolz auf die Integration eher auf unterschiedliche Gruppen von Migranten beziehen.

Der Zusammenhang zwischen den Haltungen zu den Zuwanderern und Flüchtlingen in Deutschland und den Haltungen zur Demokratie, vor allem im Hinblick auf das Funktionieren des demokratischen Systems, ist eng. Von jenen, die mit dem

Funktionieren der Politik unzufrieden sind, nehmen rund zwei Drittel Anstoß an der Ausländerzahl (64 Prozent), von den Zufriedenen nur ein Drittel (33 Prozent). Zudem gehen solche Vorstellungen auch mit geringem Vertrauen zu Bundestag, Bundesregierung und Parteien einher, die hier zur Analyse als Messgröße des politischen Vertrauens verdichtet wurden.¹² Von den Personen mit großem politischem Vertrauen finden 26 Prozent die Zahl der Ausländer zu hoch, von jenen mit geringem Vertrauen 67 Prozent.

Gewöhnung an die Krise und Besinnung auf die Stärken Deutschlands

Einige Indikatorwerte für die Besorgnis der Bevölkerung gingen zur Jahreswende 2022/2023 wieder leicht zurück. Dazu trugen die Bemühungen der Politik um eine Entlastung der Bevölkerung bei, die mehrheitlich als sinnvoll und hilfreich bewertet wurden, auch wenn viele sich eine noch stärkere Entlastung gewünscht hätten.¹³ Manche dieser Entwicklungen signalisieren zudem eine zumindest partielle Gewöhnung, die angesichts der langen Dauer der krisenhaften Situation, die im Frühjahr 2020 mit dem Beginn der Corona-Pandemie einsetzte, nicht ausbleiben kann. Auch die überwiegende Zufriedenheit der Deutschen mit ihrem Land spielt für die Entwicklung der Einstellungen eine Rolle. Jeweils großen Mehrheiten der Bevölkerung stehen die Stärken des Landes wie die soziale Absicherung, die Leistungen von Wirtschaft und Wissenschaft und nicht zuletzt die politische Stabilität vor Augen. Und für manche Bereiche wächst die Wahrnehmung als Stärke des Landes noch deutlich, etwa für die Arbeitsbedingungen, den Datenschutz und – wie bereits berichtet – die Integration von Zuwanderern.¹⁴

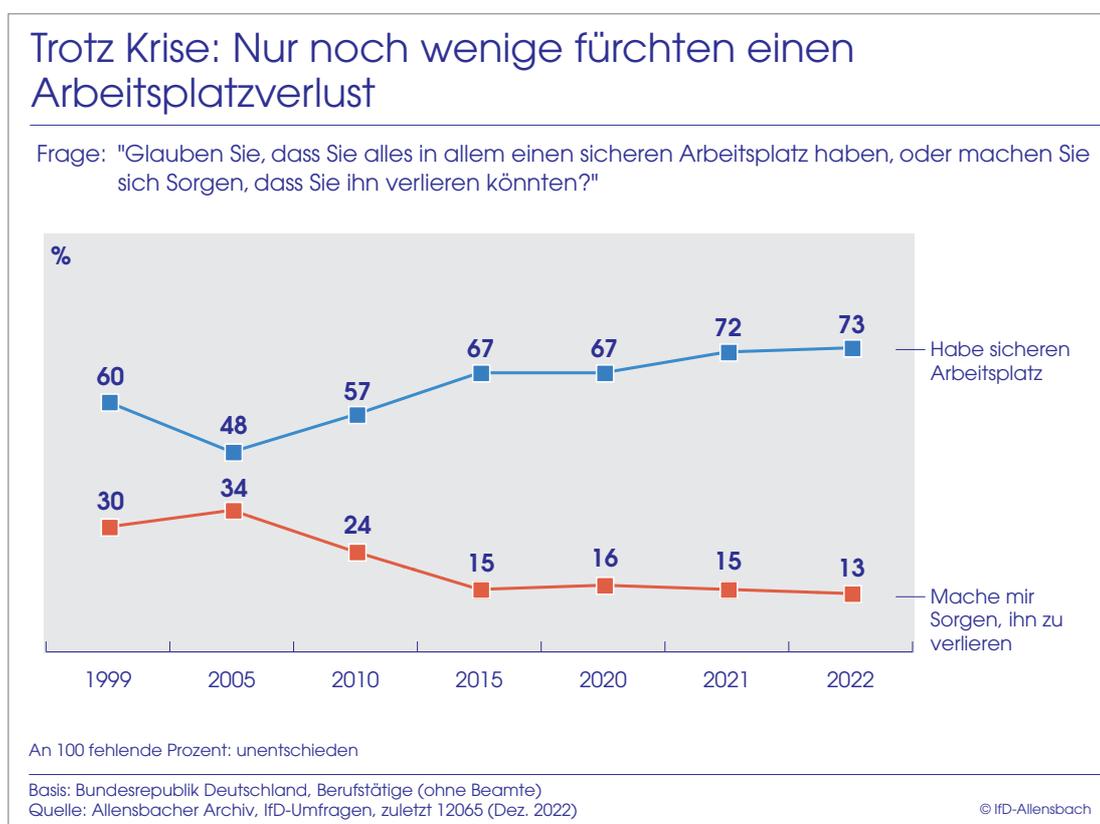
¹² *Als Personen mit hohem politischem Vertrauen wurden jene eingestuft, die sowohl zu Bundestag und Bundesregierung als auch zu den politischen Parteien viel oder ziemlich viel Vertrauen bekunden. Als Personen mit durchschnittlichem politischem Vertrauen gelten jene, die zumindest zu einer dieser Institutionen viel oder ziemlich viel Vertrauen haben, nicht jedoch zu allen dreien. (Eher) Geringes Vertrauen wurde für jene angenommen, die zu keiner der drei Institutionen viel oder ziemlich viel Vertrauen haben.*

¹³ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12065, Dezember 2023.*

¹⁴ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066, Januar 2023. Vgl. Renate Köcher: Keine gute Prognose. Die Deutschen sind mit dem Land zufrieden, sehen es aber im Niedergang. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Januar 2023, S.8.*

Hinter dieser Entwicklung steht die Erfahrung eines Landes, das auch in den verschiedenen Krisen noch bemerkenswert stabil bleibt. Dazu trägt nicht zuletzt die zumindest bislang nur geringe Beeinträchtigung der Wirtschaftsleistung durch die vielfältigen Belastungen bei. Ganz anders als noch während der Beschäftigungskrise 2005 und während früherer Krisen machen sich deshalb auch nur wenige Beschäftigte Sorgen, möglicherweise ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

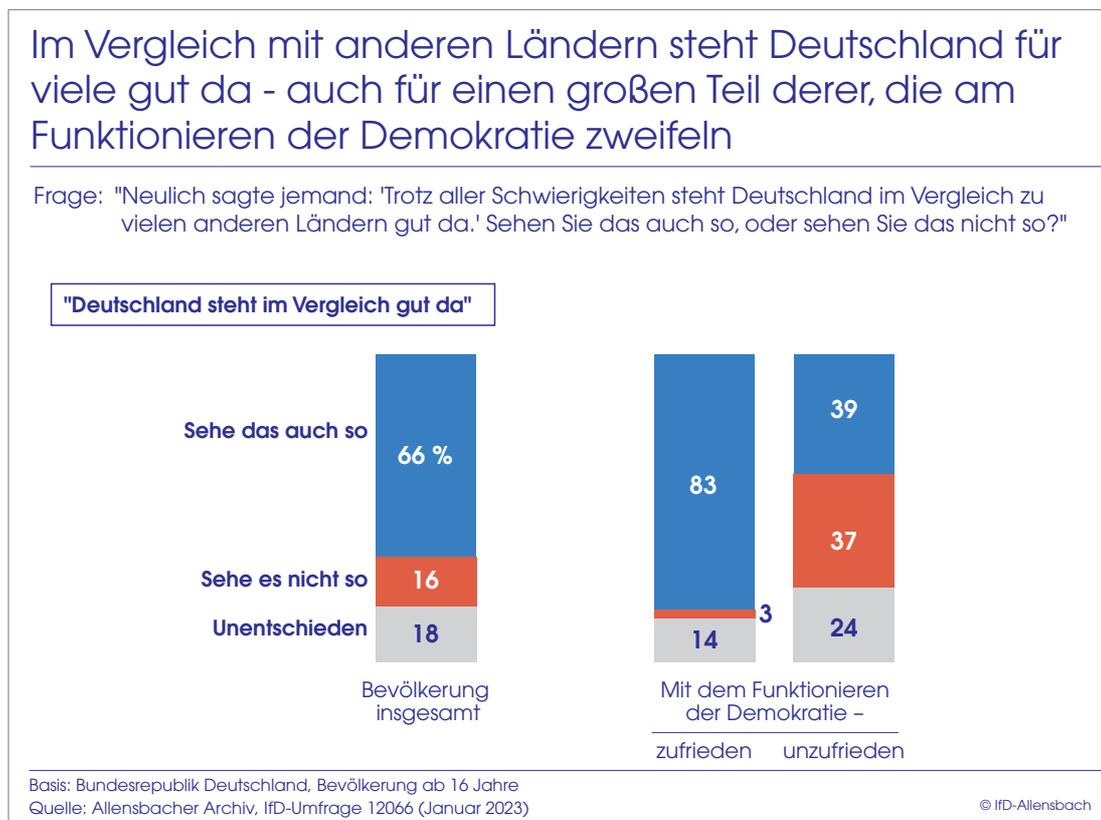
Schaubild 10



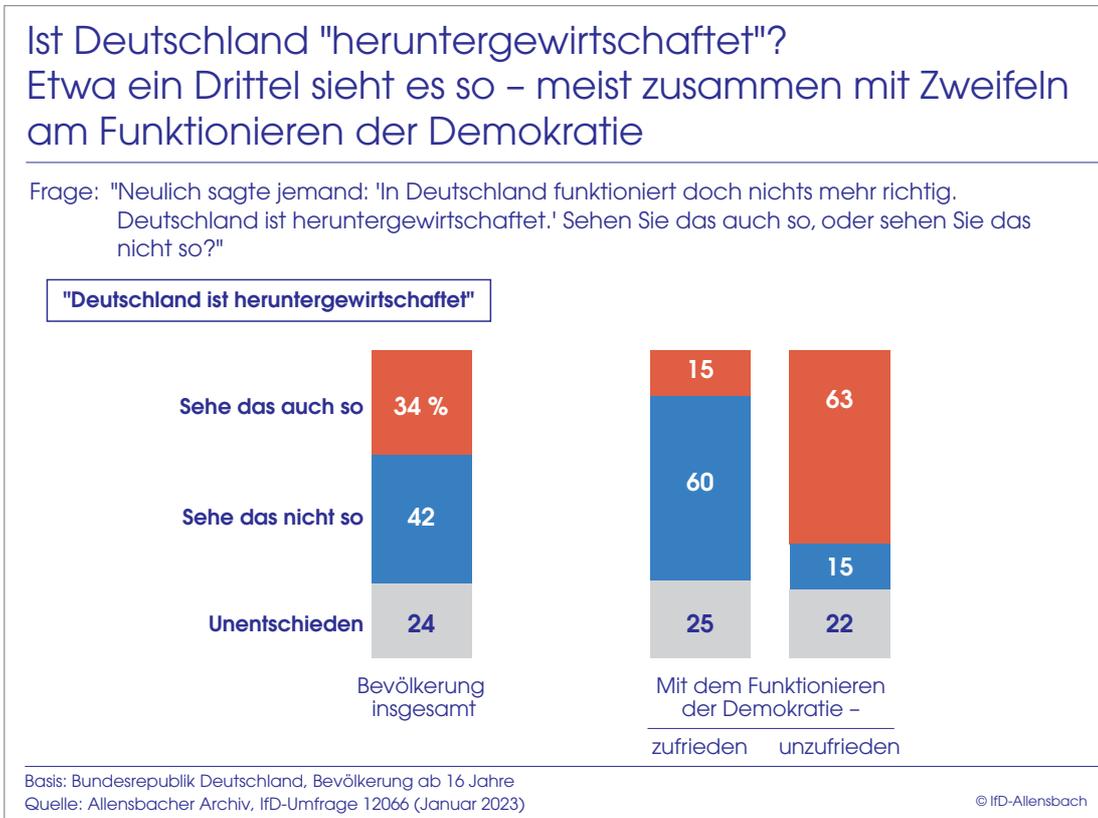
Trotz zunehmender Problemwahrnehmungen fällt deshalb auch nur eine Minderheit der Bevölkerung ein negatives Gesamturteil über die Verhältnisse in Deutschland. Insbesondere der internationale Vergleich wirkt einer Verabsolutierung der Problemwahrnehmungen entgegen. Eine Mehrheit von 66 Prozent findet vielmehr, Deutschland stehe im Vergleich mit vielen anderen Ländern eher noch ganz gut da; lediglich 16 Prozent sehen es anders, 18 Prozent bleiben unentschieden.

Dabei zeigt sich ein enger Zusammenhang dieser Einstellungen mit der Zufriedenheit über das Funktionieren des demokratischen Systems: Wer sich darüber sehr oder einigermaßen zufrieden äußert, hat fast immer auch einen guten Eindruck von der Lage Deutschlands im internationalen Vergleich (83 Prozent). Unter jenen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, finden sich positive und negative Wahrnehmungen dagegen zu fast gleichen Teilen.

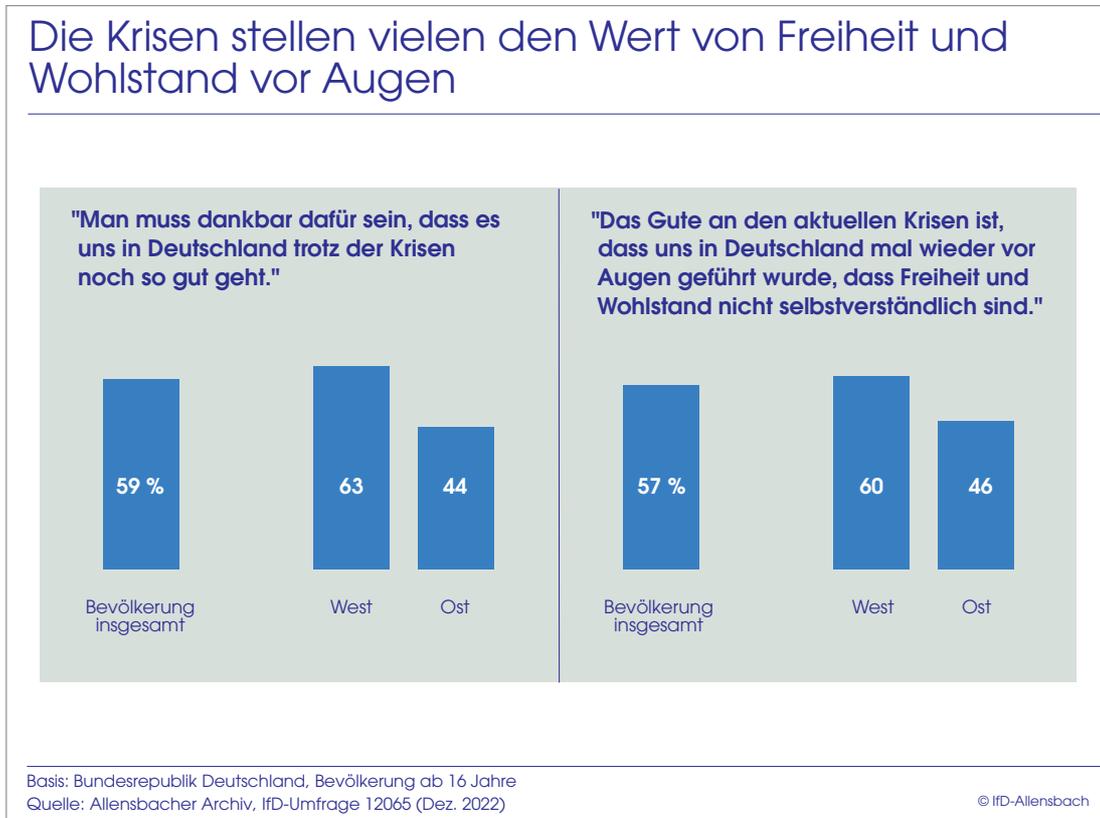
Schaubild 11



Passend dazu macht sich nur eine Minderheit von 34 Prozent das negative Resümee zu eigen, Deutschland sei heruntergewirtschaftet; 42 Prozent widersprechen einer solchen These explizit, 24 Prozent bleiben unterschieden. Auch hierbei ist der Zusammenhang mit der Zufriedenheit über die Demokratie ausgeprägt: Von jenen, die mit dem Funktionieren der Demokratie weniger oder gar nicht zufrieden sind, betrachten 63 Prozent das Land zugleich als heruntergewirtschaftet. Von den Zufriedenen kommen dagegen nur 15 Prozent zu diesem Urteil.



Zusammen mit Einstellungen, von denen man eine Abschwächung der demokratischen Integration erwarten muss, entwickeln sich so auch Haltungen, von denen eine eher größere Wertschätzung für die Demokratie zu erwarten ist. Vielen gibt das Beispiel der Ukraine zu denken, die nicht nur für die nationale Selbstbehauptung Krieg führt, sondern ebenso für Freiheit und Demokratie. Dementsprechend findet eine Mehrheit von 57 Prozent der deutschen Bevölkerung, die Krise stelle auch uns vor Augen, dass Freiheit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind. Und 59 Prozent sehen Grund zur Dankbarkeit, dass es uns in Deutschland trotz der Krisen noch so gut geht. In Ostdeutschland hält sich allerdings ein größerer Teil der Bevölkerung bei solchen Bekundungen erkennbar zurück.



Vor diesem Hintergrund finden heute eher noch etwas mehr Befragte als bei der ersten Vorstudie 2021, dass man alles in allem froh sein müsse, in Deutschland zu leben. An der überwiegenden Zufriedenheit mit dem Leben im eigenen Umfeld hat sich kaum etwas geändert. Die zunehmenden Wahrnehmungen von Problemen im Umfeld führt zuletzt also nur wenige zur weitreichenden Folgerung, das eigene Umfeld sei nicht mehr intakt. Nicht zuletzt hat sich die Lebenszufriedenheit der Menschen in Deutschland angesichts der Zeitumstände bemerkenswert wenig verringert.

Schaubild 14

Keine substanzielle Veränderung der Lebenszufriedenheit in der Krise		
Das würde ich auch sagen - - Auszug -	August 2021 %	Januar 2023 %
Alles in allem können wir froh sein, in Deutschland zu leben	77	79
Ich lebe in einem intakten Umfeld, man achtet aufeinander und hilft sich	60	64
Ich bin alles in allem mit meinem Leben hier zufrieden	55	51
Mit Politik habe ich nicht viel am Hut, ich konzentriere mich eher auf mich und mein Umfeld	34	29

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12039/8274, 12066

© IfD-Allensbach

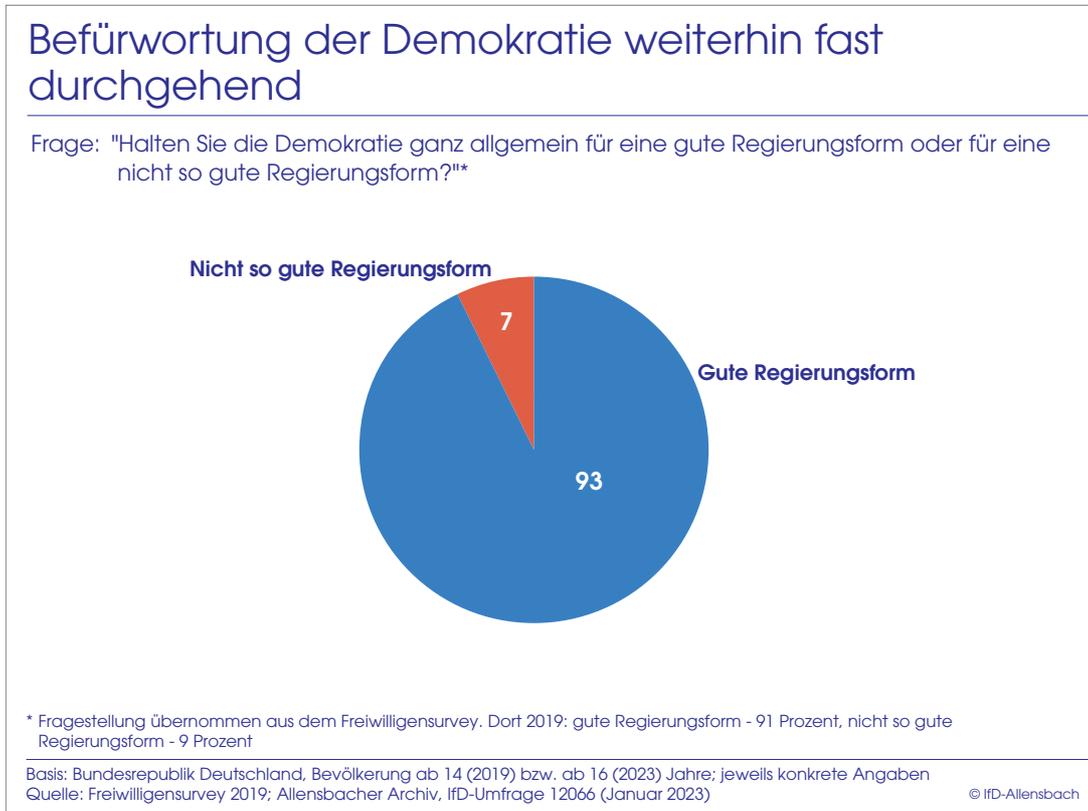
ENTWICKLUNG DER DEMOKRATISCHEN INTEGRATION IN DER KRISE

Zustimmung zur Demokratie und zur demokratischen Staatsform in Deutschland

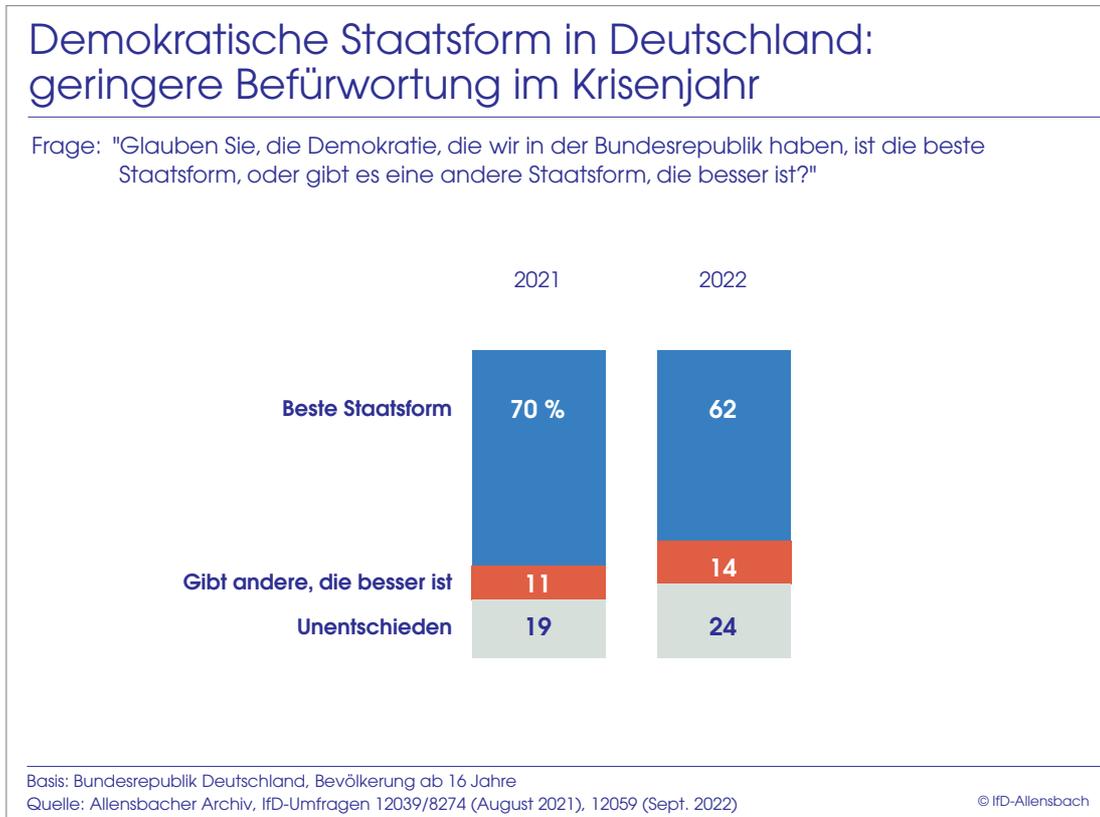
Die Grundeinstellung zur Demokratie wurde in der aktuellen Umfrage mit der Frageformulierung des Freiwilligensurveys 2019 ermittelt, bei der lediglich die Haltung zum Regierungssystem der Demokratie erfasst wird, unabhängig von deren realer Ausgestaltung in Deutschland oder anderen Ländern.¹⁵ Dabei bewerten nach wie vor neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern die Demokratie als gute Regierungsform. Nur wenig unterschieden sich dazu die Ansichten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Auch West- und Ostdeutsche, die im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung der Demokratie zu teils grundsätzlich unterschiedlichen Bewertungen kommen, bekennen sich gleichermaßen zum demokratischen Prinzip. Gegenüber den Ergebnissen des Freiwilligensurveys 2019 hat sich die prinzipielle Zustimmung zur Demokratie sogar noch leicht verstärkt.¹⁶

¹⁵ *Wie bei den anderen Fragen in der Formulierung des Freiwilligensurveys (zur Nutzung dieser Fragen vgl. die Vorbemerkung) werden im Folgenden lediglich die Angaben jener Befragten ausgewiesen, die konkrete Angaben machen, also ohne jene, die sich unentschieden oder gar nicht äußern. Dieses Verfahren, das auch für den Bericht des Freiwilligensurveys gewählt wurde, ist hier zudem wegen des Methodenunterschieds sinnvoll: Der Freiwilligensurvey 2019 wurde telefonisch erhoben, die aktuelle Umfrage mündlich-persönlich, wobei sich erfahrungsgemäß mehr Befragte unentschieden erklären als bei einer telefonischen Umfrage. Von daher werden die Ergebnisse dadurch besser vergleichbar. Da Methodeneffekte dennoch nicht ausgeschlossen sind, werden die Befunde hier nicht als Trend dargestellt.*

¹⁶ *Vgl. Julia Simonson, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Wiesbaden: Springer VS, 2021. S.263.*



Deutlich mehr Varianz der Einstellungen zeigt sich wiederum bei der für die politische Praxis relevanteren konkreten Fragestellung, ob man die in der Bundesrepublik gelebte Demokratie für die beste Staatsform hält. Darauf weist zwar ebenfalls noch eine beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung der Demokratie den Spitzenplatz unter den Staatsformen zu (62 Prozent); insgesamt fast ein Drittel erklärt sich aber entweder unentschieden (24 Prozent) oder findet eine andere Staatsform besser (14 Prozent). Im Vergleich zur ersten Vorstudie haben sich bei dieser Fragestellung die positiven Hal-tungen im September 2022 zwar spürbar, aber nicht grundsätzlich verringert: am wei-terhin gültigen Befund der weit überwiegenden Befürwortung ändert sich dadurch noch nichts.



Vergleichsweise groß sind die Anteile der Unentschiedenen und der Skeptiker bei dieser Fokussierung der Frage zur Demokratie wiederum in Ostdeutschland, wo sich 33 Prozent unentschieden äußern und 30 Prozent eine andere Staatsform für besser halten. Während dort lediglich 37 Prozent eine Überlegenheit der deutschen Demokratie annehmen, sind es in Westdeutschland 67 Prozent.

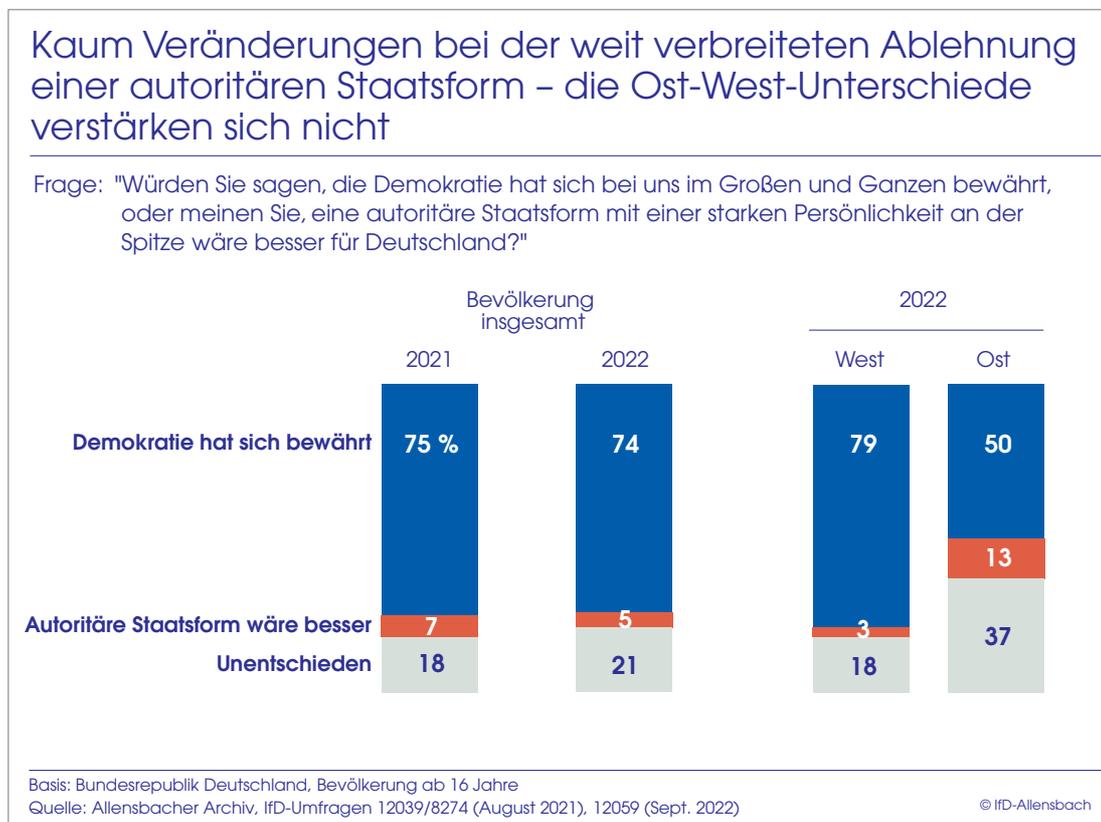
In Ostdeutschland fällt es vielen sichtlich schwer – trotz ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur Demokratie –, die bestehende Demokratie in Deutschland vorbehaltlos zu befürworten. Von daher werden die auch bei den meisten anderen Indikatoren zu beobachtenden Besonderheiten der Einstellungen in Ostdeutschland im Folgenden auch noch gesondert in den Blick genommen.¹⁷

¹⁷ Vgl. "Menschen in Ostdeutschland".

Abgrenzung gegenüber autoritären Staatsformen

Die zuweilen vorgebrachte Behauptung, ein "starker Mann" bzw. eine starke Persönlichkeit könne das Land besser führen als die Demokratie mit ihren Beratungen und Abstimmungen, hat auch in der Krise nicht an Zustimmung gewonnen. Lediglich eine kleine Minderheit von 5 Prozent äußert diese Meinung; 74 Prozent präferieren die Demokratie, die sich in Deutschland im Großen und Ganzen bewährt habe; 21 Prozent bleiben unentschieden. Gegenüber 2021 hat sich diese Verteilung der Einstellungen nur minimal verändert.

Schaubild 17

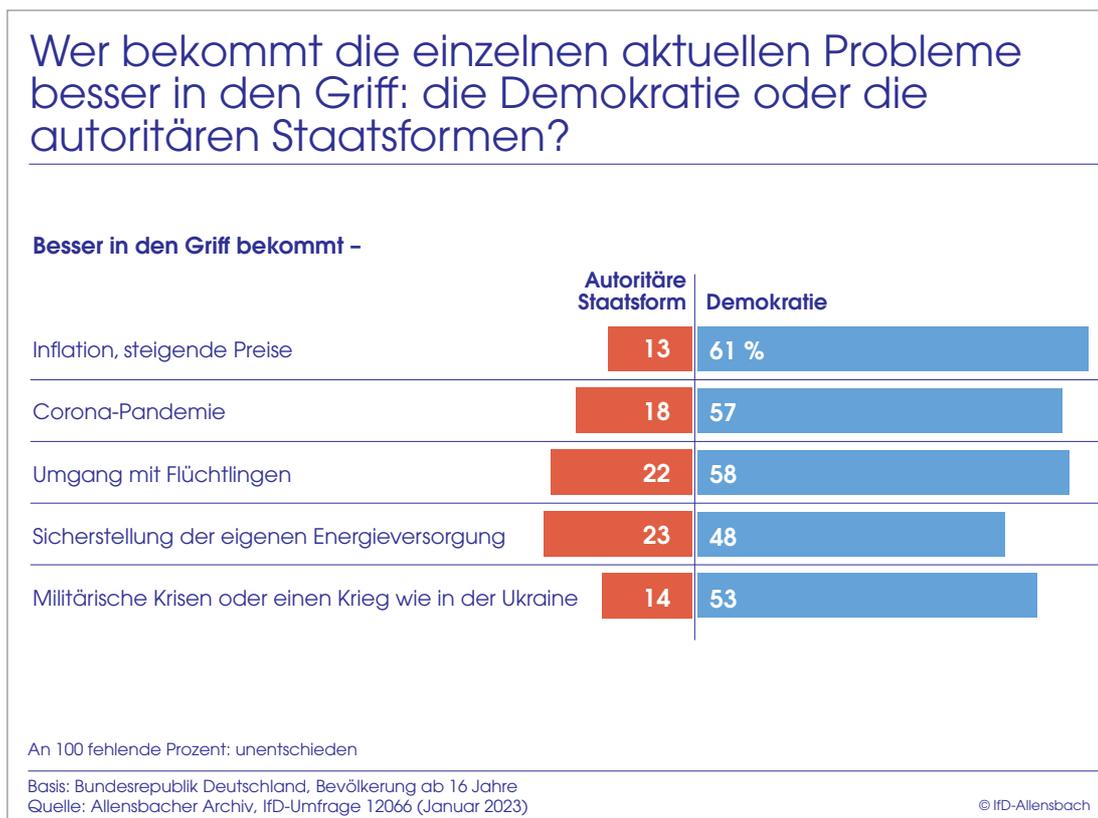


Kaum verändert haben sich bei dieser Ermittlung auch die beträchtlichen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Im Westen sprechen sich immerhin 79 Prozent für die Demokratie, wie wir sie in Deutschland haben, aus, in Ostdeutschland nur 50 Prozent. Auch dort bleibt der Ruf nach einer autoritären Staatsform mit starker Persönlichkeit an der Spitze Sache einer Minderheit von lediglich 13 Prozent (2021 noch

19 Prozent). Zu erheblichem Teil erklären sich Ostdeutsche bei dieser Frage für unentschieden, häufig als Ausdruck einer Unzufriedenheit unterhalb der eigentlichen Ablehnung.

Nun könnten die Angaben bei dieser Frage auch vom Eindruck des "starken Mannes" in Russland geprägt sein, der die Welt derzeit in Atem hält. Von daher wurden die Befragten ohne Bezug auf Personen danach gefragt, ob sie sich für die großen aktuellen Probleme eine Lösung eher von der Demokratie oder eher von einer autoritären Staatsform erwarten würden. Jeweils deutliche Mehrheiten erwarten hier mehr von der Demokratie als von den autoritären Staatsformen. Allerdings nimmt auch eine Minderheit von bis zu 23 Prozent der Bevölkerung eine Überlegenheit des Autoritarismus bei einigen Aufgaben an, für die viele ein entschlosseneres Handeln des Staates für notwendig halten.

Schaubild 18

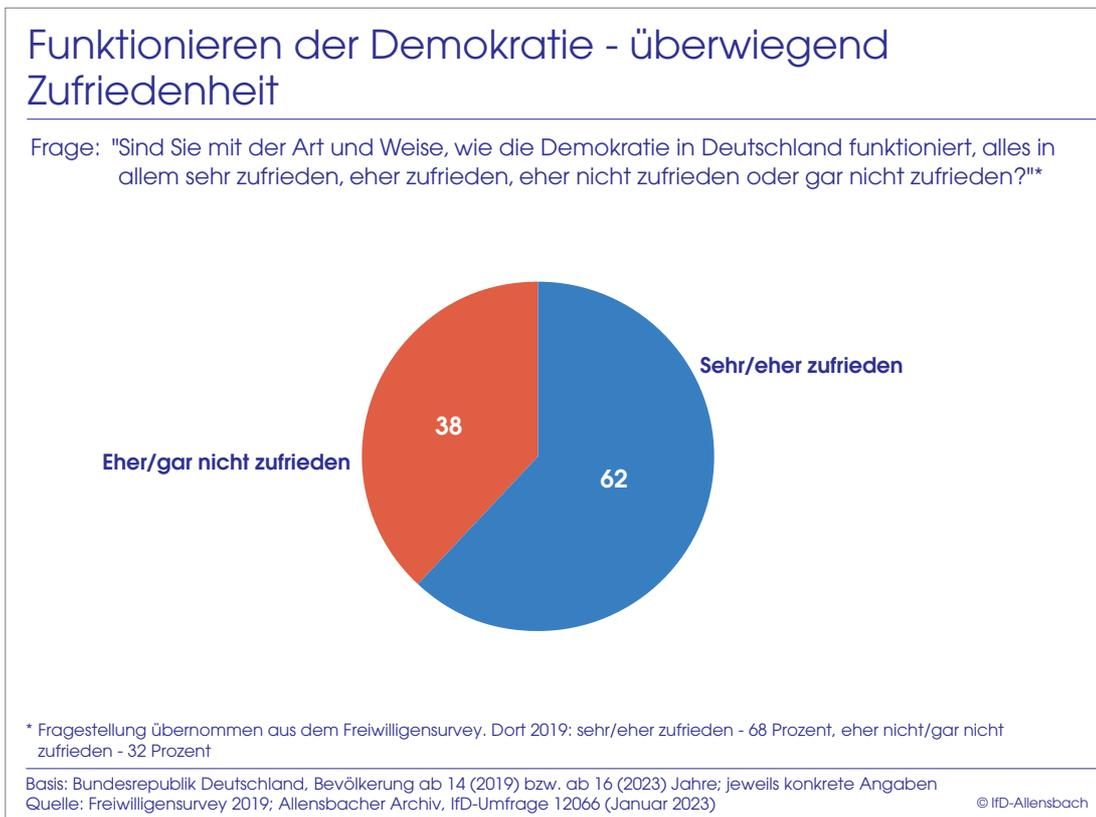


Diese Versuchung autoritärer Lösungen macht sich besonders bei der Sicherstellung der Energieversorgung und dem richtigen Umgang mit Flüchtlingen bemerkbar. Insbesondere ein beträchtlicher Teil der AfD-Anhängerschaft steht bei diesen Problemen in Versuchung, mehr vom autoritären "Durchgreifen" zu erwarten als von den zum Teil umständlichen und schwierigen Aushandlungs- und Abstimmungsverhältnissen in der Demokratie (vgl. Schaubild 44).

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Mit dem Funktionieren der Demokratie und des gesamten politischen Systems in Deutschland erklärt sich auch in der Krise unverändert eine beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung sehr oder eher zufrieden (62 Prozent). Lediglich 38 Prozent sind eher nicht oder gar nicht zufrieden. Gegenüber dem Freiwilligensurvey 2019 hat sich der Gesamtanteil der Zufriedenen in der Krise zwar ebenfalls verringert (von 68 Prozent), allerdings wird der grundsätzliche Befund einer weit überwiegenden Zufriedenheit durch diese Entwicklung noch nicht in Frage gestellt.

Schaubild 19



Eine Segmentierung der Bevölkerung nach der Grundeinstellung zur Demokratie sowie nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zeigt als derzeit größte Gruppe die Befürworter der Demokratie, die mit dem Funktionieren zufrieden sind (64 Prozent). Die mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie eher unzufriedenen Befürworter der Demokratie machen danach 29 Prozent aus. Im Freiwilligensurvey 2019 hatte ihr Anteil erst 24 Prozent betragen. Nicht gewachsen ist dagegen die kleine Gruppe derer, die ihre Kritik am Funktionieren der deutschen Demokratie auf eine grundsätzliche Ablehnung des demokratischen Systems gründen. Ihr Anteil ist kaum anders als im Freiwilligensurvey 2019 (6 gegenüber 7 Prozent).

Schaubild 20

Haltungen zur Demokratie	
	2023 %
Demokratie*:	
<u>gute</u> Regierungsform mit Funktionieren sehr/eher zufrieden	64
<u>gute</u> Regierungsform mit Funktionieren eher/gar nicht zufrieden	29
<u>nicht so gute</u> Regierungsform mit Funktionieren sehr/eher zufrieden	1
<u>nicht so gute</u> Regierungsform mit Funktionieren eher/gar nicht zufrieden	6
	100

* Auf Basis der Fragestellungen, die aus dem Freiwilligensurvey übernommen wurden. Dort 2019: gut/zufrieden - 67 Prozent, gut/weniger zufrieden - 24 Prozent, nicht so gut/zufrieden - 2 Prozent, nicht so gut/wenig zufrieden - 7 Prozent

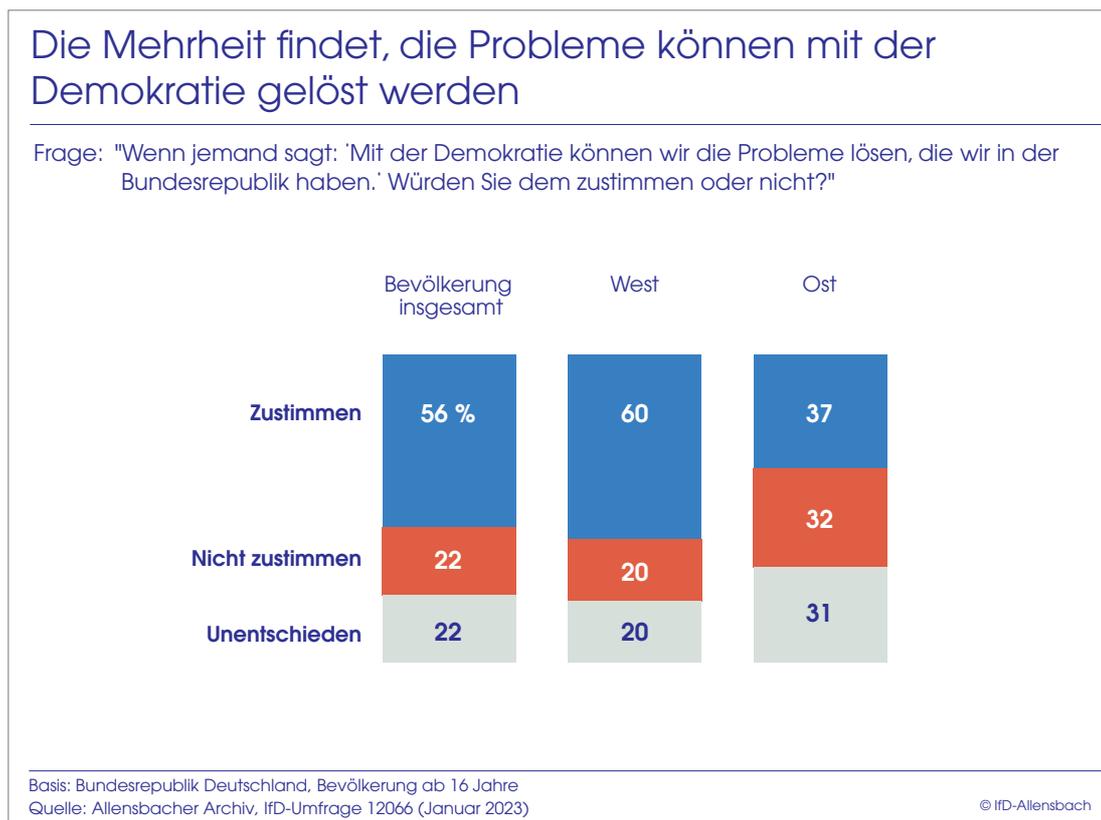
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 14 (2019) bzw. ab 16 (2023) Jahre; jeweils konkrete Angaben
Quelle: Freiwilligensurvey 2019; Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023) © IfD-Allensbach

Etwas zurückhaltender fallen die Urteile aus, wenn es nicht allein um die Demokratie oder das deutsche Regierungssystem und seine Funktionsfähigkeit geht, sondern wenn nach der angenommenen Fähigkeit des demokratischen Systems, die anstehenden Probleme zu lösen, gefragt wird. Zwar stimmt eine absolute Mehrheit von 56 Prozent

der Bevölkerung der Aussage zu, die anstehenden Probleme ließen sich mit der Demokratie lösen, 22 Prozent äußern sich jedoch unentschieden und weitere 22 Prozent glauben nicht, dass die Demokratie den großen Problemen gewachsen ist. In Westdeutschland erwarten immerhin 60 Prozent von der Demokratie eine Lösung der anstehenden Probleme, in Ostdeutschland lediglich 37 Prozent.

Offensichtlich stimmen also manche der Demokratie und ihren Einrichtungen und Prozeduren zwar grundsätzlich zu, sehen zugleich aber nur begrenzte Fähigkeiten des Systems, die als überwältigend empfundenen Probleme und Herausforderungen zu meistern. Diese Haltung unterscheidet sich noch einmal von der in Ostdeutschland überdurchschnittlich häufig anzutreffenden grundsätzlichen Distanz gegenüber dem demokratischen System, dem die ostdeutschen Länder 1990 beitraten.

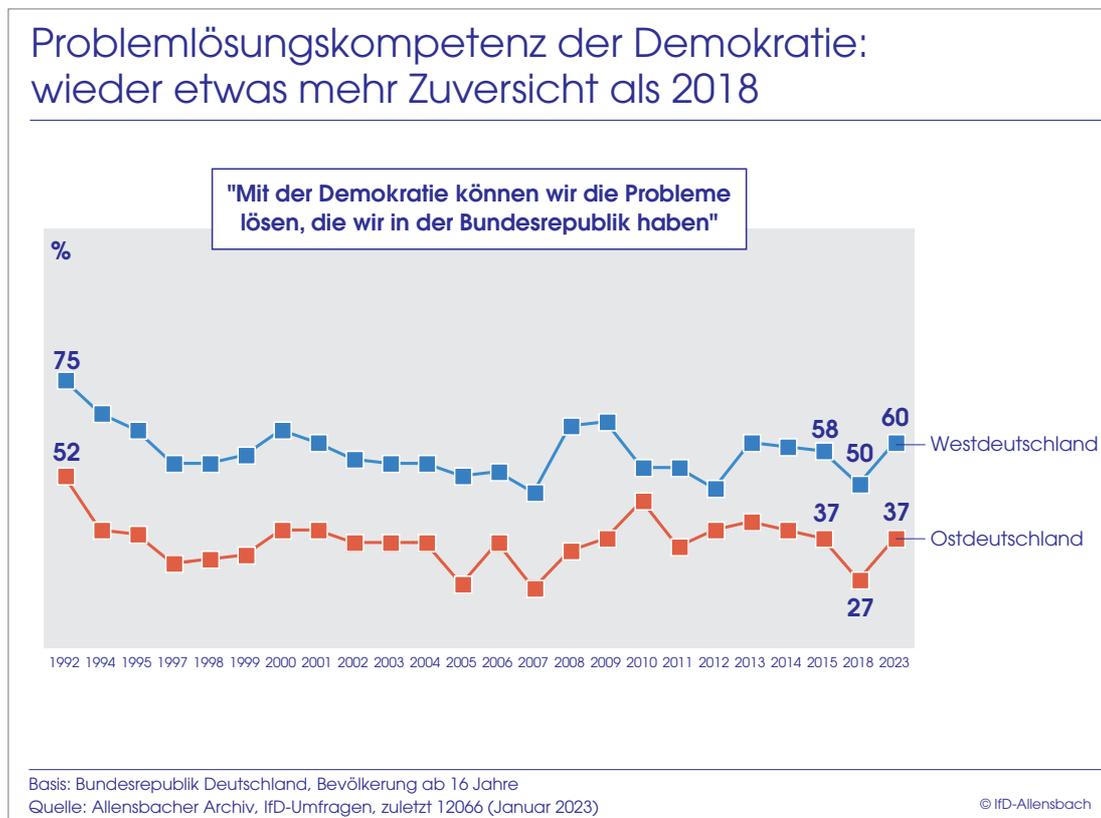
Schaubild 21



Die auch in Westdeutschland verbreiteten Zweifel an der Fähigkeit der Demokratie zur Lösung der anstehenden Probleme sind keineswegs erst eine Folge der aktuellen Krisen. Sie bildete sich bereits in den 1990er Jahren heraus, als Themen wie die Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die Rentenversicherung diskutiert wurden. Auch in späteren Phasen, etwa während der heftigen Auseinandersetzungen um die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 erschienen vielen die Herausforderungen größer als die Fähigkeiten der Demokratie.

Angesichts der zahlreichen Krisen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten von der Demokratie in Deutschland tatsächlich bewältigt wurden, spricht der Langzeittrend hier für eine eher geringe Präsenz solcher Erfahrungen im Bewusstsein der Bevölkerung. Sogar nach Bewältigung der Weltfinanzkrise 2007/2008 zeigte sich in der Zeitreihe für diese Frage nur ein kurzes Zwischenhoch. Die jetzt 2023 gemessene Einstellungsverteilung entspricht in etwa dem langjährigen Mittel.

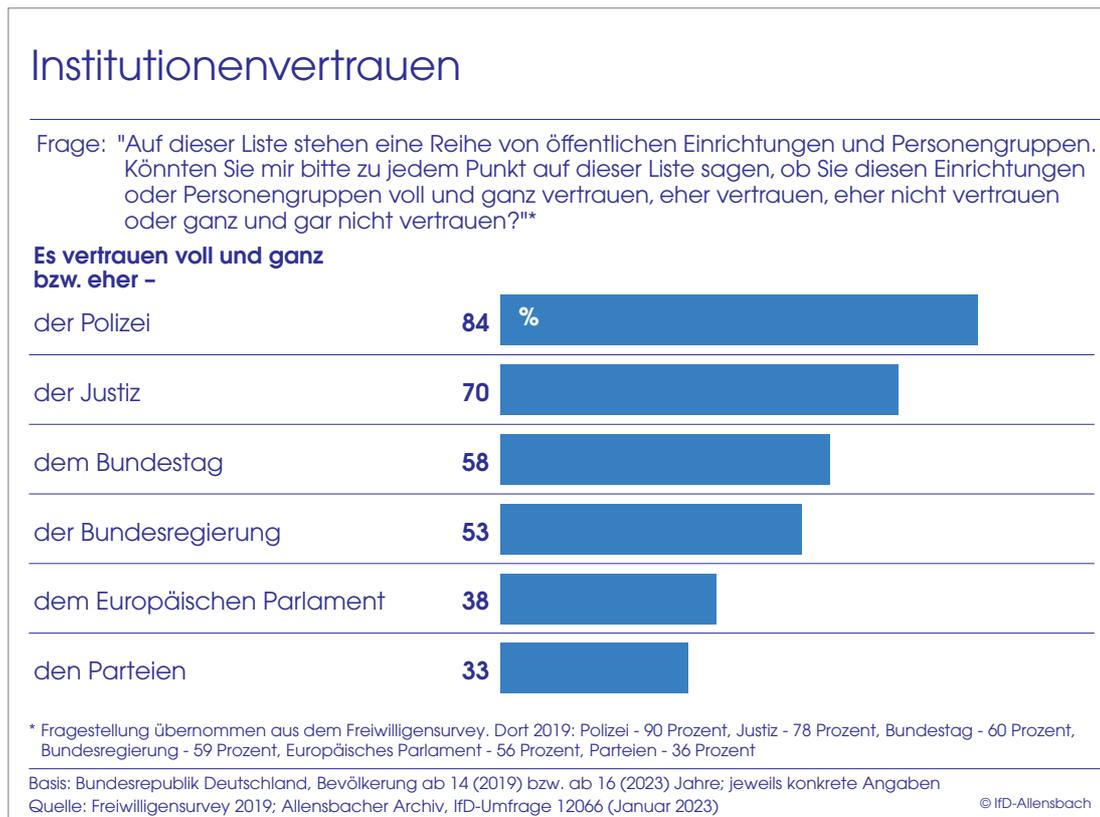
Schaubild 22



Vertrauen in Institutionen

Bereits in der ersten Vorstudie ließen sich ganz unterschiedliche Abstufungen des Institutionenvertrauens beobachten: eher geringes Vertrauen zu den politischen Parteien, deutlich mehr Vertrauen zu den Regierungen und Parlamenten, schließlich weit verbreitetes Vertrauen zu Gerichten, Gesetzen und Polizei: Das Vertrauen wächst also gewissermaßen mit der Entfernung vom Bereich der Parteipolitik, in dem zusammen mit idealistischen Überzeugungen auch Interessen von Gruppen und von einzelnen eine wichtige Rolle spielen. Dieses Muster bestätigt sich erneut in der aktuellen Befragung. Am weitesten verbreitet ist das Vertrauen zur Polizei (84 Prozent vertrauen voll und ganz oder eher), am geringsten das Vertrauen zu den Parteien (33 Prozent). Dem Bundestag und der Bundesregierung vertraut danach jeweils mehr als die Hälfte der Bevölkerung (58 bzw. 53 Prozent).

Schaubild 23



Zur Messung des Institutionenvertrauens wurde in der aktuellen Umfrage die Fragestellung des Freiwilligen surveys genutzt. Gegenüber dessen vorerst letzter Welle 2019 zeigt die aktuelle Befragung für die meisten Institutionen jeweils nur leicht geringere Vertrauenswerte, die meistens nur um 2 bis 8 Prozentpunkte unter den 2019 erzielten Ergebnissen liegen. Eine Ausnahme macht lediglich der Einbruch des Vertrauens zum Europaparlament (von 56 auf 38 Prozent), der auf den Korruptionsskandal um eine Parlamentsvizepräsidentin und einige Abgeordnete reagiert.

Die parallele Allensbacher Trendfrage, die zuletzt im Dezember 2022 gestellt wurde,¹⁸ bestätigt im Wesentlichen das hier erkennbare Muster sowie die Dimensionen des Vertrauens. Signifikant, in größerem Umfang als durch eine mögliche Zufallsabweichung zu erwarten wäre, verringerte sich dabei gegenüber August 2021 lediglich das Vertrauen zu den Ämtern und Behörden vor Ort (von 58 auf 51 Prozent). Diese Entwicklung dürfte mit dem schon dargestellten Zuwachs der Problemwahrnehmungen im je persönlichen Lebensumfeld zusammenhängen (vgl. Schaubild 6).

¹⁸ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066.*

Responsivität des politischen Systems und Selbstwirksamkeit

Unter der Responsivität des politischen Systems wird die Berücksichtigung von Bedürfnissen, Wünschen und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger durch das politische System und die politisch Verantwortlichen verstanden. Bei der hier untersuchten demokratischen Integration geht es nicht um die objektiven Dimensionen der Responsivität in Deutschland, sondern allein um die entsprechenden Wahrnehmungen der Bevölkerung, die den schwer zu quantifizierenden tatsächlichen Grad der Responsivität unter- wie überschätzen können.

Gegenüber 2021 hat sich die dafür relevante Vorstellung, die Politiker kümmern sich nicht um die Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung, kaum verändert. Noch immer schließen sich 50 Prozent diesem Vorwurf an die Adresse der Politik an, Personen aus der einfachen Schicht¹⁹ ungleich häufiger als Personen aus der mittleren oder höheren Schicht. Zu nicht geringem Teil dürfte diese Haltung also eher durch die eigene Erfahrungen geringerer Ressourcen und schlechterer Perspektiven geprägt sein als durch eine eher abstrakte Bewertung des politischen Systems.

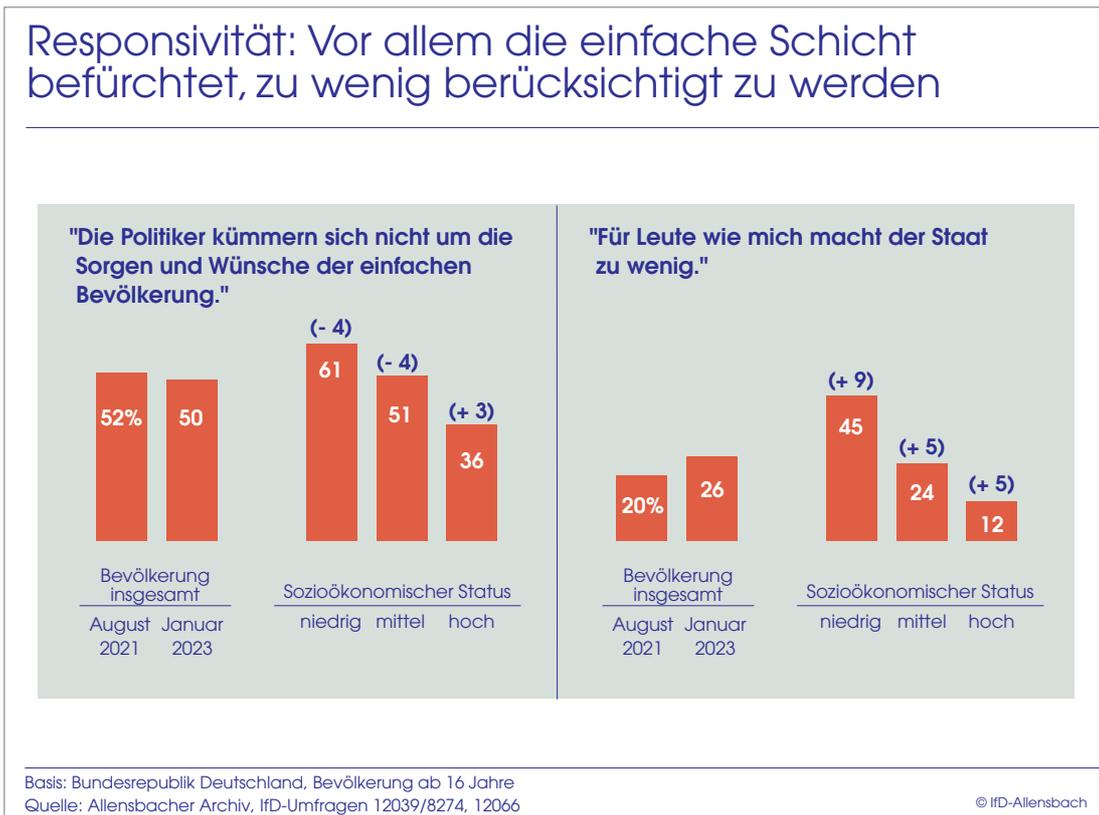
Der noch stärker persönliche Vorwurf: "Für Leute wie mich macht der Staat zu wenig" nahm seit 2021 zu. Im Durchschnitt der Bevölkerung wuchs die Zustimmung zu dieser Aussage vor dem Hintergrund der kulminierenden Krisen um 6 Prozentpunkte an, in der einfachen Schicht sogar um 9 Prozentpunkte. Hier dürften die auch bei anderen Fragen erkennbaren Wünsche nach einer noch stärkeren Entlastung für Bevölkerung Raum greifen.

Von daher ergeben sich hier, ebenso wie in der ersten Vorstudie, erhebliche Vorbehalte der einfachen Schicht sowohl hinsichtlich der grundsätzlichen Responsivität des Systems als auch hinsichtlich der eigenen Berücksichtigung. In der mittleren Schicht sind die allgemeinen Vorbehalte dann schon ungleich größer als die Vorbehalte

¹⁹ Als Schichtindikator wird hier der sozioökonomische Status genutzt. Dieser wird über Berufstätigkeit, Einkommen, Bildung und den Berufskreis des Hauptverdieners im Haushalt bestimmt; dabei werden als Personen mit einfachem sozialem Status die 22 Prozent abgegrenzt, die auf einer Skala anhand dieser Merkmale die niedrigsten Werte erreichen. Als Personen mit höherem Status werden die 23 Prozent mit den höchsten Werten abgegrenzt, als mittlere Schicht eine Mehrheit von 55 Prozent.

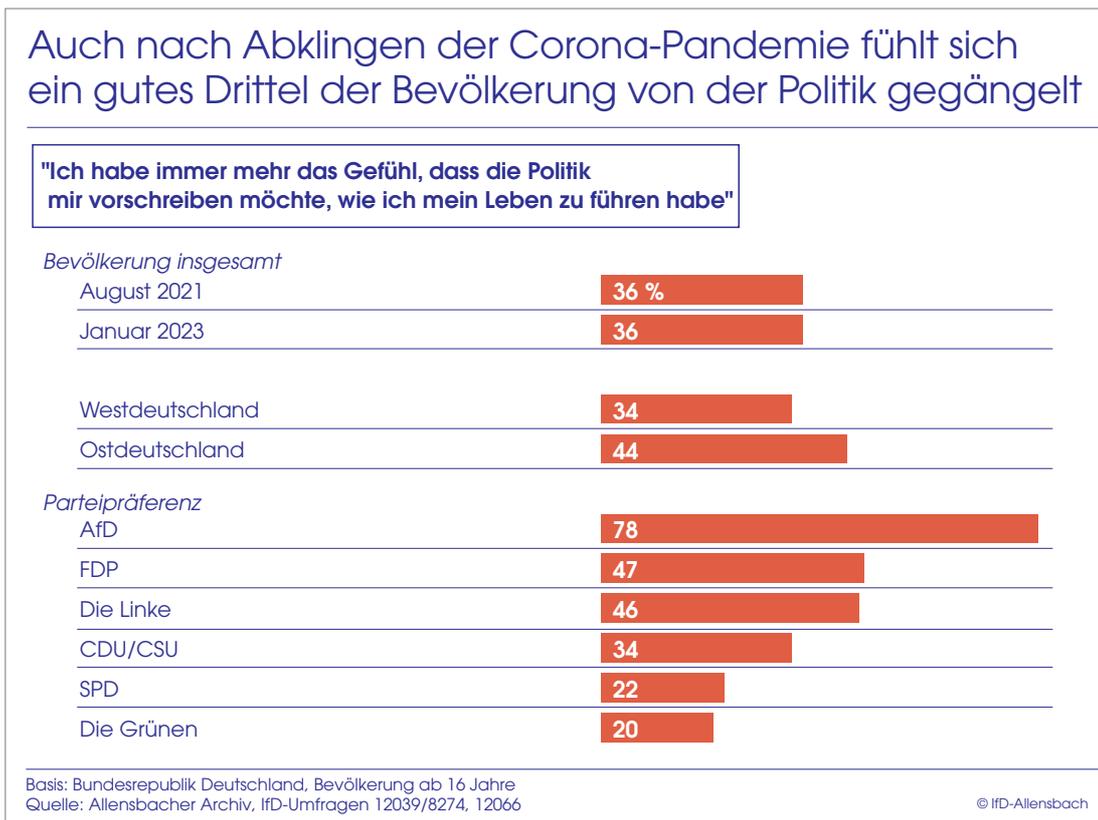
bezüglich der Berücksichtigung eigener Bedürfnisse. Und in der gehobenen Schicht sind dann sowohl allgemeine als auch eher persönliche Vorbehalte Sache von Minderheiten.

Schaubild 24



Anstelle von eigentlicher Bürgerfreundlichkeit des politischen Systems nimmt ein Teil der Bevölkerung eher eine zunehmende Tendenz der Politik wahr, Vorschriften für das tägliche Leben zu machen, die über die notwendigen Regelungen des Zusammenlebens hinausgehen. Auch nach dem Abklingen der Corona-Pandemie und dem Ende der damit verbundenen Maßnahmen schließen sich unverändert 36 Prozent der Bevölkerung der Aussage an: "Ich habe immer mehr das Gefühl, dass die Politik mir vorschreiben möchte, wie ich mein Leben zu führen habe. In Ostdeutschland wird dieses Gefühl sogar von 44 Prozent geteilt. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede für die Anhängerchaften unterschiedlicher Parteien: Von den Anhängerinnen und Anhängern der FDP und der Linken schließen sich jeweils fast 50 Prozent diesem Vorwurf an, von jenen der AfD sogar 78 Prozent.

Schaubild 25

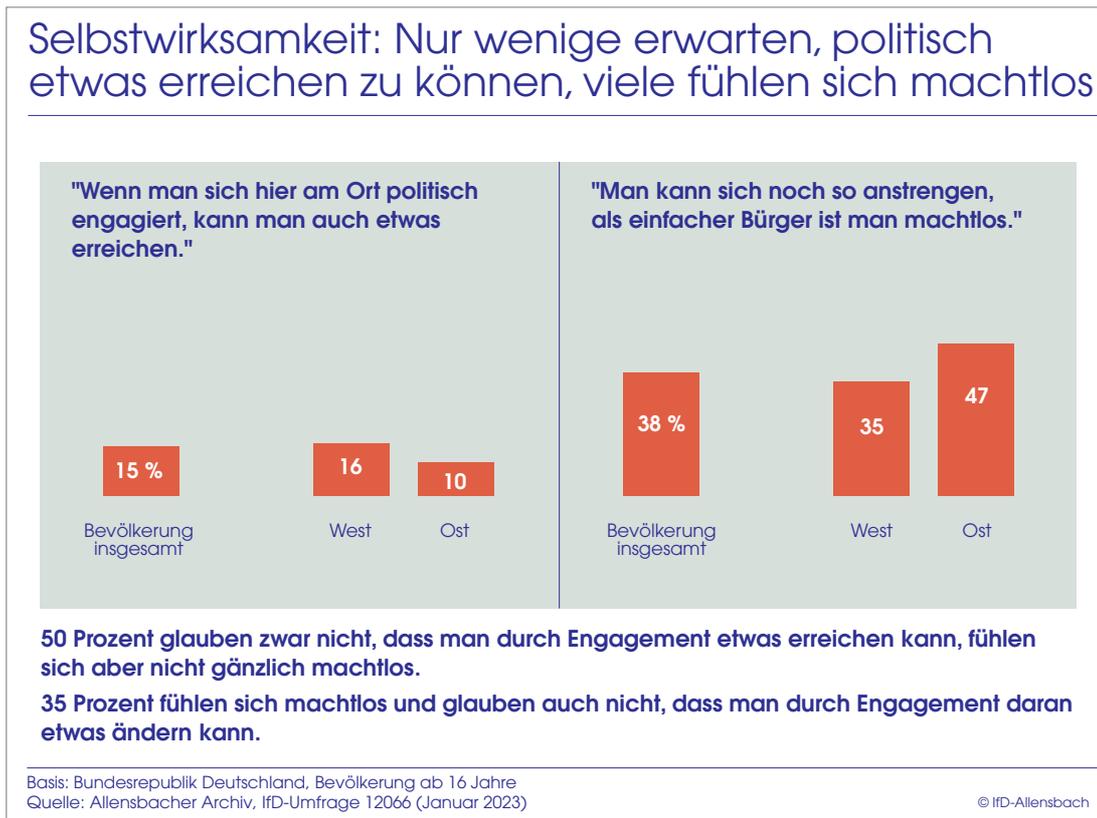


Häufig hängen Vorbehalte gegenüber dem politischen System mit diesem Gefühl zusammen, von der aktuellen Politik weit über den Rahmen des noch vor ein oder zwei

Jahrzehnten Üblichen zu einem bestimmten Verhalten gedrängt zu werden. Allerdings wird die Enge dieses Zusammenhangs auch durch zahlreiche andere Faktoren mitbestimmt, so dass etwa die hier ebenfalls häufig empfindlichen Anhängerinnen und Anhänger von FDP und Linken weitaus seltener solche Vorbehalte gegenüber dem demokratischen System entwickeln als jene der AfD.²⁰

Ähnlich kritisch wie die Responsivität des politischen Systems wird die Möglichkeit zur eigenen Mitgestaltung des politischen Systems gesehen, die Selbstwirksamkeit. Lediglich 15 Prozent würden erwarten, durch politisches Engagement am Ort politisch etwas erreichen zu können. Dass man als einfacher Bürger ungeachtet aller Anstrengungen zuletzt machtlos sei, denken 38 Prozent, in Ostdeutschland sogar 47 Prozent der Bevölkerung.

Schaubild 26



²⁰ Vgl. "Anhängerrinnen und Anhänger der AfD".

Eine Kreuzung dieser beider Angaben zeigt zwei weitere bedeutsame Gruppen: 50 Prozent glauben zwar nicht, durch Engagement etwas erreichen zu können, fühlen sich aber – etwa als Wähler – auch nicht gänzlich ohne Möglichkeit der Einflussnahme. 35 Prozent fühlen sich dagegen machtlos und glauben auch nicht, dass man durch politisches Engagement daran etwas ändern könnte.

Dieses politisch fatalistische Drittel bildet keineswegs einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung in Deutschland: Weit überdurchschnittlich sind Ostdeutsche vertreten. Selbst wenn sich heute weitaus weniger Ostdeutsche als "Bürger zweiter Klasse" empfinden als noch vor zwei Jahrzehnten (2002: 57 Prozent; 2021: 37 Prozent),²¹ artikuliert sich in solchen Ohnmachtsgefühlen doch bei vielen die Wahrnehmung allenfalls geringer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Bei vielen wirken hier Erinnerungen oder Berichte über den Transformationsprozess, in dem man sich in fast allen Lebensbereichen in bereits bestehende Regelungen und Muster eingewöhnen musste.²²

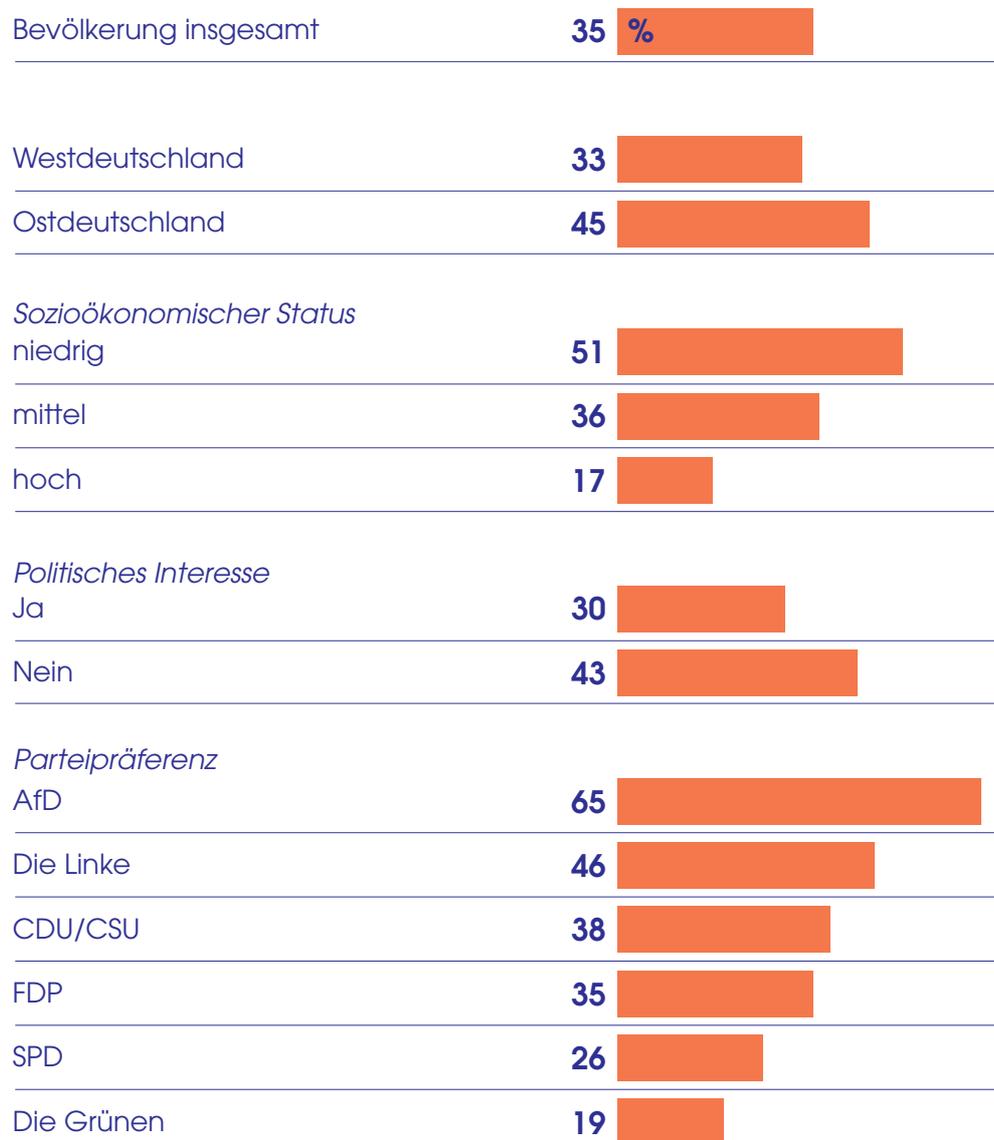
Auch Angehörige der einfachen Schicht empfinden weit überdurchschnittlich solche Gefühle der politischen Ohnmacht. Zum Statusfatalismus in der einfachen Schicht, den verbreiteten Zweifeln an den eigenen Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg, gesellt sich also bei etwa der Hälfte dieser Bürgerinnen und Bürger auch noch das Gefühl politischer Machtlosigkeit. Nicht selten gehen derartige Gefühle auch mit politischem Desinteresse einher, wobei kaum zu erkennen ist, wo sich das Desinteresse aus dem Gefühl speist, ohnehin nichts ändern zu können, und wo ein solches Gefühl eher als Erklärung für das vorrangige politische Desinteresse in den Vordergrund gerückt wird. Weit überdurchschnittlich häufig findet sich das Gefühl politischer Ohnmacht wiederum in der Parteianhängerschaft der AfD. Dort verschmilzt es mit dem ebenfalls verbreiteten Eindruck, von der Politik gegängelt zu werden, zur Vorstellung, sich gegen wachsende Zumutungen nicht zur Wehr setzen zu können. Aus solchen Grundhaltungen heraus läge eher eine Abwehr der wahrgenommenen staatlichen Übergriffe nahe als eine konstruktive politische Mitarbeit.

²¹ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7021, 12038.*

²² *Vgl. Everhard Holtmann: Umbruchs- und Transformationserfahrungen als Einflussgrößen für politische Partizipation. In: Holtmann, 2019. S.109-142.*

Ohnmachtsgefühle: Einflussfaktoren und Zusammenhänge

Es fühlen sich machtlos und glauben auch nicht, dass man durch Engagement daran etwas ändern kann

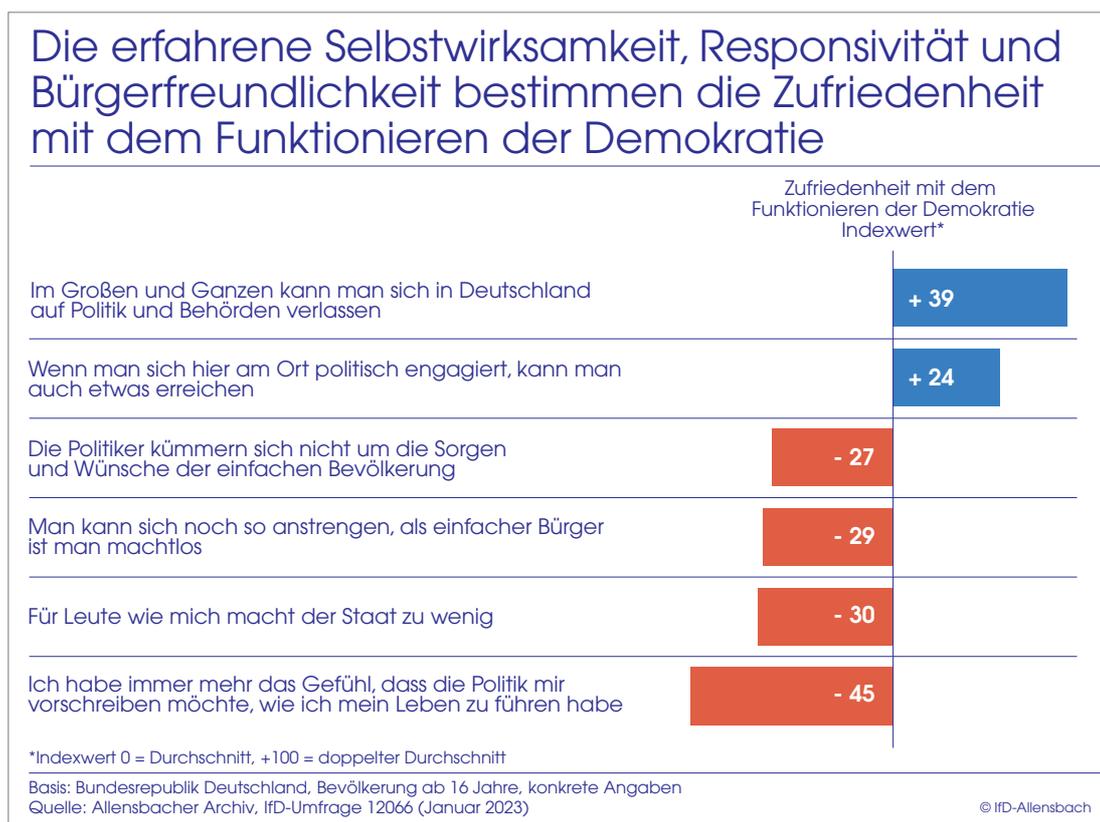


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)

© IfD-Allensbach

Ähnlich wie Erfahrungen im persönlichen Umfeld hängen auch die Wahrnehmungen von Responsivität und Selbstwirksamkeit eng mit der Zufriedenheit über das Funktionieren des demokratischen Systems zusammen. Menschen, die von der Verlässlichkeit von Politik und Behörden sowie von der Wirksamkeit eigenen Engagements überzeugt sind, erklären sich weit überdurchschnittlich mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden. Deutlich unterdurchschnittlich ist die Zufriedenheit dagegen bei jenen, die "abgehobene" Politiker, zu geringe Rücksichtnahme der Politik auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger oder auch zu wenig Unterstützung von Seiten des Staates wahrnehmen. Besonders selten sind jene zufrieden, die ein Übermaß staatliche Vorschriften bei der eigenen Lebensgestaltung empfinden. In dieser Teilgruppe finden sich wiederum überdurchschnittlich viele Anhänger der AfD.

Schaubild 28

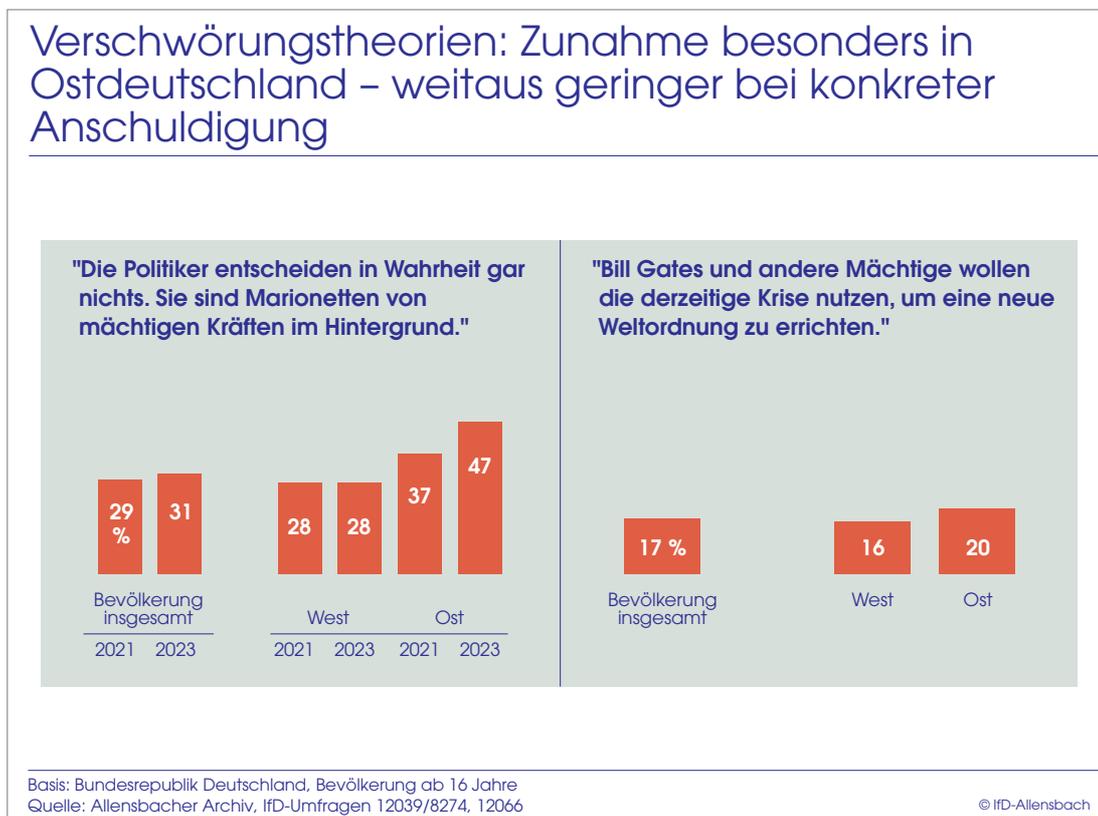


(Un)Empfänglichkeit für populistische Argumentationen und Verschwörungstheorien

Als Indikator für die politische Integration kann auch die Unempfänglichkeit für populistische Argumentationen und Verschwörungstheorien dienen. In der aktuellen Situation stellt sich die Frage, in wieweit die vielfältigen Krisen und Belastungen die Empfänglichkeit der Bevölkerung für Schuldzuweisungen und Verkürzungen der tatsächlichen Sachverhalte erhöhen.

Die 2021 bereits relativ verbreitete Vorstellung, die Politiker seien lediglich "Marionetten" von mächtigen Kräften im Hintergrund, deren Vieldeutigkeit sowohl zu rechten wie linken Ideologien passt, hat vor dem Hintergrund der Krise vor allem in Ostdeutschland an Zustimmung gewonnen. Während sich die Häufigkeit der Nennungen in Westdeutschland nicht veränderte, erhöhte sich die Zustimmung in Ostdeutschland deutlich von 37 auf 47 Prozent. Offensichtlich führt also die auch an anderen Indikatoren erkennbare überdurchschnittliche Zunahme der Unzufriedenheit in Ostdeutschland dort zu einer stärkeren Wendung gegen die politisch Verantwortlichen und die politischen Institutionen (vgl. Schaubild 41).

Schaubild 29

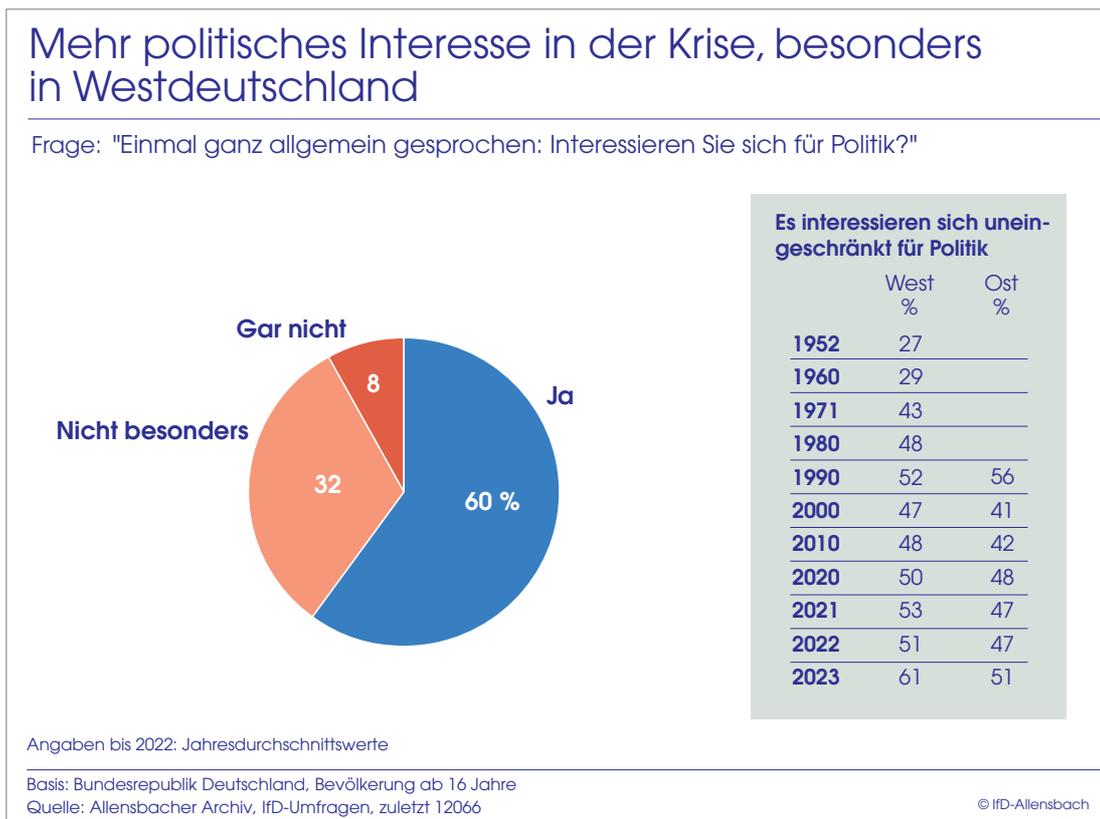


Wie schon 2021 prägt sich dagegen die Zustimmung zu einer Verschwörungstheorie im eigentlichen Sinne weitaus schwächer aus. Lediglich 17 Prozent der Bevölkerung stimmen der Behauptung zu, Bill Gates und andere Mächtige wollten die Krise nutzen, um eine neue Weltordnung zu errichten. Dabei gibt es kaum einen Unterschied zwischen den Haltungen in West- und in Ostdeutschland. In der Krise verstärkt sich also offenbar besonders in Ostdeutschland die eher populistische Abgrenzung gegenüber den politisch Verantwortlichen, ohne dass es deshalb zu einem Ausufern von Verschwörungsmmythen und einem breiten grundsätzlichen Abrücken von der Demokratie käme.

Politische und gesellschaftliche Partizipation

Politisches Interesse und politische Beteiligung bilden die praktischen Dimensionen der demokratischen Integration. Hier werden zunächst das politische Interesse, die politische Information und die (Bereitschaft zur) Wahlbeteiligung in den Blick genommen; ein etwas differenzierterer Blick auf das Engagement folgt im Schlusskapitel: Anfang 2023 deutet sich eine leichte Ausweitung des politischen Interesses an. 60 Prozent geben im Januar 2023 an, sich uneingeschränkt für Politik zu interessieren, 32 Prozent interessieren sich nicht besonders, 8 Prozent gar nicht. Damit liegt der Anteil der uneingeschränkt Interessierten aktuell um 10 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert des Krisenjahres 2022, wobei das Interesse in Westdeutschland deutlich stärker zunahm als in Ostdeutschland.

Schaubild 30



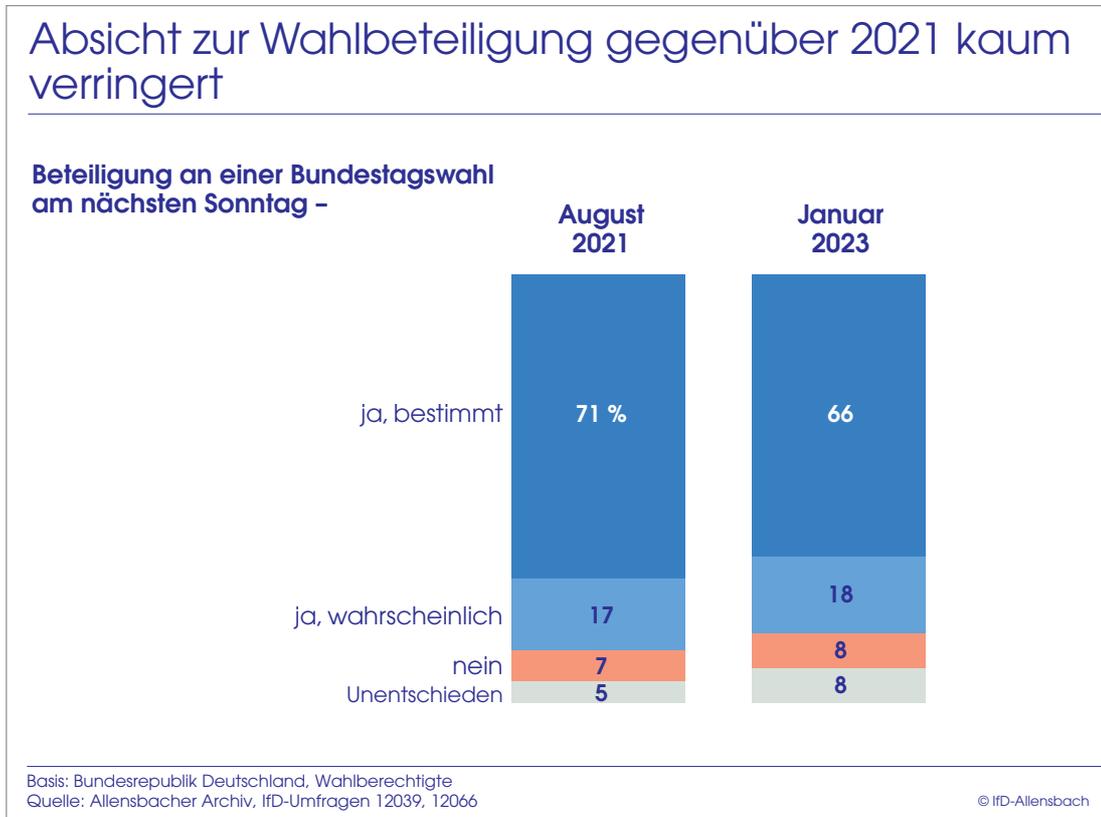
Die Dimensionen des politischen Interesses haben sich in den zurückliegenden 40 Jahren kaum verändert. Von daher stellt sich die Frage, ob auch das aktuell erhöhte politische Interesse von Dauer sein wird, oder ob der Anteil der Interessierten, der zusammen mit der Verschärfung der Ukraine-Krise anwuchs, auf das gewohnte 50-Prozent-Niveau zurückpendeln wird.

Zentrale Form der politischen Beteiligung ist die Teilnahme an Wahlen. Muster der Wahlbeteiligung sowie die Einstellungen dazu wurden im Rahmen der ersten Vorstudie bereits differenziert in den Blick genommen.²³

Bereits dort ließ sich die noch immer weit überwiegende Wahrnehmung des Wahlrechts als Bürgerpflicht und als bedeutsame Möglichkeit zur Einflussnahme beobachten. Nur eine sehr kleine Minderheit ließ sich durch die Überlegung abschrecken, dass die einzelne Stimme bei einer Wahl nur minimalen Einfluss auf das Ergebnis nimmt. Eher wurden Wünsche nach mehr Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geäußert, von rund der Hälfte der Bevölkerung. Deshalb war auch die grundsätzliche Bereitschaft groß, sich an Wahlen zu beteiligen.

Auch aktuell würden 66 Prozent der Wahlberechtigten an einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag bestimmt teilnehmen, 18 Prozent wahrscheinlich. Lediglich 8 Prozent könnten sich nicht vorstellen, zur Wahl zu gehen. Damit liegt der Anteilswert der Beteiligungsbereiten nur leicht unter dem Wert aus dem August 2021, als die Mobilisierung vor der Bundestagswahl 2021 eher überdurchschnittliche Wahlabsichten bewirkte.

²³ Vgl. *Institut für Demoskopie Allensbach: Demokratische Integration 2022 – Vorstudie. Allensbach, 2021. S.44-49, 63-70.*



Auch die Struktur des Kreises der potentiellen Wählerinnen und Wähler hat sich gegenüber 2021 kaum verändert: vor allem Ältere ab 60 Jahren und Personen mit höherem sozialem Status wollen sich weitaus eher bestimmt beteiligen als Jüngere oder auch Personen mit einfachem Status.

In engem Zusammenhang mit dem politischen Interesse steht die politische Information. Dazu nutzen die meisten Bürgerinnen und Bürger auch aktuell meist gleich mehrere Quellen. Besondere Bedeutung haben das öffentlich-rechtliche Fernsehen (71 Prozent) und das Radio (62 Prozent). Über das Privatfernsehen informieren sich 42 Prozent über Politik, fast alle begleitend zur Information über die Nachrichtensendungen und Magazine in den öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen. Trotz des Rückgangs der Zeitungsreichweiten informieren sich noch immer 48 Prozent aus Lokalzeitungen und 14 Prozent aus überregionalen Tageszeitungen. Politische Informationen aus dem Internet bezieht mittlerweile insgesamt etwa die Hälfte der Bevölkerung

(ohne Überschneidungen). Noch häufiger als die Onlineangebote von Print- oder Funkmedien (22 Prozent) werden dazu die sozialen Netzwerke wie Facebook (29 Prozent) oder auch andere Internetangebote (35 Prozent) genutzt. Ein Nischenangebot sind dagegen die speziellen Informationsangebote mit alternativen Meinungen oder Informationen, von denen insgesamt 11 Prozent der Bevölkerung Gebrauch machen.

Dabei ergeben sich seit 2021 schwache, aber bezeichnende Veränderungen der Nutzungsmuster.

Schaubild 32

Leichte Veränderung des politischen Informationsverhaltens vor dem Hintergrund der Krise		
	2021	2023
Es informieren sich über Politik aus/in -	%	%
öffentlich-rechtlichem Fernsehen	78	71
Lokalzeitungen (gedruckte Ausgabe)	53	48
überregionalen Tageszeitungen	19	14
Onlineangeboten von Medien	24	22
sozialen Netzwerken im Internet	23	29
anderen Internetangeboten	26	35
speziellen Informationsangeboten mit alternativen Meinungen (online oder gedruckt)	10	11

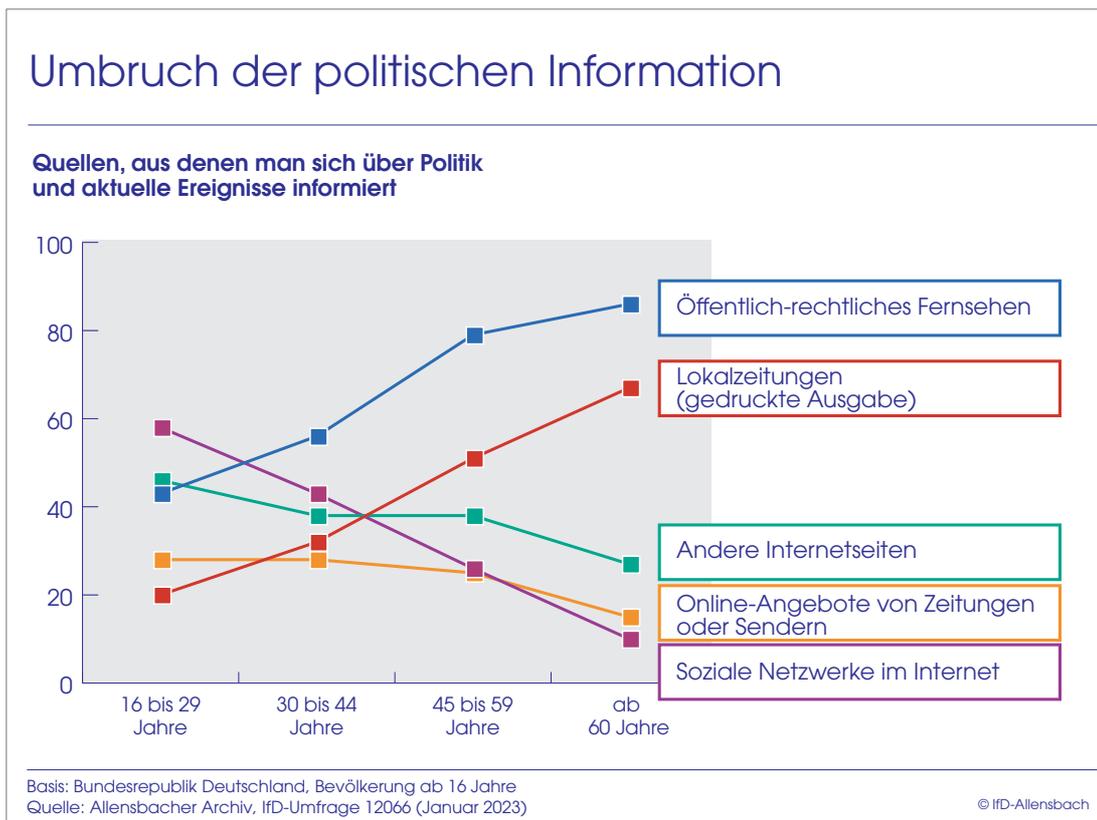
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12039/8274, 12066

© IfD-Allensbach

Öffentlich-rechtliches Fernsehen sowie lokale und überregionale Tageszeitungen haben für die politische Information signifikant an Gewicht verloren, ebenso auch die in der Regel journalistisch zuverlässigen Onlineangebote von Zeitungen, Zeitschriften und öffentlich-rechtlichen Sendern. Dafür gewinnt die politische Information aus den sozialen Netzwerken und aus anderen Internetquellen an Gewicht.

Zum Teil ergeben sich diese Veränderungen aus dem langjährigen Wandel der Mediennutzung: Seit einigen Jahrzehnten unterliegt das Informationsverhalten der Bevölkerung einem tiefgreifenden Wandel, der schon vor der Verbreitung des Internets einsetzte. Zum einen verändern sich die Quellen der Information. Neben oder zunehmend auch an die Stelle der Zeitungen und des öffentlich-rechtlichen Fernsehens treten in den jüngeren Generationen zunehmend Quellen im Internet. Zum anderen verändern sich aber auch die Muster der Information: Während etwa die über 60-Jährigen mit großer Mehrheit noch eine Tageszeitung lesen oder (fast) täglich die Nachrichten des Fernsehens einschalten und dadurch vergleichsweise breit informiert werden, nutzen Jüngere zunehmend eher ereignis- oder personenbezogene Informationsquellen, z.B. die breaking news auf dem Smartphone, was zum Teil eine weniger regelmäßige Information und einen engeren Informationshorizont bedingt.

Schaubild 33



Zum anderen Teil dürften die Veränderungen der Mediennutzung aber auch die Krisenerfahrungen der Bevölkerung spiegeln, denn aus den heute mehr genutzten Medien schöpfen überdurchschnittlich häufig Skeptiker und Unzufriedene ihre Informationen. Diese Unzufriedenen machen seltener von journalistisch fundierten Quellen wie dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen oder regionalen bzw. überregionalen Tageszeitungen Gebrauch und beziehen ihre Informationen eher über soziale Netzwerke oder andere Internetseiten, die sich (auch) mit Politik beschäftigen. Mehr als andere machen die Unzufriedenen zudem von speziellen Informationsangeboten mit alternativen Meinungen Gebrauch, selbst wenn es auch innerhalb dieser Gruppe nur eine Minderheit ist, die solche Quellen nutzt.

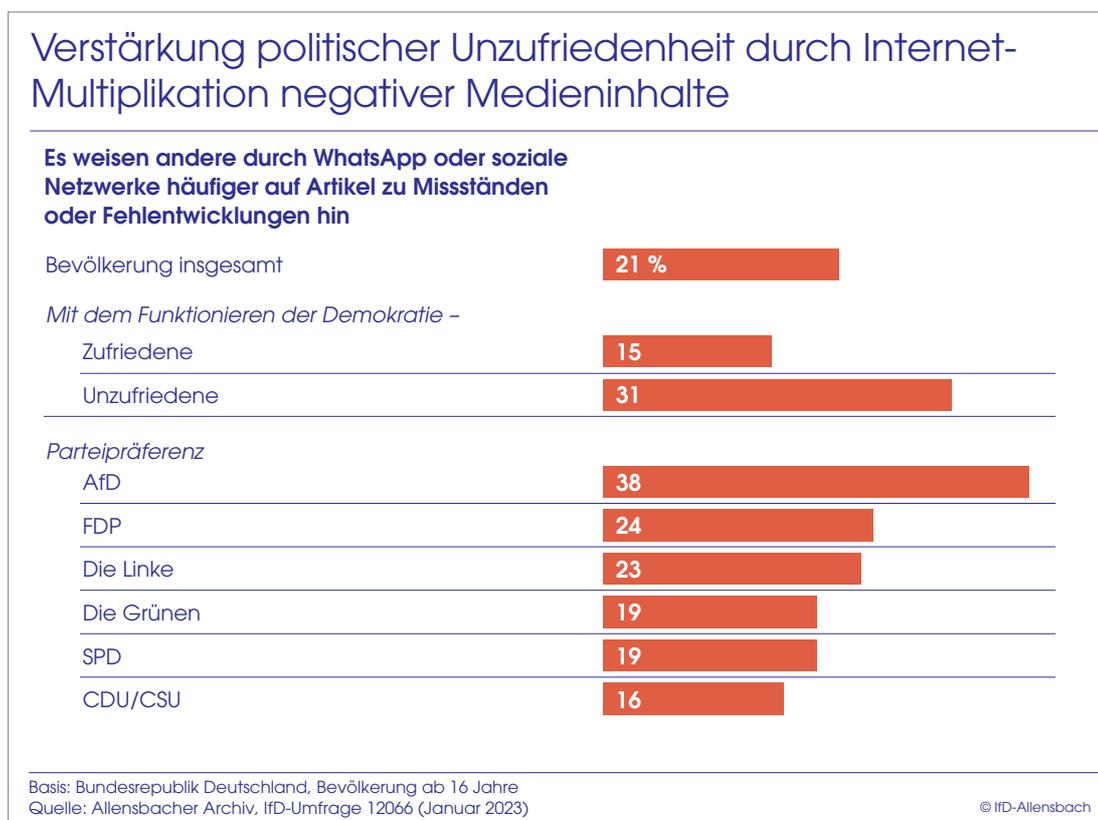
Schaubild 34

Mediennutzung: Wer Politik und Institutionen weniger traut, nutzt eher Privatfernsehen und soziale Netzwerke				
Es informieren sich über Politik aus – - Auszug -	Bevölkerung insgesamt %	Politisches Vertrauen*		
		groß %	mittel %	gering %
öffentlich-rechtlichem Fernsehen	71	81	75	59
Lokalzeitungen (gedruckte Ausgabe)	48	54	52	38
Privatfernsehen	42	37	41	48
anderen Internetseiten	35	31	35	38
sozialen Netzwerken im Internet	29	26	27	35
überregionalen Tageszeitungen	14	20	14	8
speziellen Informationsangeboten mit alternativen Meinungen (online oder gedruckt)	11	8	10	16
Verkaufszeitungen wie BILD	10	10	8	11
* Erklärung im Untersuchungsbericht				
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)				
				© IfD-Allensbach

Neben der Rezeption von Informationen spielt auch die eigentliche politische Kommunikation eine Rolle für die demokratische Integration. Aus forschungsökonomischen Gründen konnte dazu nur die zunehmend relevante Internetkommunikation

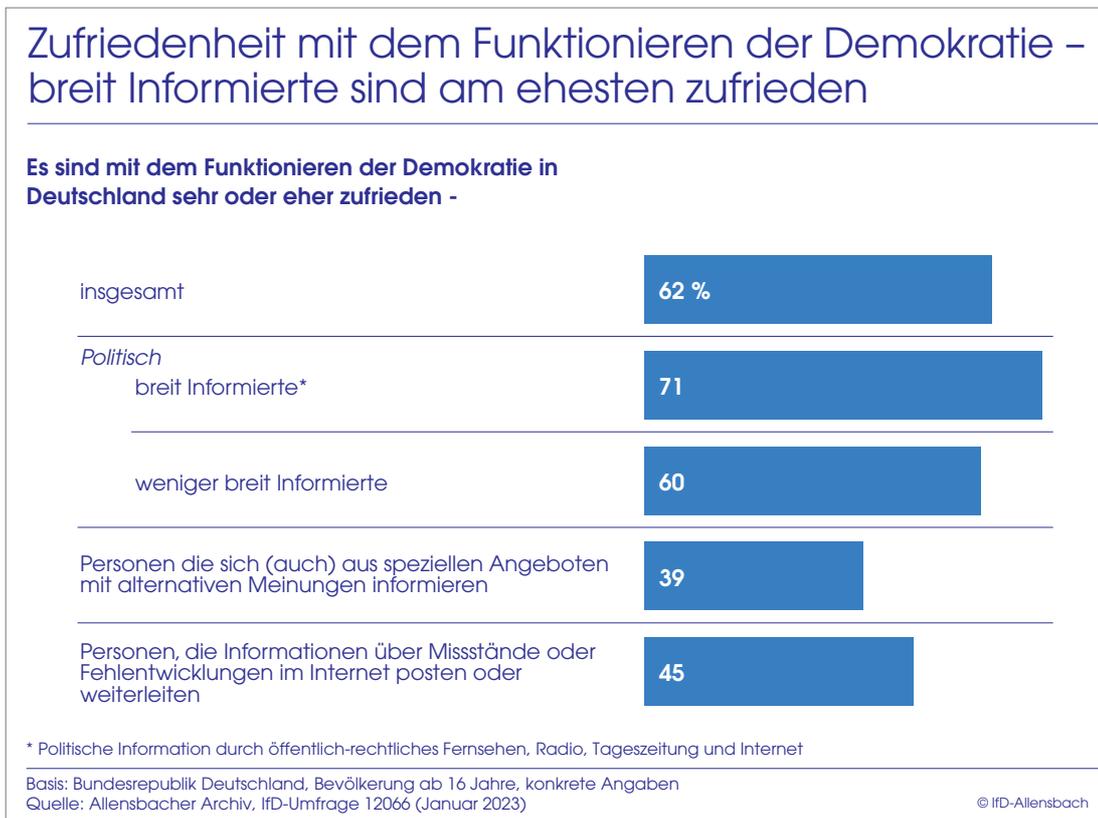
berücksichtigt werden: 42 Prozent der Bevölkerung verschicken aktuell politische Informationen oder Links zu politischen Inhalten über das Internet und/oder erhalten solche Informationen von Bekannten und Freunden. Dieses Verhalten findet sich in allen Teilgruppen, wenngleich Ältere oder politisch weniger Interessierte jeweils zu etwas kleinerem Anteil Informationen und Überzeugungen im Internet verbreiten. Etwa die Hälfte derjenigen, die solche Informationen verbreiten, schicken oder erhalten regelmäßig auch Links zu Artikeln und Meldungen, die Missstände oder Fehlentwicklungen im Land kritisieren. Im Durchschnitt der Bevölkerung verschicken 21 Prozent solche Hinweise, von jenen, die mit dem Funktionieren der Politik unzufrieden sind, sogar 31 Prozent, wobei der Kreis wahrscheinlich noch etwas größer wäre, wenn man auch die Verbreitung satirischer Texte, Bilder und Filme einbeziehen würde. Zusätzlich zur eigentlichen Mediennutzung im engeren Sinne kommt es also im Hinblick auf Kritik auch zu Multiplikatoreffekten. Besonders häufig versenden die Anhängerinnen und Anhänger der AfD solche Links.

Schaubild 35



Dementsprechend hängt dieses Verhalten wiederum mit der demokratischen Integration zusammen: Personen, die solche kritischen Informationen posten oder weiterleiten, sind deutlich seltener mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden als andere (45 Prozent gegenüber 62 Prozent im Durchschnitt der Bevölkerung). Weit überdurchschnittlich zufrieden sind dagegen jene, die sich vergleichsweise breit aus unterschiedlichen Quellen informieren. Während Unzufriedenheit also tendenziell eher zur Fokussierung auf bestimmte einzelne Nachrichten tendiert, hängt die Zufriedenheit eher mit einem breiten Informationshorizont zusammen, der es ermöglicht, Informationen entsprechend ihrem Gewicht einzuordnen.

Schaubild 36



Dasselbe Muster zeigt sich auch bei anderen Indikatoren der demokratischen Integration, etwa beim Vertrauen zum Bundestag (Anhangschaubild 2).

IM FOKUS: GRUPPEN, DIE SICH WENIGER STARK MIT DER DEMOKRATIE IDENTIFIZIEREN

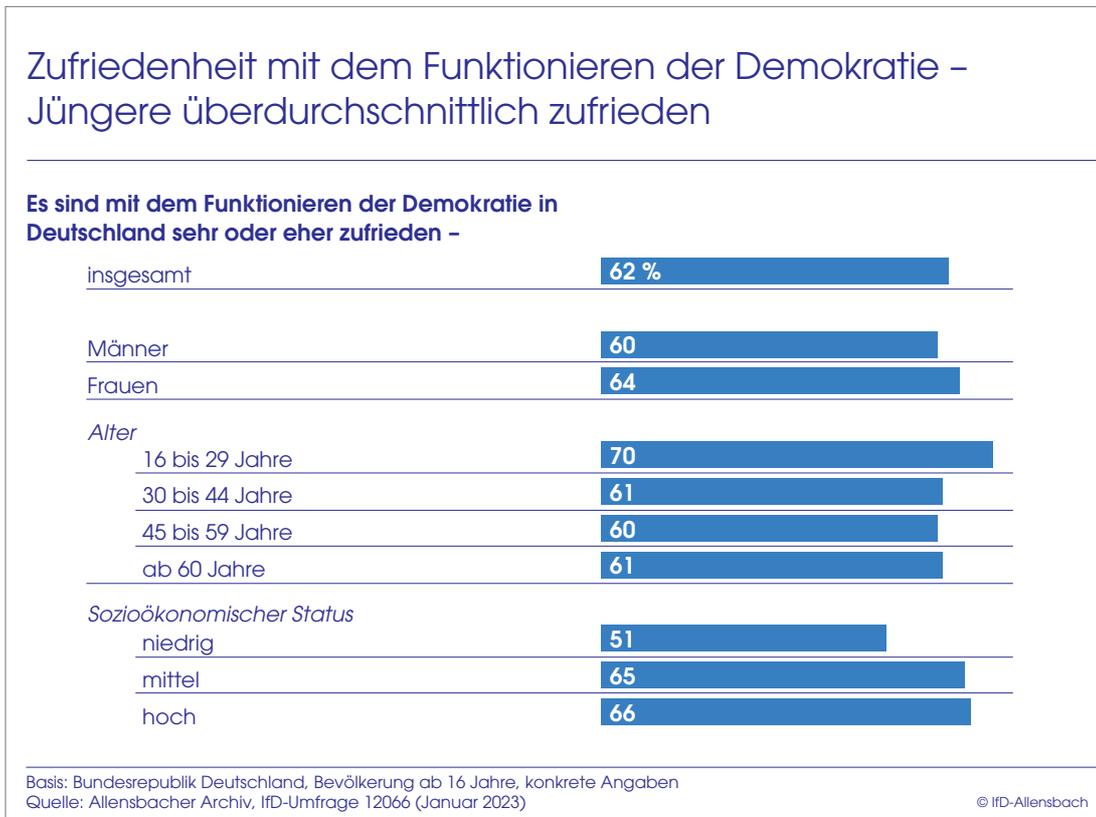
Die vertiefende Analyse der demokratischen Integration in den unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft zeigt zunächst für die soziodemografischen Kernvariablen Geschlecht und Alter nur vergleichsweise schwache Zusammenhänge mit den Haltungen zur Demokratie: Die überwiegende Zustimmung zur Demokratie sowie die mehrheitliche Zufriedenheit mit ihrem Funktionieren findet sich in etwa gleichem Umfang bei Männern und Frauen sowie auch in den unterschiedlichen Altersgruppen. Dabei tendieren Männer allerdings etwas häufiger als Frauen dazu, sich zu umstrittenen Minderheitenüberzeugungen oder auch zu eher konfrontativen Positionen zu bekennen. Zum Beispiel schließen sich in der aktuellen Umfrage 40 Prozent der Männer und nur 30 Prozent der Frauen der Behauptung an, Deutschland sei heruntergewirtschaftet, und dass zu viele Ausländer in Deutschland leben würden, finden 48 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen. Frauen tendieren etwas häufiger als Männer zu politischem Vertrauen. So denken 43 Prozent der Frauen, in Deutschland könne man sich im Großen und Ganzen auf Politik und Behörden verlassen, was nur 35 Prozent der Männer genauso sehen. Dagegen interessieren sich Männer etwas häufiger für Politik als Frauen, die sich nicht ganz selten bewusst distanzieren. 36 Prozent von ihnen erklären: "Mit Politik habe ich nicht viel am Hut. Ich konzentriere mich eher auf mich und mein Umfeld". Unter den Männern teilen nur 21 Prozent diese Haltung. Beträchtlich fällt auch der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei den aktuellen Zweitstimmwahlabsichten für die AfD aus (16 gegenüber 11 Prozent der Wahlberechtigten mit konkreter Wahlaussage), was anteilmäßig etwa den Unterschieden entspricht, die man in der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahl 2021 bei den Zweitstimmen von Männern und Frauen für die AfD sehen kann (13 gegenüber 8 Prozent).²⁴

Unter den verschiedenen Altersgruppen sind vor allem die unter 30-Jährigen von Interesse, weil sie zur politischen Information häufig ganz andere Quellen als die Älteren nutzen (vgl. Schaubild 33) und ihr Politik- und Gesellschaftsverständnis sich in

²⁴ *Bundeshwahlleiter (2022): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 4. Wiesbaden. S.13.*

Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen bilden, während das politische Verständnis der Älteren oft noch durch den überwölbenden Ost-West-Konflikt geprägt wurde. Dabei steht die jüngere Altersgruppe im Hinblick auf die demokratische Integration aber keineswegs hinter den Älteren zurück. Mit dem Funktionieren der Demokratie sind die unter 30-Jährigen sogar noch etwas häufiger zufrieden als die Älteren.

Schaubild 37



Deutschsprachige mit Migrationshintergrund bekennen sich ebenso häufig zum Prinzip der Demokratie wie andere. Deutlich seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund beteiligen sie sich – sofern wahlberechtigt – an Wahlen oder engagieren sich in den unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Engagements, die hier in den Blick genommen werden. Dabei wird allerdings das für diesen Personenkreis zum Teil besonders bedeutsame Engagement für den weiteren Familienkreis bislang nicht erfasst.

Zwischen Stadt und Land gibt es bei dieser Betrachtung im Saldo nur geringe Einstellungsunterschiede. Die größten Unterschiede prägen sich dabei noch im Hinblick auf das Engagement aus. In dünn besiedelten Regionen engagieren sich insgesamt 58 Prozent freiwillig, in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern lediglich 45 Prozent.

Defizite der demokratischen Integration zeigen die hier genutzten Indikatoren am ehesten für Angehörige der einfachen Schicht, für Menschen in Ostdeutschland sowie für die Anhängerschaft der AfD.

Angehörige der einfachen Schicht

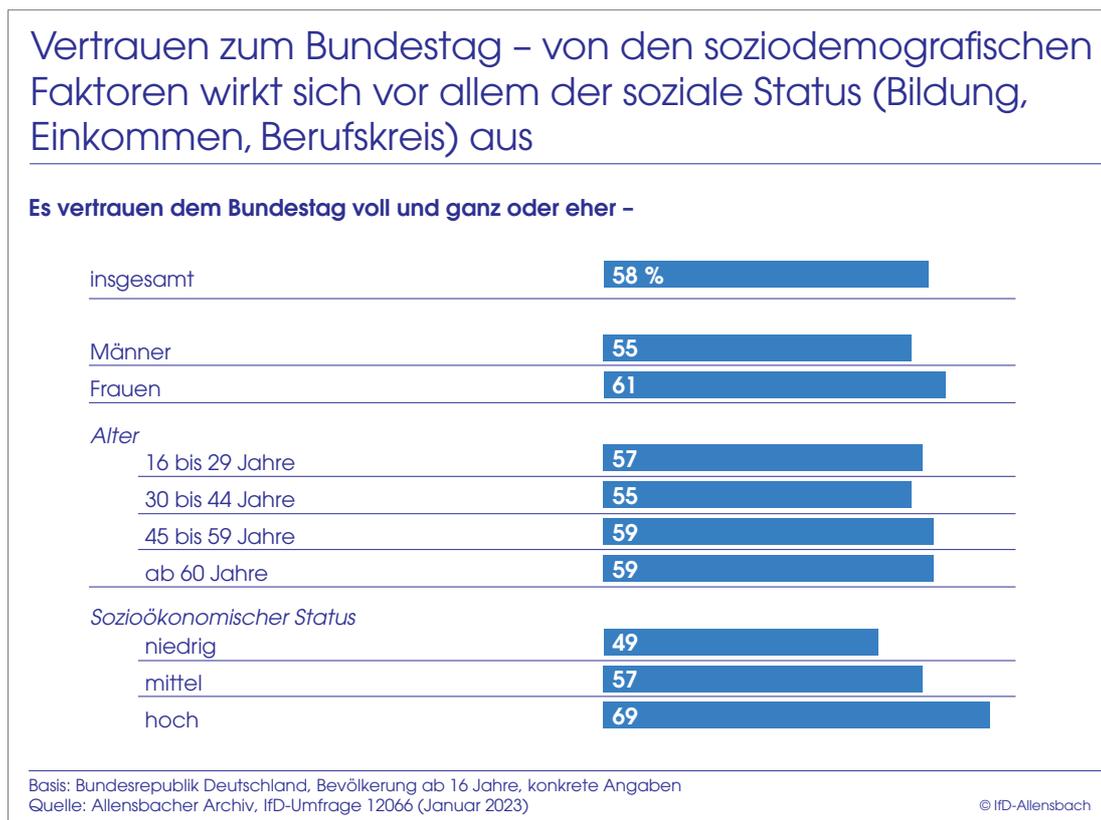
Ungleich stärker als Geschlecht oder Alter wirken sich jene Variablen aus, die den sozioökonomischen Status bestimmen: Schulbildung, Einkommen und Berufsstellung. Bei vielen Befunden zur demokratischen Integration zeigt sich eine vergleichsweise geringe Zufriedenheit und Zustimmung der Personen mit einfachem Status, während Personen mit hohem Status weit überdurchschnittlich zufrieden und mit der Demokratie in Deutschland und ihren Prozessen einverstanden sind. Dabei gehen die Dimensionen der Einstellungsunterschiede deutlich über das Maß bloßer Informations- und Bildungseffekte hinaus.

Zwar wird das Grundprinzip der Demokratie in der einfachen Schicht nicht nennenswert seltener befürwortet als in den übrigen Schichten (89 Prozent gegenüber 93 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt). Etwas weiter bleibt dann aber bereits die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hinter dem Durchschnittswert zurück (51 gegenüber 62 Prozent). Beträchtlich werden die Unterschiede, wenn die eigene Rolle im politischen System mit in den Blick gerät. Zentral dafür sind die schon beobachteten verbreiteten Ohnmachtsgefühle in der einfachen Schicht (vgl. Schaubild 27), die sich hier zusammen mit dem Eindruck, im System zu wenig berücksichtigt zu werden (vgl. Schaubild 24), bei einem Teil der Menschen mit einfachem Status wie bereits dargestellt zu politischem Fatalismus verdichten. Diese Einstellungen reflektieren unterschiedliche Lebenssituationen, unterschiedliche Ausstattungen mit materiellen, ideellen und sozialen Ressourcen und – davon abhängig – unterschiedliche

Erfahrungen mit den Möglichkeiten der politischen und sozialen Mitgestaltung. So sind die Angehörigen der einfachen Schicht bereits in ihr soziales Umfeld von vornherein weniger fest integriert als andere. Über ein intaktes Umfeld mit fester gegenseitiger Unterstützung berichten lediglich 44 Prozent von ihnen, von den Angehörigen der mittleren und höheren Schicht dagegen jeweils 70 Prozent. Für die demokratische Integration haben sie damit von vornherein weniger Anknüpfungspunkte.

Aus dem beschriebenen Fatalismus und den damit zusammenhängenden Haltungen heraus fällt es Angehörigen der einfachen Schicht auch sichtlich schwerer als anderen, Vertrauen zu den politischen und gesellschaftlichen Institutionen zu entwickeln. Lediglich 49 Prozent von ihnen bekunden Vertrauen zum Bundestag, von den Angehörigen der mittleren und höheren Schicht 57 bzw. 69 Prozent.

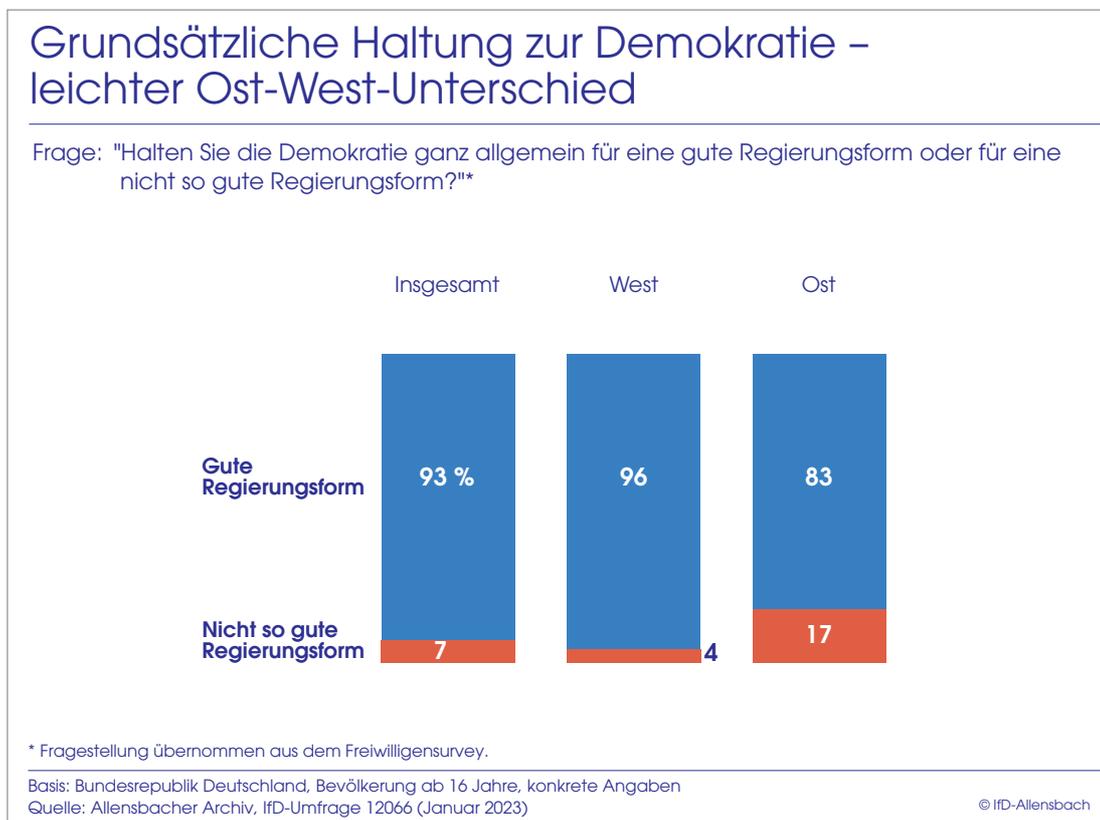
Schaubild 38



Menschen in Ostdeutschland

Wie schon bei der ersten Vorstudie bestimmen unverändert die erheblichen Ost-West-Unterschiede das Gesamtbild. Noch am geringsten sind diese Unterschiede wiederum bei der Grundeinstellung zum Regierungssystem der Demokratie. Hier stimmt der Großteil der Bevölkerung in Ost und West in der grundsätzlichen Befürwortung der Demokratie überein. Allerdings ergibt sich auch dabei schon ein signifikanter Unterschied, wenn 17 Prozent im Osten und nur 4 Prozent im Westen die Demokratie als "nicht so gute Regierungsform" einstufen.

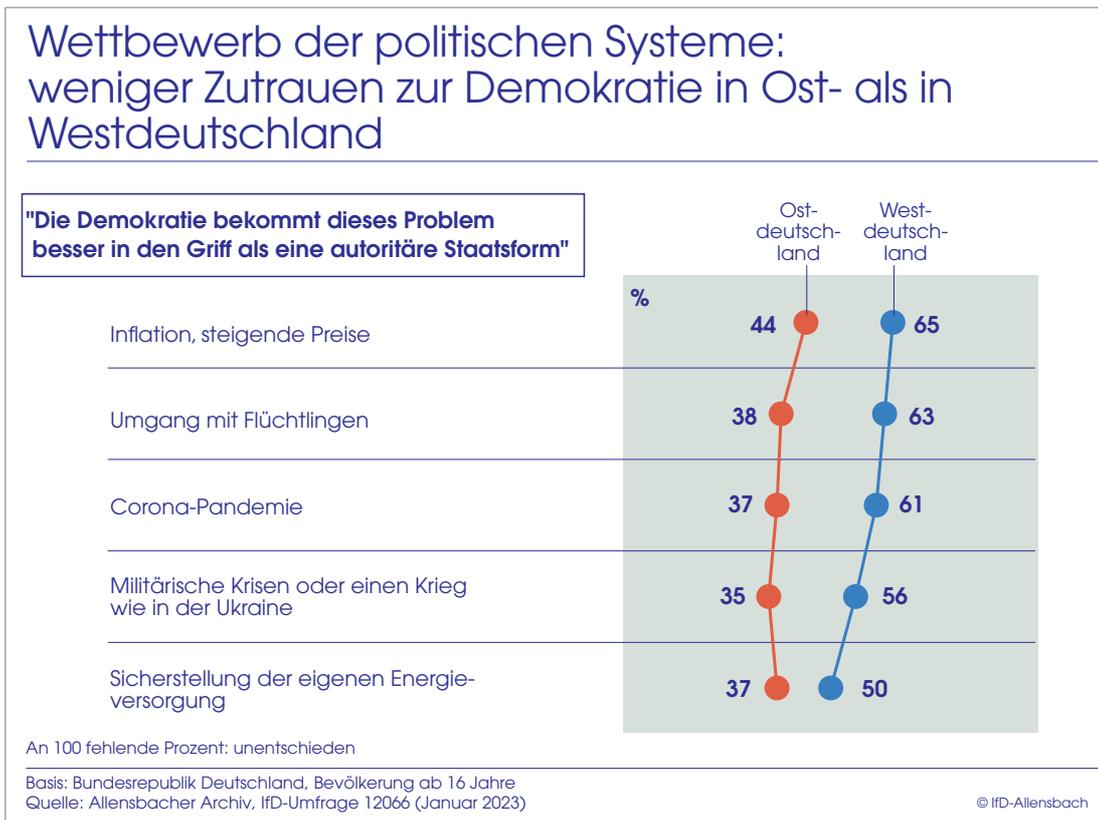
Schaubild 39



Deutlich stärker fallen solche Unterschiede dann wiederum für alle Ermittlungen aus, bei denen es um die Demokratie in Deutschland und ihr Funktionieren geht. Auch die Beantwortung der Frage, ob die Demokratie oder eine autoritäre Staatsform eher zur Bewältigung drängender Probleme geeignet ist, wird stark durch die Ost-West-

Unterschiede geprägt. Bei allen abgefragten Problemen sind die Westdeutschen mit Mehrheiten von 50 bis 65 Prozent von der Überlegenheit der Demokratie überzeugt. In Ostdeutschland werden diese Einschätzungen dagegen nur von 35 bis 44 Prozent geteilt. Hier erklärt sich bei allen Ermittlungen jeweils ein erheblicher Teil der Bevölkerung für unentschieden (zwischen 35 und 47 Prozent): Selbst wenn viele sich also nicht eigentlich gegen das bestehende demokratische System aussprechen, fällt ihnen dessen Befürwortung doch erkennbar schwer. Unzufriedenheit führt hier – wie bereits im Rahmen der ersten Vorstudie konstatiert – eher zu Unentschiedenheit als zu expliziter Systemkritik.

Schaubild 40



Dementsprechend bleibt auch das Institutionenvertrauen der Ostdeutschen deutlich hinter dem der Westdeutschen zurück. Vergleichsweise klein sind dabei die Unterschiede bei Institutionen der Justiz oder der Exekutive. Für das Vertrauen zur Polizei unterscheiden sich die Vertrauensanteile in Ost und West nur um 10 Prozentpunkte. Weitaus größer sind die Unterschiede aber bei den politischen Institutionen, etwa bei Bundesregierung, Bundestag oder auch den Parteien (Unterschiede von 17 bis zu 23 Prozentpunkten). Hier manifestiert sich wiederum spezifisches Misstrauen eines Teils der Ostdeutschen gegenüber der Politik und dem im engeren Sinne politischen Bereich. Hand in Hand geht das wiederum mit einer geringeren Zufriedenheit mit dem Leben am Wohnort als in Westdeutschland (sehr zufrieden: Ostdeutschland 40 Prozent gegenüber Westdeutschland 53 Prozent).

Wie bei den Angehörigen der einfachen Schicht stehen dahinter häufig Wahrnehmungen eines nur geringen eigenen Stellenwerts im politischen System, für die hier, auch mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung, die schon beschriebenen Erinnerungen an die Zwänge im Transformationsprozess noch eine Rolle spielen (vgl. Schaubilder 25 und 26).

Dabei zeigen sich für die jüngere Generation im Osten (hier unter 45 Jahre) allerdings deutliche Unterschiede gegenüber den Älteren dort:²⁵ Jüngeren Ostdeutsche sind deutlich weniger unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, den politischen Institutionen oder auch den Politikern als die Älteren. Auch Responsivität und Selbstwirksamkeit der Gesellschaft beurteilen sie signifikant besser als die Älteren. Zugleich deuten die Indikatoren jedoch auf ein deutlich geringeres politisches Interesse hin, das auch weit hinter dem politischen Interesse der Jüngeren im Westen zurückbleibt. Hinzu kommt eine geringere (Bereitschaft zur) Wahlbeteiligung sowie eine weitaus geringere Beteiligung am freiwilligen Engagement. Im Vergleich mit der jüngeren Generation im Westen wirken die Jüngeren im Osten deshalb eher wie Politikabstinenten. Auch dass die Abgrenzung gegenüber den totalitären Systemen weniger deutlich ausfällt als bei den Jüngeren im Westen, ergibt sich hier offenbar eher aus Distanz zur Politik und damit verbundener Unkenntnis als aus antidemokratischen Regungen.

²⁵ Vgl. die Indikatorentabelle im Anhang.

Dabei schlagen gleich mehrere Indikatorwerte unter dem Einfluss der zunehmenden Krisen seit August 2021 für Ostdeutschland deutlich stärker aus als für Westdeutschland. Vor allem nahmen Problemwahrnehmungen im eigenen Lebensumfeld im Osten mehr zu als im Westen. Das ohnehin schwach ausgeprägte Vertrauen der Ostdeutschen zu Amtsträgern und Institutionen verringerte sich weiter.²⁶ Wie schon an anderer Stelle beobachtet, unterstellt dort jetzt fast die Hälfte der Bevölkerung "den Politikern" lediglich "Marionetten" von mächtigen Kräften im Hintergrund zu sein. Das geht einher mit den Vorstellungen von jeweils etwa einem Drittel der Ostdeutschen, am eigenen Wohnort lebten zu viele Ausländer und die Lebensverhältnisse dort hätten sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Offensichtlich ist also auch die Resilienz gegenüber Krisenerfahrungen im Osten weniger ausgeprägt als im Westen.

Schaubild 41

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	2021 %	2023 %	2021 %	2023 %
Es haben sehr/ziemlich viel Vertrauen zur Bundesregierung	50	52	37	29
Die Politiker kümmern sich nicht um die Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung	50	47	61	64
Die Politiker entscheiden in Wahrheit gar nichts. Sie sind Marionetten von mächtigen Kräften im Hintergrund	28	28	37	47
Es leben zu viele Ausländer hier	24	31	23	33
Die Lebensverhältnisse hier haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert	17	24	15	30

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12039, 12066 © IfD-Allensbach

²⁶ Um den Trend auf Basis identischer Fragestellungen verfolgen zu können, wurde für das Institutionenvertrauen, insb. das in Schaubild 41 ausgewiesene Vertrauen zur Bundesregierung, nicht die in Schaubild 23 ausgewiesene Fragestellung aus dem Freiwilligenurvey ausgewertet, sondern eine parallele Allensbacher Trendfrage, die aktuell zu ähnlichen Ergebnissen kommt.

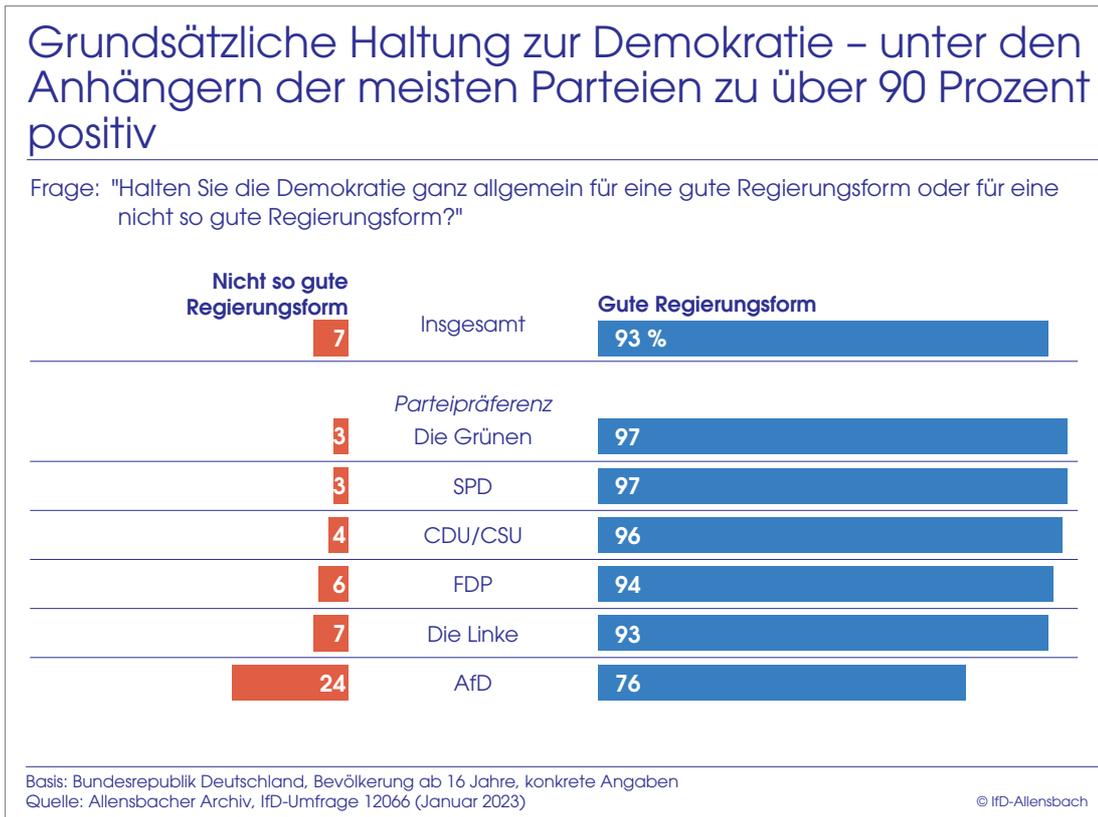
Anhängerinnen und Anhänger der AfD

Auch die Parteipräferenz spielt eine besondere Rolle im Zusammenhang der demokratischen Integration. Im Positiven deutet sich dabei ein Effekt der Regierungskoalition im Bund an. Im August 2021 erklärten sich noch die Anhängerinnen und Anhänger der Union und der SPD weit überdurchschnittlich zufrieden mit dem politischen System und seinem Funktionieren, heute tun das heute bei einer ganzen Reihe von Indikatoren vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen und der SPD. Insbesondere zeigen sie sich am ehesten davon überzeugt, durch politisches Engagement etwas erreichen zu können. Diese Haltungen wirken zurück bis auf die Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland, die sich gegenüber 2021 in der Parteianhängerschaft der Union deutlich verringerte, während sie in der Anhängerschaft der FDP deutlich zunahm (Anhangschaubild 3).

Auf der anderen Seite findet sich die größte Unzufriedenheit in der Anhängerschaft der AfD. Zwar ist auch die Anhängerschaft der Linken mit dem Funktionieren der Demokratie, den Institutionen und insbesondere der Responsivität des politischen Systems nur weit unterdurchschnittlich zufrieden. So sind z.B. 68 Prozent der Linken-Anhänger davon überzeugt, die Politiker kümmern sich nicht um die Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung (50 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt) und 39 Prozent denken, die Politiker seien lediglich "Marionetten von mächtigen Kräften im Hintergrund" (31 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt). Gegenüber der weit überwiegenderen Unzufriedenheit in der AfD-Anhängerschaft, in der 87 Prozent den Politikern Gleichgültigkeit gegenüber den Wünschen der einfachen Bevölkerung und 70 Prozent eine bloße Marionetten-Rolle unterstellen, bleiben diese Haltungen jedoch noch weit zurück.

Noch am geringsten fällt diese Unzufriedenheit bei den grundsätzlichen Haltungen zur Demokratie aus. Hierbei bewerten 76 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD die Regierung durch das Volk als gute Regierungsform.²⁷

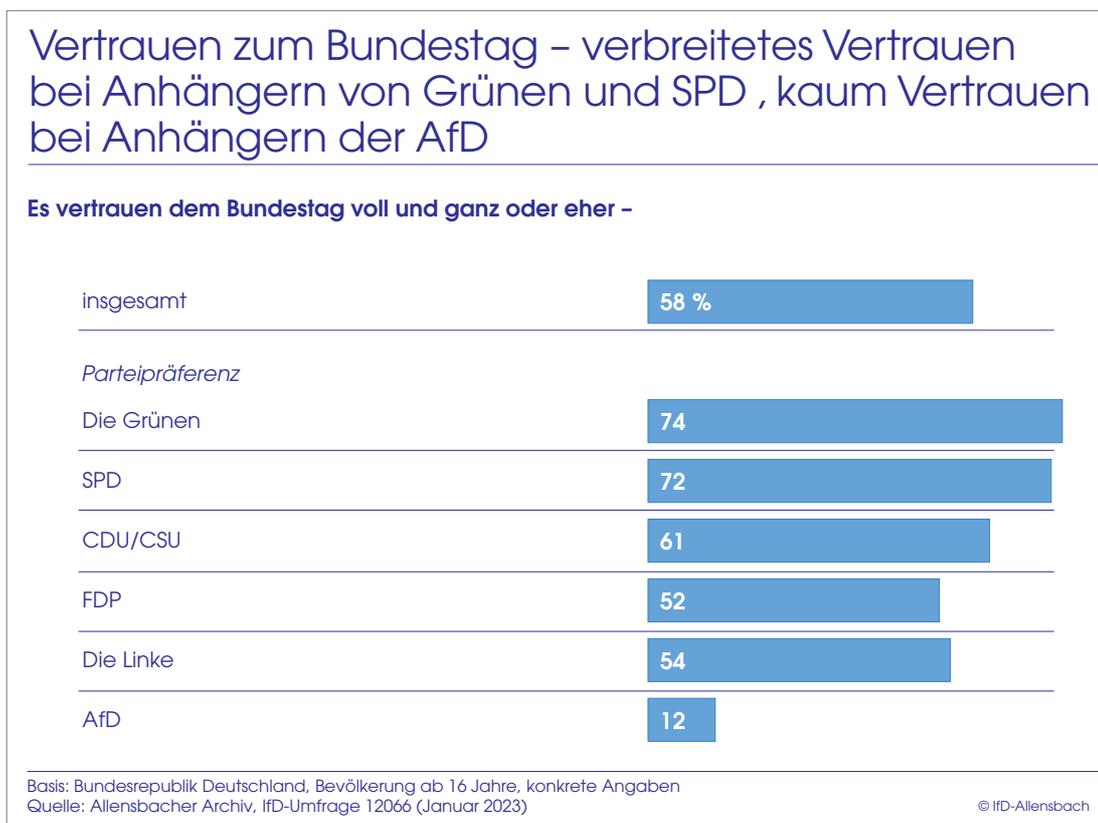
Schaubild 42



²⁷ Dieser Anteil verringert sich auf etwa zwei Drittel, wenn die bei dieser Frage Unentschiedenen berücksichtigt werden, wie es für die Indikatorentabelle im Anhang aus methodischen Gründen notwendig war. Vgl. auch Fn 15.

Ungleich größer werden die Unterschiede aber dann, wenn es um die Bewertungen des demokratischen Systems in Deutschland, um Politiker und Institutionen geht: So bringen nicht mehr als 12 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD dem Bundestag Vertrauen entgegen; in den Anhängerschaften der übrigen Bundestagsparteien findet sich solches Vertrauen dagegen bei jeweils wenigstens 52 Prozent. Entsprechend dem schon dargestellten Repräsentanzeffekt bekunden dabei derzeit die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen am häufigsten Vertrauen (74 Prozent).

Schaubild 43

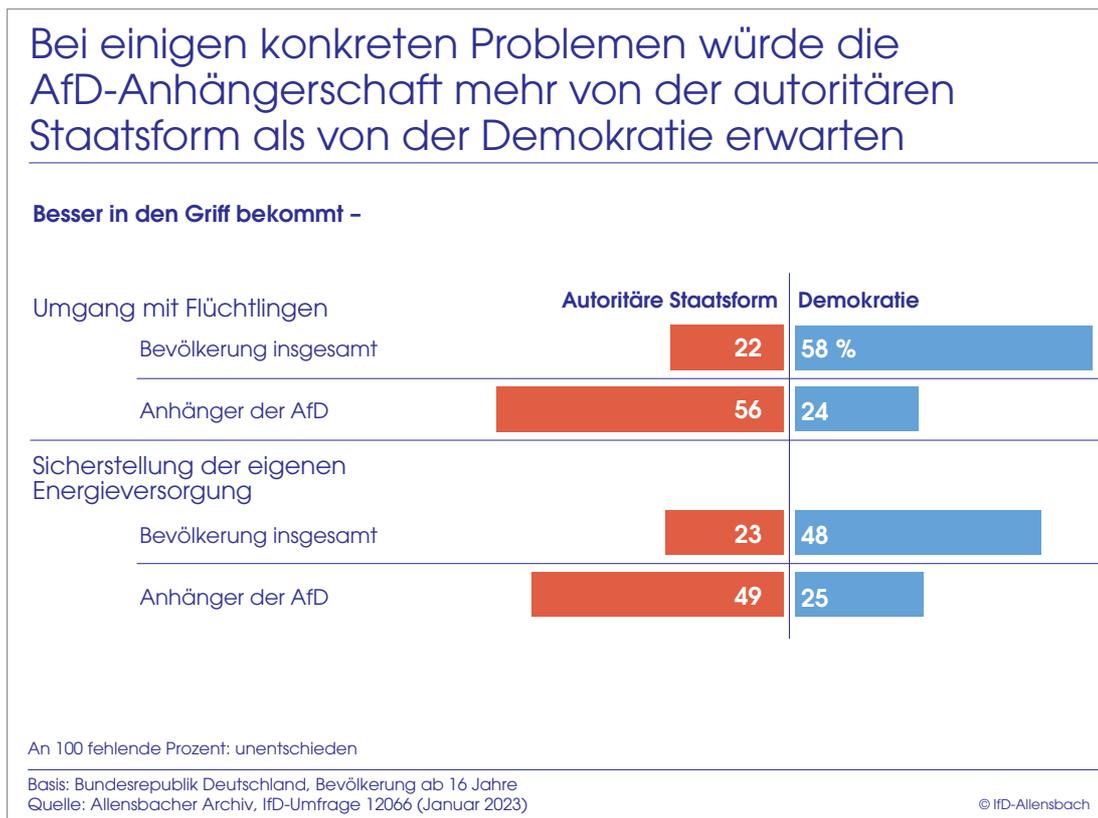


Ganz ähnlich fallen die unterschiedlichen Einstellungen zur Problemlösungskompetenz der Demokratie aus: Während von den Anhängerinnen und Anhängern der AfD lediglich 19 Prozent erwarten, die Probleme in der Bundesrepublik mit der Demokratie lösen zu können, hegen von den Anhängerinnen und Anhänger der übrigen Bundestagsparteien jeweils wenigstens 53 Prozent diese Erwartung. Weitaus am größten ist dabei wiederum der Abstand zwischen den Anhängerschaften von AfD und Grünen,

von denen 73 Prozent die Lösung der aktuellen Probleme durch die Demokratie erwarten. (Anhangschaubild 4). Von daher bekennt sich die große Mehrheit der AfD-Anhängerschaft zur Demokratie, erklärt jedoch zugleich, dass diese in Deutschland aktuell durch unfähige oder "ferngesteuerte" Politiker und dysfunktionale Institutionen nicht eigentlich zur Bewältigung der politischen Aufgaben geeignet sei.

Zum Teil tun sich die Anhängerinnen und Anhänger der AfD auch mit der Abgrenzung gegenüber dem Autoritarismus schwer. So neigen allein in der Anhängerschaft der AfD Mehrheiten dazu, für den Umgang mit Flüchtlingen oder auch für die Sicherstellung der eigenen Energieversorgung mehr von einer autoritären Staatsform als von der Demokratie zu erwarten. Diese Ansichten haben in der Anhängerschaft keiner anderen Bundestagspartei eine Mehrheit.

Schaubild 44



Hinter solchen Einstellungen stehen zum Teil andere Informationsquellen als bei den Anhängerinnen und Anhängern der anderen Bundestagsparteien. Während diese sich deutlich am häufigsten aus Quellen wie dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen, Lokalzeitungen (gedruckt) oder auch Nachrichtenseiten von Zeitungen und Sendern im Internet informieren, machen die Anhängerinnen und Anhänger der AfD zur politischen Information am häufigsten vom Privatfernsehen und anderen Internetseiten, die sich in irgendeiner Form mit Politik beschäftigen, Gebrauch. Auch die sozialen Netzwerke (34 Prozent) und spezielle Informationsangebote mit alternativen Meinungen spielen eine vergleichsweise große Rolle.

Schaubild 45

	Anhänger von -					
	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%
Es informieren sich über Politik aus - - Auszug -						
öffentlich-rechtlichem Fernsehen	77	83	73	68	49	47
Lokalzeitungen (gedruckte Ausgabe)	53	61	50	38	40	30
Privatfernsehen	46	44	42	31	27	53
anderen Internetseiten	29	28	33	35	53	52
speziellen Informationsangeboten mit alternativen Meinungen (online oder gedruckt)	6	11	8	11	12	25

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)

© IfD-Allensbach

Zugleich verbreiten die Anhängerinnen und Anhänger der AfD weit häufiger als andere kritische Artikel oder Hinweise zu Missständen im Internet (vgl. Schaubild 35). Freiwillig engagiert sind die Anhängerinnen und Anhänger der AfD dagegen weitaus seltener als der Durchschnitt der Bevölkerung (36 Prozent gegenüber 50 Prozent). Die

überdurchschnittlich häufig beklagten Ohnmachtsgefühle (vgl. Schaubild 27) scheinen hier viele von dem praktischen Versuch abzuhalten, die wahrgenommenen Defizite und Missstände durch Mitwirkung zu ändern.

ENGAGEMENT UND WAHLBETEILIGUNG ALS INDIKATOREN DER DEMOKRATISCHEN INTEGRATION

Neben der eher passiven Integration durch Information und Beschäftigung mit den relevanten politischen Fragen eröffnen insbesondere das freiwillige Engagement sowie die Beteiligung an Wahlen den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung. In Umfragen lässt sich das Engagement jedoch nicht ganz so trennscharf ermitteln wie z.B. die Mitgliedschaft in einer bestimmten Versicherung. Befragungen nutzen zahlreiche unterschiedliche Operationalisierungen, die dann auch unterschiedliche Kreise von Engagierten erfassen:²⁸ Ein engerer Kreis wird ermittelt, wenn nach einem Ehrenamt oder einem Engagement mit Amt und fester Aufgabe gefragt wird. Deutlich größer ist der erkennbare Kreis, wenn das freiwillige Engagement insgesamt in den Blick genommen wird und dazu noch als Gedächtnisstütze eine Liste mit möglichen Bereichen des Engagements vorgelegt wird. Für die aktuelle Studie wurde wie schon bei der ersten Vorstudie mit Hilfe einer Liste der unterschiedlichen Bereiche des Engagements der weiteste Kreis derer erfasst, die sich in zumindest einem Bereich engagieren, also freiwillig mitarbeiten oder mithelfen, ohne dafür bezahlt zu werden. Zum anderen wurden diese Engagierten im weitesten Sinne aber auch gefragt, ob sie bei ihrer Tätigkeit ein Amt oder eine feste Aufgabe übernommen haben, so dass auch der engere Kreis der Engagierten ausgewiesen werden kann. Hierbei wurde die bereits in früheren Umfragen genutzte Liste möglicher Engagementbereiche um die regelmäßige informelle Unterstützung von Nachbarn und Bekannten erweitert, so dass die Ergebnisse nicht vollständig mit den Ergebnissen der Untersuchung von 2021 vergleichbar sind.

Über eine freiwillige Tätigkeit in einem der jetzt 14 abgefragten Bereiche berichten derzeit insgesamt 50 Prozent der Bevölkerung. 2021 hatten sich 51 Prozent in einem der damals 13 abgefragten Bereiche engagiert. Aktuell geben 45 Prozent an, sich in einem dieser Bereiche zu engagieren. Von daher liegt die Engagementquote im engeren Sinne leicht unter dem Stand bei der ersten Vorstudie (um 6 Prozentpunkte), wobei

²⁸ Renate Köcher, Wilhelm Haumann: *Engagement in Zahlen*. In: Thomas Klie, Anna Wiebke Klie (Hrsg.): *Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht*. Wiesbaden: Springer VS, 2018, S.15-106.

sich der Anteil derjenigen, die ein Amt oder eine feste Aufgabe übernehmen, weniger verringerte (von 29 auf 27 Prozent) als der Anteil der eher unterstützend oder weniger fest Aktiven (von 22 auf 18 Prozent). Unter dem Eindruck der Krise kommt es also zu einem leichten Abschmelzen, vor allem in den Randbereichen des Engagements.

Schaubild 46



Weitaus am häufigsten werden aktuell im Rahmen des Engagements Bekannte und Nachbarn regelmäßig unterstützt (21 Prozent). Dabei wird solche Unterstützung zum größeren Teil von jenen übernommen, die sich auch in anderen Zusammenhängen engagieren. Von den Aktiven in den engeren Bereichen des Engagements finden sich die meisten wiederum im Sport, für den 15 Prozent tätig sind (3 Prozentpunkte weniger als 2021). Jeweils 8 Prozent engagieren sich für Kirche und Religion (unverändert), für Schulen und Kindergärten (unverändert), im Bereich von Kultur oder Musik (-3 Prozentpunkte) oder für bürgerschaftliche Aktivitäten am Wohnort (+ 1

Prozentpunkt). In der Flüchtlingshilfe engagieren sich Anfang 2023 4 Prozent der Bevölkerung; damit liegt der Wert vor dem Hintergrund des Zustroms aus der Ukraine etwas, aber nicht signifikant höher als 2021 (+1 Prozentpunkt), weiterhin unter dem 2017 gemessenen Spitzenwert von 7 Prozent, der sich bis 2021 stetig verringert hatte.²⁹

Durch die Ermittlung der engeren Kreise von Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe sowie von Engagierten in festen Organisationen sind Rückschlüsse auf die Grade der Einbindung in den verschiedenen Bereichen des Engagements möglich. Ein Engagement in Bereichen wie dem Unfall- oder Rettungsdienst sowie im Gesundheits- und Sozialbereich ist danach weit überdurchschnittlich mit der Übernahme von festen Aufgaben verbunden und erfolgt zudem auch meist im Rahmen fester Organisationen. Das häufige Engagement im Sport findet dagegen zwar häufig in festen Organisationen, insbesondere in Vereinen und Sportgemeinschaften, statt, ist aber weniger oft mit Ämtern und festen Aufgaben verbunden. Am ehesten "informell", ohne die Übernahme von Ämtern und auch ohne Zugehörigkeit zu festen Organisationen, erfolgt danach der Einsatz für Flüchtlinge (Anhangschaubild 5).³⁰

Unter verschiedenen Problemen des Engagements, die im Zusammenhang der Umfrage angesprochen wurden, spielt der Nachwuchsmangel die größte Rolle. 51 Prozent der Engagierten mit fester Aufgabe berichten, dass an ihrem Wohnort immer weniger Menschen bereit seien, sich zu engagieren. Von daher könnten die jetzt auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erlebten Rückgänge vor allem im Sport- und im Kulturbereich in Zukunft auch noch andere Bereiche des Engagements erfassen. Eher kleinere Gruppen haben aber auch soziale Ausgrenzung, Bedrohung von Engagierten und Attacken auf Amtsträger als spezifische Probleme des politischen Engagements vor Augen. 14 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck, in ihrer Region könne man durch politisches Engagement oder offene Meinungsäußerungen Probleme bekommen (Anhangschaubild 6). Solche Befürchtungen finden sich häufiger in Ost-

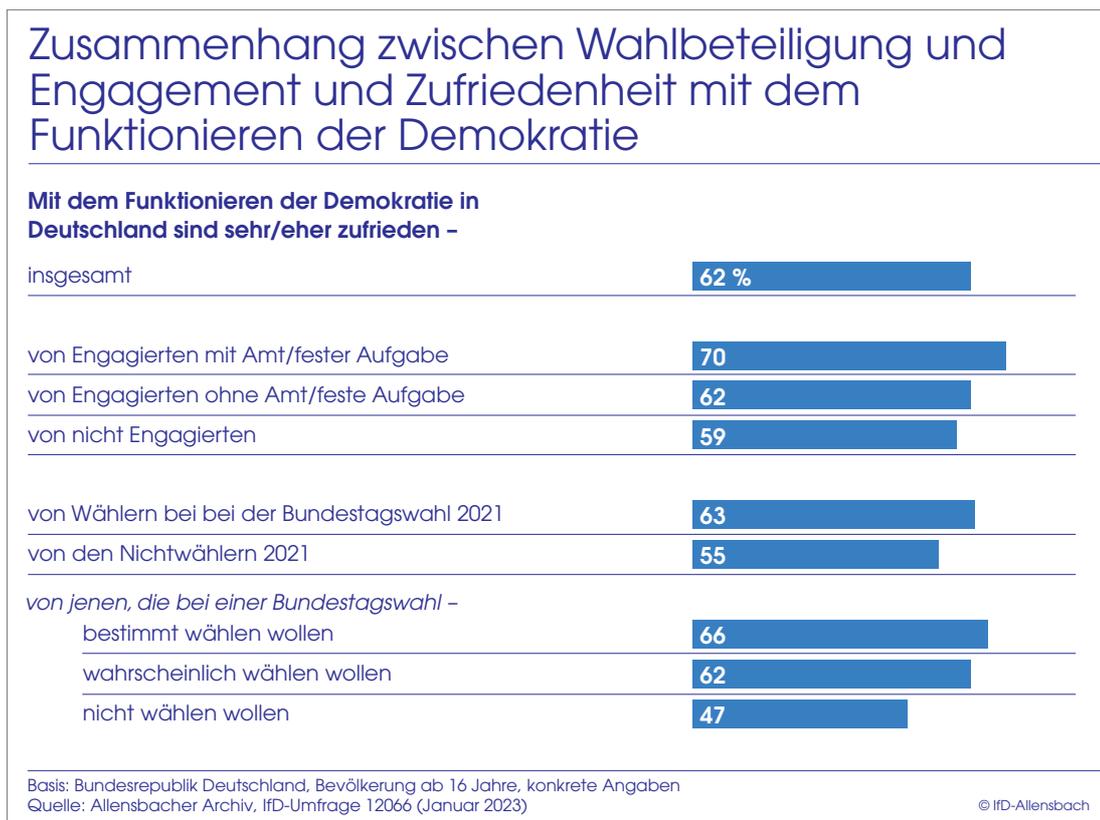
²⁹ *Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11070 (2017) und 11097(2019).*

³⁰ *Angesichts der zum Teil kleinen Gruppen der hier betrachteten Engagierten müssen die Einzelwerte im Anhangschaubild 5 eher als Indikatorwerte betrachtet werden.*

als in Westdeutschland und zudem eher in größeren Städten als in Klein- und Mittelstädten oder ländlichen Regionen.

Für die geplanten Analysen ist die Frage von entscheidender Bedeutung, ob Engagement und Wahlbeteiligung auch weiterhin geeignete Indikatoren sind, um Aussagen über die demokratische Integration als Ganze zu ermöglichen, wie es bereits die erste Vorstudie im August 2021 gezeigt hatte.³¹ Trotz der leichten Rückgänge sowohl bei der (Bereitschaft zur) Wahlbeteiligung (vgl. Schaubild 31) wie auch beim Engagement (vgl. Schaubild 46) haben sich diese Zusammenhänge nicht verändert, sondern vollständig erhalten. So sind Engagierte wie auch (potentielle) Wählerinnen und Wähler weitaus eher mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden als andere. Besonders sind wiederum Engagierte mit Amt oder fester Aufgabe zufrieden.

Schaubild 47

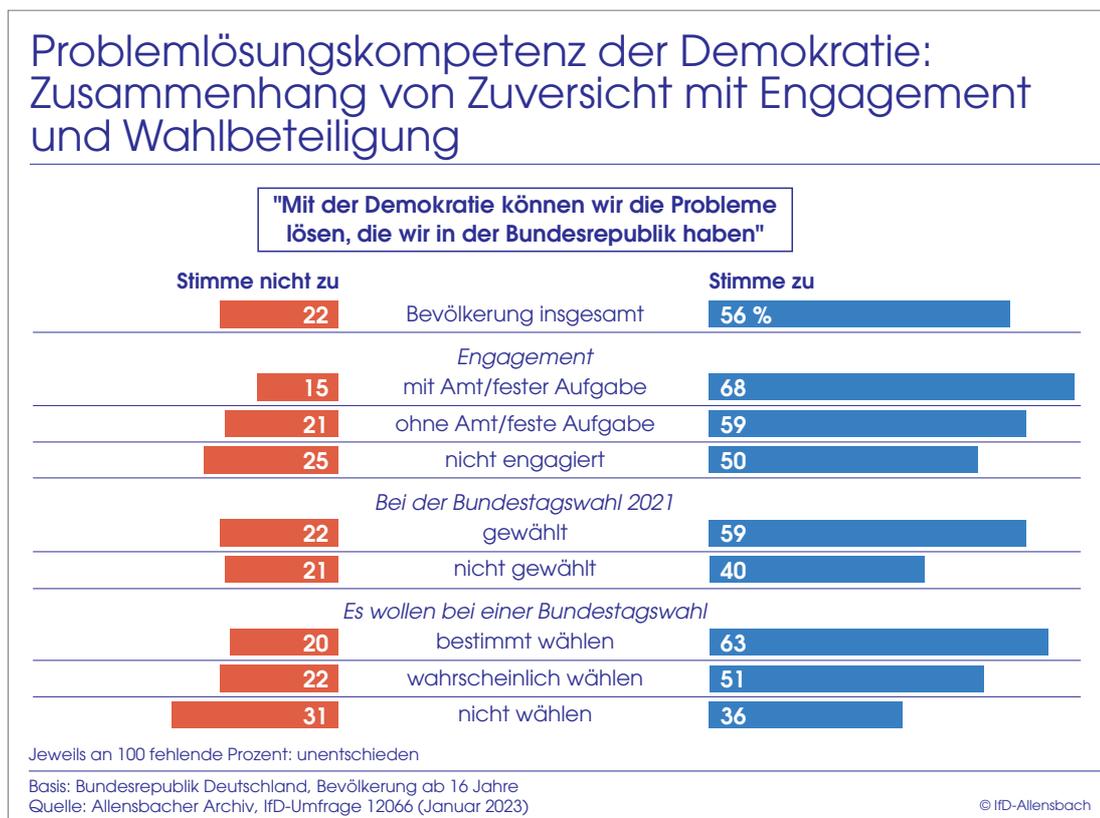


³¹ *Institut für Demoskopie Allensbach: Demokratische Integration 2022 – Vorstudie. Allensbach, 2021.*

Praktisch die gleichen Verteilungen ergeben sich für das Institutionenvertrauen. So äußern beispielsweise Engagierte mit Amt oder fester Aufgabe sowie (potentielle) Wählerinnen und Wähler ungleich häufiger Vertrauen zum Deutschen Bundestag als jene, die sich nicht engagieren oder nicht an einer Bundestagswahl beteiligen (wollen) (Anhangschaubild 7).

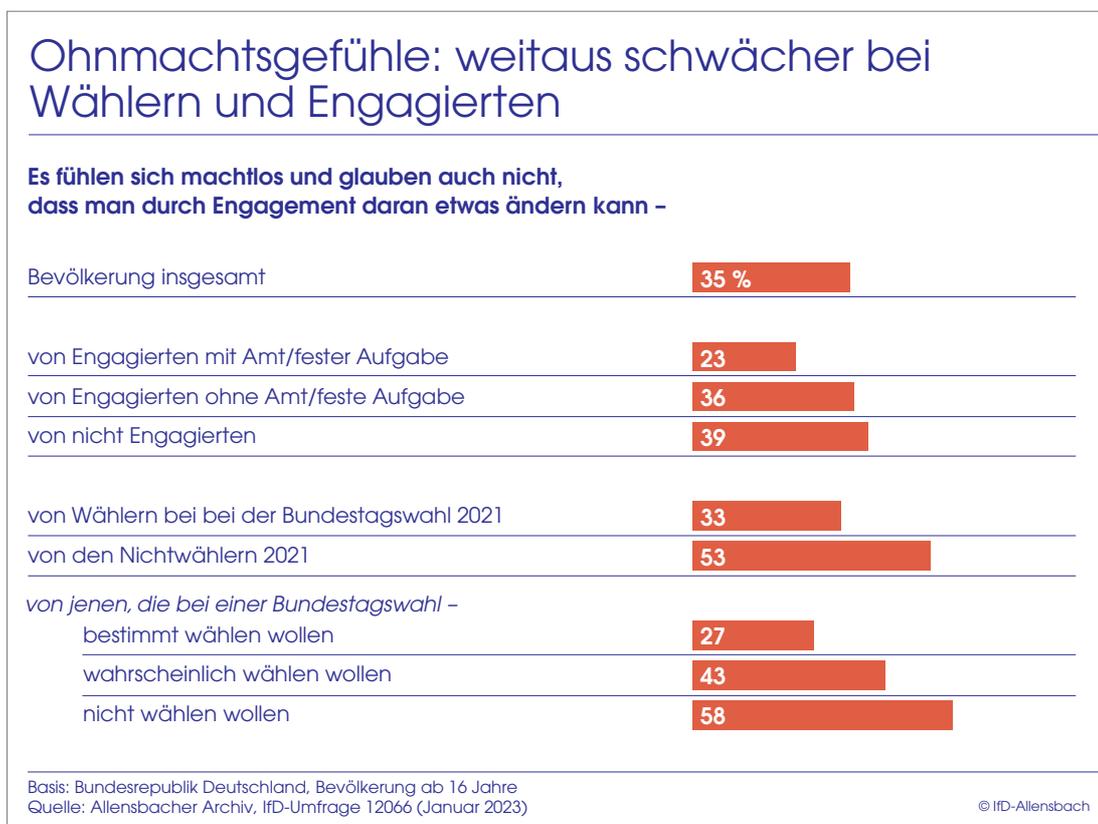
Besonders groß fallen die Unterschiede aus, wenn es um die Demokratie als Instrument zur Gestaltung von Beziehungen und Lebensbedingungen geht, etwa bei der Erwartung, mit Hilfe der der Demokratie die Probleme in Deutschland lösen zu können. Von den Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe erwarten das 68 Prozent, von den nicht Engagierten lediglich 50 Prozent; von jenen, die bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben, 59 Prozent, von den Nichtwählerinnen und -wählern nur 40 Prozent. Sichtlich korrelieren hier die jeweiligen Partizipations- und Gestaltungsdimensionen.

Schaubild 48



In diesen Zusammenhang gehört nicht zuletzt die weitaus geringere Ausprägung von Gefühlen politischer Ohnmacht unter den Engagierten sowie unter jenen, die sich an Wahlen beteiligen (wollen). Angesichts der beobachteten negativen Auswirkungen solcher Ohnmachtsgefühle auf die unterschiedlichen Dimensionen der demokratischen Integration wäre es von großer Bedeutung, derartige Zusammenhänge durch mehr Engagement und eine noch stärkere Beteiligung an Wahlen abzuschwächen.

Schaubild 49



Über die dargestellten Beispiele hinaus bestätigt sich der positive Zusammenhang von Engagement und Wahlbeteiligung mit allen Indikatoren, die hier zur Information über die unterschiedlichen Dimensionen der demokratischen Integration in den Blick genommen werden. Von daher sind Engagement und Wahlbeteiligung ungeachtet der geringen Häufigkeitsveränderungen in Zeiten der Krise auch weiterhin als Indikatoren für die demokratische Integration der Bevölkerung geeignet.

ANHANG

Anhangschaubilder

Indikatorentabelle: demokratische Integration in
unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen

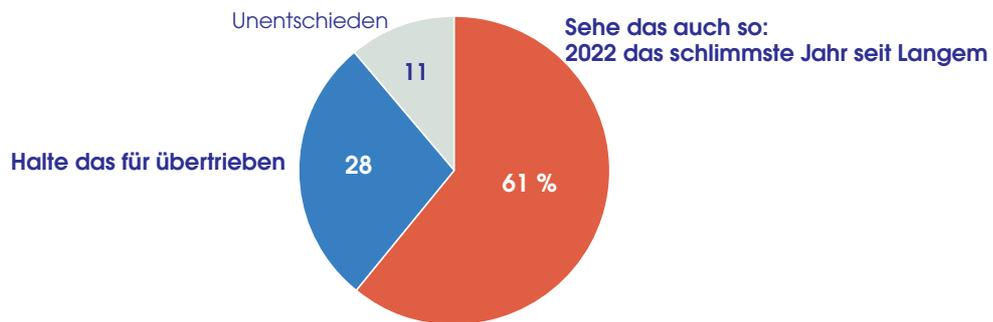
Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppen

Fragebogen

2022: Für viele das schlimmste Jahr seit Langem

Frage: "Neulich sagte jemand: 'Wenn man mal an die aktuellen Krisen und Probleme denkt, war das vergangene Jahr 2022 das schlimmste Jahr seit Langem.' Sehen Sie das auch so, oder halten Sie das für übertrieben?"

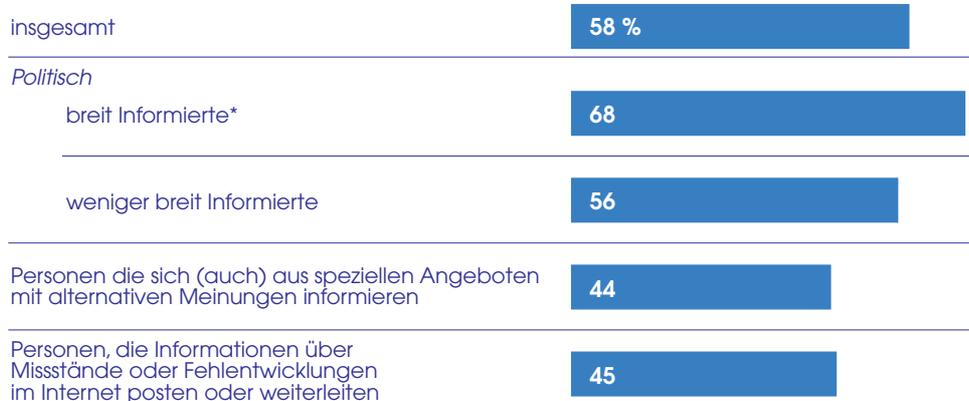


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12065 (Dez. 2022)

© IfD-Allensbach

Vertrauen zum Bundestag – mehr Vertrauen bei breiter Informierten

Es vertrauen dem Bundestag voll und ganz oder eher –



* Politische Information durch öffentlich-rechtliches Fernsehen, Radio, Tageszeitung und Internet

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, konkrete Angaben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)

© IfD-Allensbach

Anhangschaubild 3

Nach dem Regierungswechsel: deutlich weniger Zufriedenheit in der Anhängerschaft der Union, deutlich mehr in der Anhängerschaft der FDP

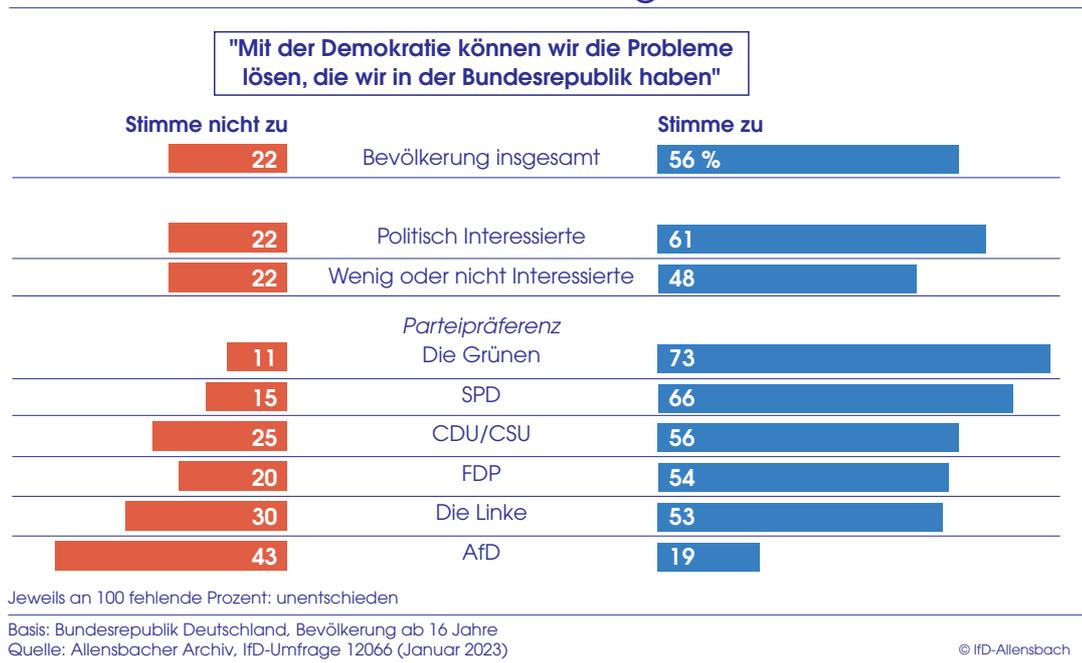
"Ich bin alles in allem mit meinem Leben hier sehr zufrieden"	August 2021 %	Januar 2023 %
Bevölkerung insgesamt	55	51
<i>Parteipräferenz</i>		
CDU/CSU	69	54
Die Grünen	63	64
SPD	60	57
FDP	41	54
Die Linke	40	37
AfD	17	16

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12039/8274, 12066

© IfD-Allensbach

Anhangschaubild 4

Problemlösungskompetenz der Demokratie: Politisches Interesse und Parteipräferenz beeinflussen die Wahrnehmungen



Engagement: unterschiedliche Grade der Einbindung und der Organisation in verschiedenen Bereichen

Es engagieren sich im Bereich -	mit Amt/ fester Aufgabe jeweils Indexwerte*	in fester Organisation
Unfall- oder Rettungsdienst	+19	+16
Freizeit und Geselligkeit	+13	+16
Gesundheit und Soziales	+10	+13
Politik	+8	-4
Jugendarbeit, Erwachsenenbildung	+8	-35
Kultur und Musik	+6	+3
Kirche und Religion	+2	+16
Sport	-6	+13
Umwelt, Natur- oder Tierschutz	-7	+5
Schule und Kindergarten	-9	±0
Bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort	-21	-11
Flüchtlingshilfe	-22	-33

*Indexwert 0 = Durchschnitt, + 100 = doppelter Durchschnitt
(nicht ausgewiesen aufgrund zu kleiner Befragtenzahl: Gewerkschaften, Berufsverbände)

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)

© IfD-Allensbach

Probleme für das Engagement vor Ort: vor allem Nachwuchsmangel. Politische Anfeindungen gelten nur für eine Minderheit als örtliches Problem

Diese Probleme gibt es in der Region, in der ich lebe -

- Auszug -

Es gibt immer weniger Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren



Wer sich politisch engagiert oder offen seine Meinung sagt, kann hier in der Region Probleme bekommen



Bürgermeister, Abgeordnete oder andere Personen mit öffentlichen Ämtern werden öfter bedroht oder angefeindet



Probleme aufgrund von politischem Engagement oder offener Meinungsäußerung befürchten von den Anhängern der Grünen 6 Prozent, von den Anhängern der AfD 40 Prozent

* auf Basis der politisch Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe; kleine Befragtenzahl, Indikatorwerte

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)

© IfD-Allensbach

Zusammenhang des Vertrauens in den Bundestag mit Engagement und Wahlbeteiligung

Es vertrauen dem Bundestag voll und ganz oder eher –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, konkrete Angaben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)

© IfD-Allensbach

Indikatorentabelle: demokratische Integration in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen

Die folgende Tabelle wertet für alle Dimensionen der demokratischen Integration jeweils einen Indikator für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aus.

Genutzte Indikatoren - Operationalisierung	
Generelle Haltung zur Demokratie	Demokratie ist gute Regierungsform
Zufriedenheit mit dem Funktionieren	Mit Funktionieren sehr/eher zufrieden
Ablehnung autoritärer Herrschaft	Demokratie bekommt Probleme eher in den Griff – sowohl Inflation als auch Corona-Pandemie, Umgang mit Flüchtlingen, Krieg, Energieversorgung
Vertrauen zu politischen Institutionen	Vertrauen zu Bundesregierung wie Bundestag: voll und ganz oder eher
Vertrauen zu Politikern	<i>Nicht:</i> Die Politiker entscheiden in Wahrheit gar nichts
Responsivität	<i>Nicht:</i> Die Politiker kümmern sich nicht um Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung
Selbstwirksamkeit	<i>Nicht:</i> Man kann sich noch so anstrengen, als einfacher Bürger ist man machtlos
Generelle Zufriedenheit	Verhältnisse in Deutschland: Bin mit meinem Leben hier sehr zufrieden
Politisches Interesse	Interessiere mich für Politik
Wahlbeteiligung	Würde an Bundestagswahl am kommenden Sonntag bestimmt teilnehmen
Engagement	Engagierte mit Amt oder fester Aufgabe und Engagierte insg.

Aus methodologischen Gründen mussten hier – anders als bei einigen der berichteten Ergebnisse – auch jeweils die Unentschiedenen mit in den Blick genommen werden. Auf Basis der ermittelten Anteilswerte wurden Indexwerte errechnet, um eine bessere

Vergleichbarkeit der jeweiligen Indikatoren zu ermöglichen (Indexwert 0 = Anteilswert in der jeweiligen Gruppe entspricht dem Wert im Bevölkerungsdurchschnitt; Indexwert 100 = Anteilswert in der jeweiligen Gruppe doppelt so groß wie der Anteilswert). Als auffällig wurden Indexwerte ab 20 bzw. -20 markiert; bei einem Durchschnitt der Anteilswerte von meist rund 50 Prozent entspricht das Werten, die rund 10 Prozentpunkte über oder unter dem Durchschnittswert in der Bevölkerung liegen.

Angesichts des punktuellen Charakters der damit erschlossenen Informationen und der zum Teil nicht idealen Operationalisierungen können die Ergebnisse nur als begrenzte Indikатораussagen interpretiert werden. Allerdings deutet die weitgehende Einheitlichkeit der Tendenzen in unterschiedlichen Teilgruppen darauf hin, dass sich die Verhältnisse auch mit diesem wenig differenzierten Instrument zumindest in groben Umrissen nachzeichnen lassen.

Indikatortabelle: demokratische Integration in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen

- Indexwerte -

Soziodemografische Gruppe	Zustimmung Regierungsform Demokratie		Abgrenzung Totalitarismus		Zufriedenheit Funkt. Demokratie		Vertrauen z. polit. Institutionen		Vertrauen zu Politikern		Responsivität		Selbstwirksamkeit		Zufriedenheit mit Leben am Wohnort		Politisches Interesse		Wahlbeteiligung		Engagement mit fester Aufgabe		Engagement insg.	
	+0	+0	-7	+7	-4	+4	-9	+8	-4	+3	-5	+4	-1	+1	-1	+1	-17	+5	-12	+11	-1	+12	-1	
Alter																								
16 bis 29 Jahre	+1	+2	+8	+8	-3	+13	+12	+10	+8	+23	-17	-21	-5	-6	-6	-6	-6	-6	-6	-6	-6	-6	-6	-6
30 bis 44 Jahre	-2	-14	-1	+1	+1	-7	+1	-6	+7	-15	-9	-22	-7	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8	-8
45 bis 59 Jahre	-1	+6	-1	+1	+1	-7	+1	-6	+7	+8	+9	+8	+9	+8	+8	+8	+8	+8	+8	+8	+8	+8	+8	+8
60 Jahre und älter	+1	+3	-3	+1	+1	-4	-5	-5	+4	+13	+7	+4	+5	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4	+4
<i>West, insgesamt</i>	+5	+11	+8	+7	+7	+5	+6	+3	+5	+3	+4	+5	+3	+5	+3	+4	+3	+4	+3	+4	+3	+3	+0	+0
<i>West, unter 45 Jahre</i>	+2	+2	+7	+7	+3	+13	+6	+10	-4	-4	-8	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4	-4
<i>West, ab 45 Jahre</i>	+6	+16	+8	+9	+9	+0	+6	-1	+10	+15	+11	+10	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11
<i>Ost, insgesamt</i>	-20	-50	-36	-30	-30	-23	-28	-15	-21	-13	-17	-21	-15	-21	-13	-17	-12	-12	-12	-12	-12	-12	-12	-12
<i>Ost, unter 45 Jahre</i>	-16	-57	-18	-29	-29	-14	-13	+2	-34	-29	-35	-34	+2	-34	-29	-35	-30	-30	-30	-30	-30	-30	-30	-30
<i>Ost, ab 45 Jahre</i>	-23	-47	-45	-31	-31	-27	-35	-24	-14	-6	-8	-14	-24	-14	-6	-8	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2	-2
Sozialer Status																								
einfach	-14	-11	-21	-20	-20	-13	-22	-25	-38	-26	-27	-38	-25	-38	-26	-27	-43	-43	-43	-43	-43	-43	-43	-43
mittel	+2	-1	+5	+1	+1	+0	-2	-2	+10	-3	+3	+10	-2	+10	-3	+3	+5	+5	+5	+5	+5	+5	+5	+5
hoch	+9	+12	+8	+18	+18	+14	+27	+29	+14	+32	+20	+14	+29	+14	+32	+20	+30	+30	+30	+30	+30	+30	+30	+30
Parteiangehörigkeit:																								
CDU/CSU	+4	+0	+3	-4	-4	+1	+1	-4	+7	-3	-2	+7	-4	+7	-3	-2	-11	-11	-11	-11	-11	-11	-11	-11
SPD	+6	+34	+21	+38	+38	+14	+21	+15	+13	+3	+12	+13	+15	+13	+3	+12	+29	+29	+29	+29	+29	+29	+29	+29
FDP	+7	-21	+5	-17	-17	+14	+15	+2	+6	+9	-8	+6	+2	+6	+9	-8	+14	+14	+14	+14	+14	+14	+14	+14
Die Grünen	+9	+30	+29	+38	+38	+19	+30	+24	+25	-1	+8	+25	+24	+25	-1	+8	+16	+16	+16	+16	+16	+16	+16	+16
Die Linke	-4	-37	-15	-16	-16	-12	-35	-17	-27	-3	-9	-27	-17	-27	-3	-9	-18	-18	-18	-18	-18	-18	-18	-18
AfD	-31	-75	-77	-89	-89	-56	-74	-47	-68	+2	-11	-68	-47	-68	+2	-11	-48	-48	-48	-48	-48	-48	-48	-48
Migrationshintergrund																								
mit	+3	-7	-5	-16	-16	+1	+16	+0	-13	-3	-28	-13	+0	-13	-3	-28	-37	-37	-37	-37	-37	-37	-37	-37
ohne	+0	+1	+0	+2	+2	+0	-2	+0	+2	+0	+4	+2	+0	+2	+0	+4	+5	+5	+5	+5	+5	+5	+5	+5
Einwohner Wohnort:																								
unter 10.000	+7	+20	+4	+1	+1	-5	+7	+6	+14	-3	-4	+14	+6	+14	-3	-4	+32	+32	+32	+32	+32	+32	+32	+32
10.000 bis unter 100.000	-4	-11	-7	-10	-10	-1	-11	-9	-10	-3	+1	-10	-9	-10	-3	+1	-20	-20	-20	-20	-20	-20	-20	-20
ab 100.000	-1	-5	+6	+13	+13	+7	+8	+6	+0	+7	+3	+0	+6	+0	+7	+3	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3	-3

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12066 (Januar 2023)

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten:	West	765	Personen
	Ost	258	Personen
	Insg.	1023	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Die Auswahl erfolgte disproportional für die westlichen und die östlichen Bundesländer, der Osten wurde mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich westlicher und östlicher Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 319 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden bis 18. Januar 2023 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12066

STATISTIK

der in der Umfrage 12066 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Umfrage Januar 2023	Amtliche Statistik(*)
	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>		
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	<u>18</u>	<u>18</u>
	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13
Baden-Württemberg	13	13
Bayern	16	16
Berlin	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8
Sachsen und Thüringen	<u>8</u>	<u>8</u>
	100	100
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>		
unter 5.000 Einwohner	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	28	28
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28
100.000 und mehr Einwohner	<u>29</u>	<u>29</u>
	100	100
<u>GESCHLECHT</u>		
Männer	49	49
Frauen	<u>51</u>	<u>51</u>
	100	100
<u>ALTER</u>		
16 - 29 Jahre	17	17
30 - 44 Jahre	21	21
45 - 59 Jahre	26	26
60 Jahre und älter	<u>36</u>	<u>36</u>
	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2021.

STATISTIK

der in der Umfrage 12066 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Umfrage Januar 2023	Amtliche Statistik(*)
	%	%
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>		
Erwerbspersonen (Berufs- tätige und Arbeitslose)	62	62
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100
<u>BERUFSKREISE (**)</u>		
Arbeiter	11	10
Angestellte	42	42
Beamte	3	4
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>		
Verheiratet	50	50
- Männer	25	25
- Frauen	25	25
Ledig	32	32
Verwitwet	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>		
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit		
- 1 Person	24	24
- 2 Personen	41	41
- 3 Personen	16	16
- 4 und mehr Personen	<u>19</u>	<u>19</u>
	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2021.

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 12066

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

- | | | | |
|-------|---|---|--|
| 1. | T | "Wenn jemand sagt:
'Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben.' Würden Sie dem zustimmen oder nicht?" | ZUSTIMMEN..... 1
NICHT ZUSTIMMEN..... 2
UNENTSCHIEDEN 3 |
| <hr/> | | | |
| 2. | f | "Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden oder gar nicht zufrieden?" | SEHR ZUFRIEDEN 1
EHER ZUFRIEDEN 2
EHER NICHT ZUFRIEDEN 3
GAR NICHT ZUFRIEDEN 4
KEINE ANGABE, WEISS NICHT 5 |
| <hr/> | | | |
| 3. | f | "Einmal abgesehen davon, wie gut die Demokratie in Deutschland funktioniert: Halten Sie die Demokratie ganz allgemein für eine gute Regierungsform oder für eine nicht so gute Regierungsform?" | GUTE REGIERUNGSFORM..... 1
NICHT SO GUTE REGIERUNGSFORM. 2
KEINE ANGABE, WEISS NICHT 3 |

4. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 1 !
- f "Auf dieser Liste stehen eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Personengruppen. Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, ob Sie diesen Einrichtungen oder Personengruppen voll und ganz vertrauen, eher vertrauen, eher nicht vertrauen oder ganz und gar nicht vertrauen?" (Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

		VOLL UND GANZ	EHER	EHER NICHT	GANZ UND GAR NICHT
a)	Die Bundesregierung	1	2	3	4
b)	Bundestag	5	6	7	8
c)	Die Parteien	1	2	3	4
d)	Die Justiz, die Rechtsprechung	5	6	7	8
e)	Die Polizei	1	2	3	4
f)	Das Europäische Parlament	5	6	7	8

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:5. INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 2 !

t "Zum Thema ehrenamtliches Engagement:

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, sich außerhalb von Beruf und Familie irgendwo zu engagieren, z.B. in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Hier auf der Liste sind einmal einige Bereiche aufgeschrieben. Sind darunter welche, in denen Sie sich engagieren, Sie also freiwillig mitarbeiten oder mithelfen, ohne dafür bezahlt zu werden bzw. nur gegen eine geringe Aufwandsentschädigung?" (Alles Genannte einkreisen!)

JA, und zwar: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 /

NEIN, IN KEINEM DAVON 0**
KEINE ANGABE 9**

**Gleich übergehen zu Frage 7 !

6. a) "Haben Sie dort, wo Sie mitarbeiten, ein Amt oder
T eine feste Aufgabe bzw. Funktion, oder arbeiten
bzw. helfen Sie einfach so dort mit?"

HABE AMT/FESTE AUFGABE 1
ARBEITE/HELFE EINFACH SO MIT 2
GANZ UNTERSCHIEDLICH 3
UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE 4

b) "Und würden Sie sagen, Sie sind in einer festen
Organisation aktiv, z.B. in einem Verein oder einer
festen Gruppe, oder würden Sie das nicht sagen?"

IN FESTER ORGANISATION 1
WÜRDEN DAS NICHT SAGEN 2
UNENTSCHEIDEN 3

7. INTERVIEWER überreicht **grüne** Liste 3 !

t "Zum Thema Informationsverhalten:

Hier auf der Liste sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben, wie man sich ganz allgemein über Politik, über aktuelle Ereignisse informieren kann. Wie ist das bei Ihnen: Wo informieren Sie sich vor allem über Politik bzw. aktuelle Ereignisse?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 /

INFORMIERE MICH NICHT ÜBER POLITIK... 0

An späterer Stelle im Interview:

8. "Etwas anderes:

Zwei Ideen stehen heute in der Welt gegeneinander: autoritäre Staatsformen und die westliche Vorstellung von Freiheit und Demokratie. Was glauben Sie, welche Staatsform besser geeignet ist, um die Herausforderungen, vor denen wir aktuell stehen, zu lösen?

a) Wie ist es zunächst mit der Inflation, also mit steigenden
Preisen? Wer bekommt das vermutlich besser in den Griff:
autoritäre Staatsformen oder die Demokratie?"

AUTORITÄRE STAATSFORMEN 1
DEMOKRATIE 2
UNENTSCHEIDEN 3

b) "Wer bekommt Pandemien wie die Corona-Pandemie
besser in den Griff: autoritäre Staatsformen oder die
Demokratie?"

AUTORITÄRE STAATSFORMEN 1
DEMOKRATIE 2
UNENTSCHEIDEN 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

8. c)	"Und wer hat Ihrer Meinung nach in der Regel den besseren Umgang mit Flüchtlingen?"	AUTORITÄRE STAATSFORMEN.....	1
		DEMOKRATIE	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

c)	"Und wer kann eher sicherstellen, dass die eigene Energieversorgung gesichert ist?"	AUTORITÄRE STAATSFORMEN.....	1
		DEMOKRATIE	2
		UNENTSCHIEDEN	3
d)	"Schließlich, wer dürfte militärische Krisen oder einen Krieg wie den Ukraine-Krieg vermutlich besser bewältigen: autoritäre Staatsformen oder die Demokratie?"	AUTORITÄRE STAATSFORMEN.....	1
		DEMOKRATIE	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

9.	"Neulich sagte jemand: 'In Deutschland funktioniert doch nichts mehr richtig. Deutschland ist heruntergewirtschaftet.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS AUCH SO.....	1
		SEHE DAS NICHT SO	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

9.	"Neulich sagte jemand: 'Trotz aller Schwierigkeiten steht Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Ländern gut da.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"	SEHE DAS AUCH SO.....	1
		SEHE DAS NICHT SO	2
		UNENTSCHIEDEN	3

10.	INTERVIEWER überreicht weiße Liste 4 !		
t	"Hier auf der Liste stehen verschiedene Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Was davon würden auch Sie sagen?" (Alles Genannte einkreisen!)		
		/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /	
		/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 /	
		NICHTS DAVON.....	0

11.	INTERVIEWER überreicht grüne Liste 5 !		
t	"Nun zu der Region, in der Sie leben: Jede Region in Deutschland hat ja ihre eigenen Probleme. Wenn Sie einmal an die Region denken, in der Sie leben: Welche Probleme gibt es da?" (Alles Genannte einkreisen!)		
		/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /	
		/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 /	
		NICHTS DAVON.....	0

12.	"Manche teilen ja mit anderen über das Handy Nachrichten zu politischen Themen, z.B. indem Sie per WhatsApp oder über soziale Netzwerke auf Artikel hinweisen oder diese Artikel verschicken. Wie ist das bei Ihnen: Schicken Sie anderen gelegentlich Hinweise auf Artikel, oder bekommen Sie von anderen gelegentlich Hinweise auf Artikel oder Nachrichten, oder weder noch?"	SCHICKE HINWEISE 1*
		ERHALTE HINWEISE 2*
		BEIDES (SCHICKE UND ERHALTE) 3*
		WEDER NOCH 4
		UNENTSCHIEDEN..... 5
		<hr/>
	* "Und sind darunter auch öfter Artikel oder Nachrichten über Missstände und Fehlentwicklungen in unserem Land, also darüber, was in unserem Land schief läuft, oder ist das nicht der Fall?"	SIND ÖFTER DARUNTER 1
		NICHT DER FALL 2
		UNENTSCHIEDEN 3

L I S T E 1

Da vertraue ich

– voll und ganz

– eher

– eher nicht

– ganz und gar nicht

- a) Die Bundesregierung
- b) Der Bundestag
- c) Die Parteien
- d) Die Justiz, die Rechtsprechung
- e) Die Polizei
- f) Das Europäische Parlament

L I S T E 2

Sind darunter Bereiche, in denen Sie sich engagieren, Sie also freiwillig mitarbeiten oder mithelfen, ohne dafür bezahlt zu werden bzw. nur gegen eine geringe Aufwandsentschädigung?

- (1) Im Bereich Sport, z.B. in einem Sportverein
- (2) In der Flüchtlingshilfe, Unterstützung von Flüchtlingen
- (3) Im Bereich Kultur und Musik, z.B. in einer Musik- oder Theatergruppe, einem Chor, Förderkreis, einer kulturellen Vereinigung
- (4) Im Bereich Schule und Kindergarten, z.B. als Elternvertreter, Schülersprecher oder in einem Förderkreis
- (5) Im Bereich Freizeit und Geselligkeit, z.B. einem Karnevalsverein oder Fanclub
- (6) Im Gesundheitsbereich oder sozialen Bereich, z.B. in einem Wohlfahrtsverband oder einer anderen Hilfsorganisation, in der Nachbarschaftshilfe oder einer Selbsthilfegruppe
- (7) In der außerschulischen Jugendarbeit oder der Bildungsarbeit für Erwachsene, z.B. Kinder- oder Jugendgruppen betreuen, Bildungsveranstaltungen durchführen
- (8) Im Bereich Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz, z.B. in einem Projekt oder Verband aus diesem Bereich
- (9) Im Bereich Politik, z.B. in einer Partei, im Gemeinderat oder Stadtrat, in einer politischen Initiative oder Menschenrechtsgruppe
- (10) In einer Gewerkschaft, einem Berufsverband, einer Arbeitsloseninitiative
- (11) Im kirchlichen oder religiösen Bereich, z.B. in der Kirchengemeinde, einer kirchlichen Organisation oder religiösen Gemeinschaft
- (12) Im Unfall- oder Rettungsdienst, der Freiwilligen Feuerwehr oder der DLRG
- (13) Sonstige bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort
- (14) Regelmäßige Unterstützung für Bekannte oder Nachbarn

L I S T E 3

Wo informieren Sie sich vor allem über Politik bzw. aktuelle Ereignisse?

- (1) Lokalzeitung, Tageszeitung hier vom Ort (gedruckte Ausgabe)
- (2) Verkaufszeitungen wie Bild, Express, B.Z. oder andere (gedruckte Ausgabe)
- (3) Überregionale Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Nachrichtenmagazine (gedruckte Ausgabe)
- (4) Radio
- (5) Öffentlich-rechtliches Fernsehen (ARD, ZDF, Dritte Programme)
- (6) Privatfernsehen (RTL, SAT1 usw.)
- (7) Onlineangebote von Zeitungen, Zeitschriften, Radio- oder Fernsehsendern
- (8) Internetdienst Twitter
- (9) Soziale Netzwerke im Internet wie z.B. Facebook, Instagram
- (10) Andere Internetangebote, Internetseiten
- (11) Podcasts
- (12) Spezielle Internetangebote, Bücher oder Zeitschriften mit alternativen Meinungen oder Informationen, die man in anderen Medien nicht findet

L I S T E 4

- (1) Alles in allem können wir froh sein, in Deutschland zu leben
- (2) Ich habe immer mehr das Gefühl, dass die Politik mir vorschreiben möchte, wie ich mein Leben zu führen habe
- (3) Die Politiker kümmern sich nicht um die Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung
- (4) Ich lebe in einem intakten Umfeld, man achtet aufeinander und hilft sich
- (5) Im Großen und Ganzen kann man sich in Deutschland auf Politik und Behörden verlassen
- (6) Mir leben zu viele Ausländer in Deutschland
- (7) Die Politiker entscheiden in Wahrheit gar nichts. Sie sind Marionetten von mächtigen Kräften im Hintergrund
- (8) Für Leute wie mich macht der Staat zu wenig
- (9) Ich bin alles in allem mit meinem Leben hier sehr zufrieden
- (10) Zuwanderer werden in Deutschland gut aufgenommen
- (11) Mit Politik habe ich nicht viel am Hut, ich konzentriere mich eher auf mich und mein Umfeld
- (12) Wenn man sich hier am Ort politisch engagiert, kann man auch etwas erreichen
- (13) Über das Internet werden viele falsche Informationen verbreitet
- (14) Ich habe den Eindruck, dass Diskussionen über Politik zunehmend aggressiver geführt werden
- (15) Bill Gates und andere Mächtige wollen die derzeitigen Krisen nutzen, um eine neue Weltordnung zu errichten
- (16) Man kann sich noch so anstrengen, als einfacher Bürger ist man machtlos

L I S T E 5

- (1) Es gibt sehr viel Verkehr
- (2) Die Gegend ist nicht kinderfreundlich, Kinder können hier nicht gut aufwachsen
- (3) Es gibt zu wenig Ärzte
- (4) Der öffentliche Nahverkehr ist schlecht ausgebaut
- (5) Die Lebenshaltungskosten sind sehr hoch
- (6) Viele Leute in der Gegend haben extreme politische Ansichten
- (7) Die Kriminalität ist hoch
- (8) Zuwanderer werden hier oft schlecht behandelt
- (9) Bürgermeister, Abgeordnete oder andere Personen mit öffentlichen Ämtern werden öfter bedroht oder angefeindet
- (10) Es leben zu viele Ausländer hier
- (11) Viele Jüngere bleiben nicht in der Region, sondern ziehen weg
- (12) Die Mieten und Immobilienpreise sind sehr hoch
- (13) Die Lebensverhältnisse hier haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert
- (14) Es gibt zu wenig Arbeitsplätze
- (15) Es gibt immer weniger Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren
- (16) Wer sich politisch engagiert oder offen seine Meinung sagt, kann hier in der Region Probleme bekommen
- (17) Es gibt zu wenig Einkaufsmöglichkeiten